

Politische Ökonomie des Wirtschaftswachstums in defekten Demokratien

Eine empirische Untersuchung im Vergleich zu Demokratien und Autokratien.

Hausarbeit zur Erlangung des
Akademischen Grades
eines Magister Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Viktor Bozhinov

aus Kardzali (Bulgarien)

2012

Erstgutachterin:

Zweitgutachterin:

Danksagung

Mein besonderer Dank gilt Frau Univ.-Prof. Doktor X, die mich bei der Erstellung der vorliegenden Magisterarbeit unterstützt, mir mit wertvollen Hinweisen und Tipps zur Seite gestanden und als Gutachterin meiner Arbeit fungiert hat. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Frau Univ.-Prof. Doktor Y, welche die Rolle der Zweitgutachterin übernommen hat. Mein Dank geht auch an Herrn Z vom Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, der mir durch sein Fachwissen und seine Anregungen insbesondere im empirischen Teil weitergeholfen hat.

Weiterhin danke ich meinen Freunden, die sich bereit erklärt haben, meine Magisterarbeit gegenzulesen, sich nicht gescheut haben Kritik zu üben und Verbesserungsvorschläge vorzubringen. Nicht zuletzt gilt mein besonderer und tiefer Dank meiner Mutter und meiner Oma, die mir mein Studium ermöglicht haben, sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die mich finanziell und ideell gefördert hat.

Diese Danksagung schließt selbstverständlich meinen gesamten Freundeskreis ein, welcher mir stets in allen Situationen mit Rat und Tat zur Seite stand und mir half die besten Alternativen zu wählen. Ein herzlicher Dank gilt auch Prof. Dr. B und Prof. Dr. A, die mir die Gelegenheit gaben in der Endphase meines Studiums die Universität von ganz anderen Seiten kennenzulernen, der Lehre und Forschung, und mir die Mitarbeit in den beiden Bereichen ermöglichten. Zuletzt möchte ich die Mitarbeiter von Wi&You erwähnen, die mir bis zum Beginn des Studiums viel ermöglichten und von denen ich viel lernte. Stellvertretend für viele möchte ich C, D und E nennen.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	I
Tabellenverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	VI
1 Einleitung	1
2 Wirtschaftswachstum und politische Regime	4
2.1 Autokratie und Wirtschaftswachstum	4
2.2 Demokratie und Wirtschaftswachstum	7
2.2.1 Umverteilung durch demokratische Regierungen	7
2.2.2 Rent-Seeking durch Verteilungskonkitionen	8
2.3 Alternative Perspektive: Machthaber und Winning Coalition	14
3 Defekte Demokratie	19
3.1 Eingebettete Demokratie	19
3.2 Typen defekter Demokratie	22
4 Defekte Demokratien und Wirtschaftswachstum	25
4.1 Defekte Demokratie und eingebettete Demokratie	26
4.1.1 Exklusive Demokratie und Demokratie	26
4.1.2 Illiberale Demokratie und Demokratie	29
4.1.3 Delegative Demokratie und Demokratie	31
4.1.4 Enklavendemokratie und Demokratie	33
4.2 Defekte Demokratie und Autokratie	34
4.3 Forschungsstand	37
5 Messung defekter Demokratie	42
5.1 Demokratieindizes und defekte Demokratie	42
5.2 Messung defekter Demokratien mit Freedom House	48
5.2.1 Der Freedom House Index	48
5.2.2 Defekte Demokratie als <i>Electoral Democracy</i>	52
5.2.3 Freedom House und Bertelsmann Transformation Index	56
6 Empirische Analyse	65
6.1 Operationalisierung	65
6.1.1 Abhängige Variable	66

Inhaltsverzeichnis

6.1.2	Unabhängige Variablen	69
6.2	Statistische Analyseverfahren	72
6.3	Defekte Demokratie und Demokratie	78
6.3.1	Wirtschaftswachstum und defekte Demokratie	78
6.3.2	Wirtschaftswachstum, Staatsausgaben und defekte Demokratie	88
6.4	Defekte Demokratie und Autokratie	95
6.4.1	Wirtschaftswachstum und defekte Demokratie	95
6.4.2	Wirtschaftswachstum, Staatsausgaben und defekte Demokratie	100
7	Zusammenfassung und Ausblick	106
	Anhang	VII
	Literaturverzeichnis	XXIV

Tabellenverzeichnis

Tab. 3.1:	Typen defekter Demokratien	23
Tab. 4.1:	Empirische Befunde zum Zusammenhang von Demokratie und Wirtschaftswachstum (Auswahl)	39
Tab. 5.1:	Umrechnungsregeln der Skalen nach Freedom House	49
Tab. 5.2:	Umrechnungsregel der Skalen zum Freedom in the World-Rating	50
Tab. 5.3:	Inhalte der Freedom House-Skalen seit 2003	51
Tab. 5.4:	Einstufung der politischen Regime	55
Tab. 5.5:	Kriterien und Indikatoren des BTI und Teilregime der eingebet- teten Demokratie	58
Tab. 5.6:	Mindestvoraussetzungen für Demokratie (BTI)	59
Tab. 5.7:	Mittelwerte Standardabweichung und Korrelationen zwischen BTI und FHI 2005, 2007 und 2009	60
Tab. 5.8:	Abweichungen zwischen BTI und FHI im Betrag von einer Einheit	62
Tab. 6.1:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demo- kratien (Basismodell)	79
Tab. 6.2:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demo- kratien (Basismodell mit Lag)	83
Tab. 6.3:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demo- kratien (Basismodell mit Periodeneffekte)	86
Tab. 6.4:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten De- mokratien und Demokratien (Basismodell)	90
Tab. 6.5:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten De- mokratien und Demokratien (Basismodell mit Lag)	93
Tab. 6.6:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Auto- kratien (Basismodell)	97
Tab. 6.7:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Auto- kratien (Basismodell mit Lag)	99
Tab. 6.8:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten De- mokratien und Autokratien (Basismodell)	102

Tabellenverzeichnis

Tab. 6.9:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten Demokratien und Autokratien (Basismodell mit Lag)	104
Tab. A.1:	Ländersample	VIII
Tab. A.2:	Ländersample zum Vergleich von FHI und BTI	IX
Tab. A.3:	Globale Datenbeschreibung	X
Tab. A.4:	Datenbeschreibung Defekte Demokratie und liberale, rechtsstaatliche Demokratie (Fünfjahresintervalle)	XI
Tab. A.5:	Datenbeschreibung defekte Demokratie und Autokratie (Fünfjahresintervalle)	XI
Tab. A.6:	Datenbeschreibung defekte Demokratie und liberale, rechtsstaatliche Demokratie (Zehnjahresintervalle)	XII
Tab. A.7:	Datenbeschreibung defekte Demokratie und Autokratie (Zehnjahresintervalle)	XII
Tab. A.8:	Globale Korrelationstabelle	XIII
Tab. A.9:	Korrelationen defekte Demokratie und liberale, rechtsstaatliche Demokratie (Fünfjahresintervalle)	XIV
Tab. A.10:	Korrelationen defekte Demokratie und Autokratie (Fünfjahresintervalle)	XV
Tab. A.11:	Korrelationen defekte Demokratie und liberale rechtsstaatliche Demokratie (Zehnjahresintervalle)	XVI
Tab. A.12:	Korrelationen defekte Demokratie und Autokratie (Zehnjahresintervalle)	XVI
Tab. A.13:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demokratien (Basismodell über 10 Jahre)	XVII
Tab. A.14:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demokratien (Basismodell mit Periodeneffekt über 10 Jahre)	XVIII
Tab. A.15:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekte Demokratien und Demokratien (Basismodell mit Periodeneffekte)	XIX
Tab. A.16:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Autokratien (Basismodell mit Periodeneffekte)	XX
Tab. A.17:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Autokratien (Basismodell über 10 Jahre)	XXI
Tab. A.18:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Autokratien (Basismodell mit Periodeneffekt über 10 Jahre)	XXII
Tab. A.19:	Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten Demokratien und Autokratien (Basismodell mit Periodeneffekte)	XXIII

Abbildungsverzeichnis

Abb. 5.1:	Konzeptbaum des Demokratiebarometers	47
Abb. 5.2:	Anteil demokratischer Regime von 1990 bis 2009 (in %)	53
Abb. 5.3:	Anteil defekter Demokratien an demokratischen Regimen von 1990 bis 2009 (in %)	54
Abb. 5.4:	Anteil politischer Regime von 1990 bis 2009 (in %)	56
Abb. 5.5:	Anteile politischer Regime bei FHI und BTI 2005, 2007 und 2009	61
Abb. 6.1:	Durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1990 bis 2009 (in %)	66
Abb. 6.2:	Verteilung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums (in %)	67

1 Einleitung

Täglich dominieren Meldungen über die Entwicklung der Volkswirtschaft die Nachrichten in nahezu allen Ländern der Welt. Dabei werden Nachrichten über einen Anstieg des Wirtschaftswachstums allgemein als positive Nachrichten gesehen, wohingegen ein Rückgang als negativ bewertet wird. In der Teildisziplin der Volkswirtschaftslehre, der Wachstumstheorie, konnten in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Determinanten des Wirtschaftswachstums bestimmt werden (vgl. Sala-I-Martin 1997). Eine Frage kann allerdings bisher nicht abschließend geklärt werden: Welchen Einfluss hat die Ausgestaltung des politischen Systems auf das Wirtschaftswachstum? Eine Fülle von Studien wurde in den vergangenen 30 Jahren zu diesem Thema veröffentlicht und versuchte einen Wachstumsunterschied zwischen Autokratien und Demokratien nachzuweisen. Dabei wurde stets eine Tatsache ausgeblendet, welche in der Politikwissenschaft durch Merkel et al. (2003) konzeptualisiert wurde: Die Existenz politischer Systeme, die einerseits demokratisch sind, andererseits Defizite in den demokratischen Funktionen aufweisen, sogenannte defekte Demokratien. Damit einhergeht die Frage, ob defekte Demokratien ein niedrigeres Wirtschaftswachstum haben im Vergleich zu anderen politischen Regimen? Das ist gleichzeitig auch die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit.

Die Beantwortung dieser Frage erfordert mehrere weiterführende Überlegungen. Damit verbunden ist die Diskussion der Frage, wie der Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien und Autokratien einerseits, sowie Demokratien andererseits, theoretisch fundiert werden kann. In den bisherigen Studien wurde die unterschiedliche Leistungsfähigkeit verschiedener politischer Regime weniger mit einem theoretischem Rahmen fundiert, sondern vielmehr mit verschiedenen Argumenten für oder gegen einen Wachstumsvorteil eines Regimes (vgl. Martin/Plümper 2001). In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen aus den Arbeiten Mancur Olsons (1968, 1985, 1993, 2002) sowie McGuire und Olson (1996) und Mesquita et al. (2002, 2003) einen theoretischen Zugang zu entwickeln, welcher es erlaubt sowohl den Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien und Autokratien, als auch zwischen defekten und intakten Demokratien zu begründen. Der theoretische Zugang lässt nicht nur zu, den direkten Unterschied zu fundieren,

sondern auch einen Kanal zu identifizieren, über den ein niedrigeres Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien begründet wird: Der staatliche Sektor.

Ein weiteres Problem, welches mit der Beantwortung der Forschungsfrage einhergeht ist, dass bisher kein Demokratiemaß existiert, welches die Identifikation der vier Typen defekter Demokratien als Aufgabe hat. Aus diesem Grund wird diskutiert, ob mit einem der bisher vorhandenen Demokratiemaße Defizite in einzelne Funktionsbereichen einer Demokratie empirisch erfasst werden können. Auch wird ein eigener Vorschlag zur Identifikation defekter Demokratien mithilfe der Erhebungen von Freedom House gemacht und mit dem Bertelsmann Transformation Index evaluiert.

Neben der Klärung dieses Problems müssen auch methodische Fragen diskutiert werden. Studien auf der Ebene ganzer Volkswirtschaften bergen gleich mehrere methodische Herausforderungen. Die Untersuchung des Unterschieds in den Wachstumsraten zwischen verschiedenen politischen Systemen bedeutet, dass eine möglichst große Zahl an Ländern quantitativ verglichen wird. Gleichzeitig ist die Anzahl der verfügbaren Länder natürlich begrenzt und die Heterogenität in Bezug auf Entwicklungsstand, Öffnungsgrad, Bevölkerungsgröße und weiteren Faktoren sehr groß. Um den Wachstumsunterschied isolieren zu können muss somit für potentielle intervenierende Drittvariablen kontrolliert werden. Dies erfordert den Einsatz von OLS-Regressionen, was die Problematik geringer Fallzahlen erneut aufwirft, welche zu unpräzisen Schätzungen führt. Weiterhin müssen bei Wirtschaftswachstum als abhängiger Variable Probleme wie Simultanität, Autokorrelation und Periodeneffekte berücksichtigt werden. Um diese Schwierigkeiten unter Kontrolle zu bringen, wird der direkte Wachstumsunterschied und der Staatsausgaben-Kanal in der vorliegenden Arbeit mit über 140 Regressionsschätzungen untersucht.

Die aufgeworfene Frage wird in sieben Schritten untersucht. Im ersten Teil wird der theoretische Zugang aus den Arbeiten Mancur Olsons und Mesquita et al. vorgestellt. Dabei wird der Schwerpunkt zunächst auf den Wachstumsunterschied von Demokratie und Autokratie gelegt. Im dritten Teil werden die Begriffe „Demokratie“ und „defekte Demokratie“ konkretisiert und gegenüber „Autokratie“ abgegrenzt. Im vierten Teil schließlich wird der theoretische Rahmen aus dem zweiten mit dem Konzept defekter Demokratien aus dem dritten Teil verbunden. Dabei werden Hypothesen über den Wachstumsunterschied in defekten Demokratien und Autokratien bzw. Demokratien und den unterschiedlichen Effekt des staatlichen Sektors auf das Wirtschaftswachstum aufgestellt. Ein kurzer Überblick über den Forschungsstand schließlich zeigt Probleme der bisherigen Untersuchungen auf und rechtfertigt die Prüfung der aufgestellten Hypothesen. Im fünften Teil wird die oben

angedeutete Frage der Messung defekter Demokratien aufgeworfen. Dabei werden zunächst gängige Demokratie-Indizes auf ihre Tauglichkeit zur Identifizierung defekter Demokratien diskutiert und ein neuer Vorschlag mittels dem Freedom House Index entwickelt. Dieser wird anschließend mit dem Bertelsmann Transformation Index evaluiert. In Teil sechs wird im ersten Abschnitt die Operationalisierung der abhängigen und der unabhängigen Variablen vorgenommen. Im zweiten Abschnitt wird das ökonometrische Modell vorgestellt und die Schwellen für die Hypothesenannahme festgelegt. Schließlich, in den Abschnitten drei und vier, werden die Hypothesen über das Wirtschaftswachstum und den Effekt des staatlichen Sektors auf das Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien zunächst im Vergleich zu Demokratien und anschließend im Vergleich zu Autokratien überprüft. Im siebten Teil werden schließlich die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zusammengefasst und ein Ausblick auf ihre wirtschaftspolitische Bedeutung gegeben.

2 Wirtschaftswachstum und politische Regime

Niemand würde anzweifeln, dass demokratische Regierungen bemüht sind, die Wohlfahrt des eigenen Landes zu erhöhen und ein Interesse daran haben, dass diese Erhöhung stetig ist. Die Antwort auf die Frage, ob sich Autokraten um die Wohlfahrt ihrer Untertanen bemühen, ist weniger selbstverständlich. Im Folgenden werden zwei Ansätze vorgestellt, welche die Mechanismen in einer autokratischen und einer demokratischen Gesellschaft beschreiben, die für wirtschaftliche Prosperität sorgen. Bei dem ersten Ansatz handelt es sich um eine Zusammensetzung der Arbeiten von Mancur Olson zur Bildung von Interessengruppen (1968), Wirken von Interessengruppen in einer Gesellschaft (1985) und schließlich seinem dritten Werk *Macht und Wohlstand* (2002), in welchem er die Anreize von Autokraten in Hinblick auf den Wohlstand seiner Untertanen beschreibt. Der zweite Ansatz stellt die Selektorat-Theorie von Bueno de Mesquita et al. (2002, 2003) dar, welche die Mechanismen zum Machterhalt zunächst allgemein erklärt und schließlich auf autokratische und demokratische Machthaber anwendet und zeigt, dass die Größe der zum Machterhalt erforderlichen Mehrheit Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum hat. Dieser Ansatz stellt eine Ergänzung der Theorie Mancur Olsons dar, welche unterkomplex ist, da Olson davon ausgeht, dass Autokraten, einmal an die Macht gelangt, keinen Machtverlust befürchten müssen. Darüber hinaus bietet die Selektorat-Theorie eine weitere perspektivische Sicht auf den Zusammenhang von Regierungssystem und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

2.1 Autokratie und Wirtschaftswachstum

Haben Autokraten ein Interesse an dem Wohlstand ihres Landes und wenn ja, wie groß ist es? Sind die Anreize größer in einer Autokratie, als in einer Demokratie? Diesen Fragen widmet sich Mancur Olson in seinem letzten Werk *Macht und Wohlstand* (2002)¹.

¹ Eine formale Darstellung des Modells findet sich in McGuire und Olson (1996).

Olson beschreibt die Anreizstruktur eines Autokraten anhand einer Banditen-Parabel: Da ein rationaler Bandit danach trachtet seinen Nutzen zu maximieren, wird er stets die beste Alternative wählen, die das Erreichen des Ziels fördert. In einer von Anarchie geprägten Welt werden die Anreize der Individuen zu produzieren minimal sein, da die Gefahr des Diebstahls groß ist. Wenn die Möglichkeit besteht, werden sie abwandern. Ein umherziehender Bandit antizipiert diese Anreize und lässt sich nieder, d.h. er wird zu einem stationären Banditen (Olson 1993: 568). Er wird sich wie eine Mafia-Organisation verhalten und Verbrechen monopolisieren und keinen diskretionären Diebstahl mehr begehen. Stattdessen wird er eine Art Steuer erheben, eine sogenannte Schutzsteuer und seine Untertanen vor Verbrechen schützen (Olson 2002: 17 ff.).

Doch wie hoch wird diese Schutzsteuer sein? Die Höhe der Schutzsteuer wird durch das Nutzenmaximierungskalkül des Banditen bestimmt: Bei einer Steuer von 100 Prozent wird ein Individuum keinen Anreiz haben zu produzieren. Gleichzeitig wird der Autokrat keine Steuereinnahmen erzielen, da ohne Produktion auch kein Steueraufkommen generiert werden kann. Eine Senkung der Steuer wirkt sich auf den Anreiz zu produzieren aus und führt somit zu einem Anstieg der Steuereinnahmen. Der Bandit wird die Steuer so lange reduzieren, bis die Summe der zusätzlichen Verluste durch die geringere Steuer gleich der Summe der zusätzlichen Steuereinnahmen durch die gestiegene Produktion ist. Diese Bedingung ist bei einem Steuersatz von 50 Prozent erfüllt (ebd.: 21 f.).

Als nächstes muss die Frage beantwortet werden, ob der Bandit einen Anreiz hat, öffentliche Güter bereitzustellen. Öffentliche Güter machen eine Gesellschaft produktiver. Brücken über Flüsse verkürzen Wege. Die Straßen zwischen den Produktionsstätten und Städten ermöglichen die schnellere Anlieferung von Gütern und erleichtern die gesamtwirtschaftliche Arbeitsteilung. Ausgebauter Nahverkehr bringt Pendler schneller zur Arbeit, genauso wie ausgebaute Autobahnen. Aus dem gleichen Grund, aus welchem der Autokrat die Steuern senkt, wird er auch einen Anreiz haben öffentliche Güter bereitzustellen, denn sie erhöhen die Produktion in der Gesellschaft und steigern damit das potentielle Steueraufkommen. Er wird solange öffentliche Güter finanzieren, wie der zusätzliche Ertrag, den sie generieren, größer ist, als die zusätzlichen Kosten, die sie verursachen (ebd.: 23).

Der Grund für die wohlfahrtsteigernde Politik des Autokraten ist, dass er ein sogenanntes „umfassendes Interesse oder einen mäßigen Anteil an dem Einkommen“ der Gesellschaft hat (ebd.: 19). Wenn er weniger öffentliche Güter bereitstellen oder höhere Steuern fordern würde, würde er sein eigenes Einkommen reduzieren. Die beiden Mechanismen, das Niederlassen und das zum stationären Banditen werden,

sowie der fehlende Anreiz seine Untertanen vollständig auszurauben, sind die zwei unsichtbaren Kräfte, die sein Interesse an der Wohlfahrt in seinem Einflussbereich begründen (Olson 1993: 568). Daraus folgt, dass Autokraten ein Interesse an steigendem Nationaleinkommen haben, denn das bedeutet auch, dass ihre Steuereinnahmen steigen.

Diese Schlussfolgerungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Autokratie eine hohe Umverteilung von den Wirtschaftsindividuen zum Autokraten erfordert (Olson 2002: 29). Neben diesem Kritikpunkt haben Autokratien weitere, noch weit aus negativere Probleme in Hinblick auf das Wirtschaftswachstum. Langfristiges Wirtschaftswachstum erfordert die Schließung langfristiger Verträge über Produktionsaufträge und Kapitalakkumulation. Das ist nur möglich, wenn Eigentums- und Vertragsrechte langfristig gesichert sind und Gläubiger sich darauf verlassen können, dass sie ihr Kapital zurückerhalten (vgl. Guiso 2008). In einer Autokratie sind die erforderlichen Rechte abhängig von dem Planungshorizont des Autokraten. Wenn der Autokrat einen kurzen Planungshorizont hat, dann wird er geneigt sein, seine Untertanen zu enteignen, Schulden nicht anzuerkennen und im Zweifel, so Olson, wie ein umherziehender Bandit handeln (Olson 2002: 39 f.). Angenommen ein Autokrat hat den längst möglichen Planungshorizont, dann würde er bis zu seinem Ableben für alle in seinem Einflussbereich geschlossenen Verträge garantieren. Doch ein menschliches Leben ist trotzdem ein begrenzter Zeithorizont und garantiert nicht die Einhaltung und Durchsetzung von Verträgen jenseits des Ablebens des Autokraten. Olson zieht daraus die Schlussfolgerung, dass Autokratien besonders anfällig für Nachfolgekrisen sind und deshalb die Nachfolge eines autokratischen Herrschers von besonderer Bedeutung für die Prosperität der autokratisch regierten Gesellschaft ist (ebd.: 42). Im Gegensatz zu Raaj K. Sah (1991) erklärt Olson somit die Schwankung der wirtschaftlichen Leistung in Autokratien mit dem unterschiedlichen Planungshorizont der Herrscher. Sah sieht die Volatilität der Leistungsfähigkeit von Autokraten in ihrer Fehlbarkeit. Da menschliche Fähigkeiten zufallsverteilt sind und in der Autokratie die Autorität meist bei einer Person liegt, ist die Volatilität der Leistung sehr groß. In dezentralisierten politischen Systemen, die sich dadurch auszeichnen, dass die Entscheidungsmacht verteilt ist, sei daher die Volatilität in der Leistungsfähigkeit geringer (vgl. Plümper 2001; Sah 1991: 70 f.).

Doch sind Autokratien aus diesen Gründen weniger leistungsfähig als Demokratien? Als nächstes wird das polit-ökonomische Modell der Demokratie vorgestellt, das Mancur Olson in seinen Werken *Logik des kollektiven Handelns* (1968) und *Aufstieg und Niedergang von Nationen* (1985) nach und nach entwickelt hat. Zu-

nächst werden die Anreize der demokratischen Führer in Hinblick auf Wohlfahrt und Wachstum diskutiert. Anschließend die Anreize von Interessengruppen in einer demokratischen Gesellschaft, die diametral dazu stehen. Schließlich wird deutlich, dass in einer funktionierenden Demokratie positive und negative Mechanismen für und gegen wirtschaftliche Prosperität sprechen. Im Vergleich mit Autokratien wird gezeigt, dass die Argumente sich gegenseitig aufwiegen und sich ein Gleichstand zwischen den beiden Regimetyten einstellt.

2.2 Demokratie und Wirtschaftswachstum

2.2.1 Umverteilung durch demokratische Regierungen

In einer Demokratie gibt es, im Gegensatz zur Autokratie, keinen absoluten Herrscher. Eines der Kernelemente von Demokratie ist die Möglichkeit zur Abwahl der Regierung durch freie und faire Wahlen.² In einer funktionierenden Demokratie ist das Ziel einer nutzenmaximierenden, rationalen Regierung, oder vielmehr ihrer Mitglieder, ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen. Dafür werden sie einen großen Teil, aber nicht die gesamte Wählerschaft benötigen. Es reicht vielmehr eine Mehrheit, um wiedergewählt zu werden und um die Stimmen dieser Mehrheit wird sich die Regierung bemühen. Ähnlich wie einst Alexis de Tocqueville argumentiert auch Olson, dass demokratische Regierungen versuchen werden das Einkommen der Gesellschaft auf die benötigte Mehrheit umzuverteilen und sich damit ihre Stimmen zu sichern (vgl. Schmidt 2008: 119 f.). Zusätzlich nimmt Olson an, dass die Mehrheit einen Anteil des Markteinkommens der Gesellschaft bezieht (Olson 2002: 30).

Die Umverteilung des Einkommens auf die Mehrheit wird, wie bei dem stationären Banditen, über Besteuerung erzielt. Nun stellt sich wieder die Frage, wie hoch der Steuersatz sein wird, der das Einkommen der Mehrheit maximiert und ob er höher oder niedriger im Vergleich zu Autokratien liegen wird. Würde die Mehrheit kein Markteinkommen beziehen, wäre das Kalkül der Politik identisch mit dem Kalkül des Autokraten. Die Ausnahme wäre dann, dass die Regierung das Einkommen nicht auf sich sondern auf die Mehrheit die sie unterstützt umverteilt. Durch das exogen-bezogene Markteinkommen ändert sich das Maximierungskalkül, da eine Senkung der Steuer ausgehend von 100 Prozent nicht nur das zu besteuern- de Einkommen der Gesellschaft und somit das Steueraufkommen durch die erhöhte Produktion, sondern auch das exogene Markteinkommen der Mehrheit steigen lässt. Die identische Logik gilt für die Bereitstellung öffentlicher Güter: eine zusätzliche

² Der Demokratie-Begriff wird an dieser Stelle noch nicht spezifiziert. In Kapitel 3 wird eine präzise Demokratie-Definition vorgestellt.

Einheit eines öffentlichen Gutes erhöht nicht nur die Produktion und d.h. die Steuereinnahmen, sondern auch das Markteinkommen der Mehrheit und hat damit ein höheres Grenzprodukt (ebd.: 34 f.). Somit haben demokratische Regierungen einen Anreiz sowohl einen niedrigeren Steuersatz zu setzen, als auch mehr öffentliche Güter bereitzustellen als Autokraten.

Die Bereitschaft den Steuersatz zu reduzieren bzw. öffentliche Güter zu produzieren steigt, je größer das Einkommen ist, welches die Mehrheit auf sich vereinigt. Daraus schließt Olson, dass Mehrheiten existieren, die „superumfassend“ sind (ebd.: 34). Diese Mehrheiten vereinigen soviel Einkommen auf sich, dass Umverteilung nicht mehr lohnend sein wird. Der Grund dafür bleibt identisch: je größer das Einkommen ist, das die Mehrheit vereinigt, umso größer ist der Anteil der Verluste, die durch die höhere Besteuerung entstehen, den sie tragen muss. Damit wird der kritische Punkt, bei dem der zusätzliche Gewinn aus der Umverteilung für die Mehrheit durch die höhere Steuer gleich den zusätzlichen Verlusten an Markteinkommen und Produktionseinkommen der Mehrheit ist, schneller erreicht. Insbesondere demokratische Systeme neigen dazu superumfassende Mehrheiten zu erzwingen durch verfassungsmäßige Verankerung von Gewaltenteilung und Gewaltenteilung sowie ein freies und faires Wahlsystem (vgl. ebd.: 36 f.).

Damit scheinen demokratische Gesellschaften eine bessere Ausgangsposition als Autokratien zu haben in Hinblick auf eine höhere Wohlfahrt. Sie weisen beispielsweise keine Nachfolgekrisen auf und haben per se ein größeres Interesse an wirtschaftlichem Wohlstand. Doch, das gibt Olson selbst zu, ist dies ein „zu rosig[es]“ Bild demokratischer Gesellschaften. In Wirklichkeit bergen demokratische Gesellschaften die Gefahr, dass Verteilungskoalitionen das umfassende Interesse an der gesellschaftlichen Wohlfahrt durch die Beeinflussung der Politik zerstören und Ineffizienzen verursachen (ebd.: 97). Im folgenden Abschnitt wird die Theorie der Verteilungskoalitionen, welche die Vorteile der Demokratie im Vergleich zur Autokratie relativiert, wenn nicht sogar aufhebt, vorgestellt.

2.2.2 Rent-Seeking durch Verteilungskoalitionen

Die mikroökonomische Fundierung der Theorie der Verteilungskoalitionen hat Mancur Olson bereits 1968 in seinem Buch *Die Logik des kollektiven Handelns* gelegt. Zunächst werden die Kerngedanken der *Logik* kurz dargestellt, um dann die Theorie der Verteilungskoalitionen darauf aufbauend vorzustellen.

Olsons Ausgangspunkt der *Logik des kollektiven Handelns* ist die Frage, welchen Zweck Organisationen haben. Der Hauptzweck, den alle Organisationen gemeinsam haben, ist die Förderung der Interessen und Ziele ihrer Mitglieder (Olson

1968: 6). Die Erreichung eines Gruppenziels durch die Organisation gleicht dabei der Bereitstellung eines Kollektivguts, auch öffentliches Gut bezeichnet (ebd.: 15). Die Besonderheit kollektiver Güter birgt gleichzeitig den Grund, warum es nicht selbstverständlich ist, dass die Mitglieder einer Gruppe sich bedingungslos für die Bereitstellung des Gutes einsetzen. Öffentliche Güter besitzen die Eigenschaft, dass wenn sie einmal bereitgestellt wurden, kein Gruppenmitglied vom Konsum des Gutes ausgeschlossen werden kann. Wenn aber kein Gruppenmitglied vom Konsum ausgeschlossen werden kann, bedeutet das im Umkehrschluss, dass es die Vorteile aus dem Gut genießen kann, ohne sich an den Kosten der Bereitstellung zu beteiligen. Damit unterliegen die Mitglieder dem Anreiz die Position eines Trittbrettfahrers einzunehmen: „Obwohl demnach alle Mitglieder der Gruppe ein gemeinsames Interesse haben, diesen kollektiven Vorteil zu erlangen, haben sie doch kein gemeinsames Interesse daran, die Kosten für die Beschaffung dieses Kollektivguts zu tragen. Jeder würde es vorziehen, die anderen die gesamten Kosten tragen zu lassen, und würde normalerweise jeden erreichten Vorteil mitgenießen, gleichgültig ob er einen Teil der Kosten getragen hat oder nicht“ (ebd.: 20).

Olson konkretisiert diese Schlussfolgerung so: „Es kommt darauf an, ob die individuellen Handlungen eines oder mehrerer Mitglieder der Gruppe von den anderen Mitgliedern bemerkt werden können“ (ebd.: 44). Kleine Gruppen zeichnen sich dadurch aus, dass der Anteil am Gewinn eines oder mehrerer Mitglieder durch den Konsum des Gutes, die Gesamtkosten der Bereitstellung des Gutes übersteigt. Dadurch hat hier schon ein einzelnes Mitglied den Anreiz, sich und damit auch die Gruppe mit dem Gut zu versorgen (ebd.: 48). Olson bezeichnet diese Gruppen auch als „privilegierte“ Gruppen, denn sie sind mit einer Zusatzeigenschaft ausgestattet: Durch die geringe Größe der Gruppe können sie soziale selektive Anreize, wie etwa Anerkennung oder Lob für besonderes Engagement bieten. Diese Anreize stellen private Güter dar, welche zusätzlichen Nutzen für den Bereitsteller stiften, und erhöhen somit auch den Anreiz der einzelnen Mitglieder, das öffentliche Gut bereitzustellen (ebd.: 62).

In mittelgroßen Gruppen hat kein einzelnes Individuum den Anreiz, das Kollektivgut auf eigene Kosten zu besorgen, d.h. es existiert kein Mitglied dessen Gewinnanteil die Gesamtkosten des Kollektivgutes übersteigt. Solche Gruppen sind jedoch zu klein, als dass der fehlende Beitrag eines Mitglieds bei der Produktion des Kollektivgutes von anderen Mitgliedern wahrgenommen wird. Die Bereitstellung des Kollektivguts ist bei dieser Gruppengröße unsicher, denn sie kann nur durch ein Abkommen von mindestens zwei Mitgliedern erfolgen (ebd.: 45, 49).

Die große Gruppe nennt Olson auch „latente“ Gruppe. Diese Gruppe ist so groß,

dass kein Gruppenmitglied einen Anreiz hat das öffentliche Gut bereitzustellen, da der individuelle Gewinnanteil die Gesamtkosten weit unterschreitet. Diese Gruppe wird sich nicht mit dem Kollektivgut versorgen können, u. a. weil die Kooperation der Mitglieder sehr große Organisationskosten mit sich bringen würde (ebd.: 46 f.). Hier gilt, dass der fehlende Beitrag eines Gruppenmitglieds nicht von den anderen Mitgliedern beobachtet werden kann, d.h. der Beitrag eines einzelnen Individuums ist so gering, dass er bei Abwesenheit nicht auffallen würde. Das steigert ebenfalls den Anreiz, sich nicht an der Bereitstellung zu beteiligen (ebd.: 49).

Die Versorgung einer latenten Gruppe mit einem Kollektivgut wird nur gelingen, wenn die Gruppe Zugang zu selektiven Anreizen positiver oder negativer Natur hat, oder wenn sie eine sogenannte föderative Gruppe ist (ebd.: 49). Eine föderative Gruppe ist eine Gruppe, die sich aus mehreren kleinen Gruppen zusammensetzt. Hier gilt wieder, dass die Anreize für den Einzelnen, der zur Bereitstellung des öffentlichen Gutes beitragen soll, aus den oben erläuterten Gründen günstiger sind (ebd.: 61).

Neben der Unterscheidung der Gruppen nach Größe, unterscheidet Olson auch inklusive und exklusive Gruppen (ebd.: 35 ff.). Marktsituationen sind durch Rivalität im Konsum gekennzeichnet, denn je mehr Mitglieder in der Gruppe sind, desto geringer ist der Anteil des Gewinns pro Mitglied. Deshalb werden Gruppen in Marktsituationen stets bemüht sein einen Eintritt in die Gruppe zu verhindern und die Anzahl der Mitglieder zu verringern. Sie verhalten sich exklusiv (ebd.: 36). Wenn die Situation nicht durch einen Markt charakterisiert ist, dann wird die Gruppe danach streben zu wachsen, d.h. inklusiv sein, denn je größer die Anzahl der Mitglieder, umso besser können die Kosten der Beschaffung verteilt werden (ebd.: 36). Der exklusive Gruppentyp ist insbesondere für die Anwendung der vorgestellten Erkenntnisse auf ganze Volkswirtschaften von Bedeutung. Olson wendet sie in *Aufstieg und Niedergang von Nationen* (1985) an.

Wie oben diskutiert, stehen die Mitglieder einer Gruppe vor vielfältigen Schwierigkeiten, wenn sie sich mit Kollektivgütern versorgen möchten. Kleine Gruppen stehen vor weniger großen Schwierigkeiten, als mittelgroße oder gar ganz große, latente Gruppen. Diese Schlussfolgerungen haben, jenseits der Frage ob sich Gruppen mit öffentlichen Gütern versorgen können, Konsequenzen. In *Aufstieg und Niedergang von Nationen* (1985) diskutiert Olson die Anwendung dieser Thesen auf ganze Gesellschaften und kommt zum Schluss, dass die Organisierbarkeit von Gruppen auch Konsequenzen auf die Prosperität ganzer Volkswirtschaften hat.

Das Ergebnis, dass sich große Gruppen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht organisieren können, veranlasst Olson die These aufzustellen, dass es „keine Länder

geben [wird], die eine symmetrische Organisation aller Gruppen mit einem gemeinsamen Interesse erlangen und die dabei durch umfassende Verhandlungen optimale Ergebnisse erzielen“ (ebd.: 48). Auch wenn nicht alle Gruppen einen Organisationsgrad erreichen werden, wird es aber insbesondere kleinen Gruppen gelingen, mit zeitlicher Verzögerung (aufgrund von Verhandlungen), Kollusionen zu bilden (ebd.: 52). Die Mitglieder dieser kleinen Organisationen werden eine größere Organisationsmacht besitzen, da sie sich relativ schnell nach einem gesellschaftlichen Umbruch im Vergleich zu großen Gruppen bilden werden (ebd.: 52). Auf Basis dieser Folgerung diskutiert Olson die Frage, ob diese Organisationen Einfluss auf die wirtschaftliche Prosperität in Form von Wachstum und Innovationen haben und ob dieser Einfluss positiv oder negativ sein wird (ebd.: 53).

Obwohl die Organisationen allen Grund hätten das Wirtschaftswachstum und die Produktivität der Gesellschaft zu steigern, ist das nicht zwingend selbstverständlich. Vielmehr haben sie zwei Wahlalternativen: Sie können entweder die wirtschaftliche Entwicklung fördern und somit die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt erhöhen und dabei selbst davon profitieren, oder sie können danach streben möglichst viel der Wohlfahrt auf sich umzuverteilen (ebd.: 53). Der erste Fall ist, abgesehen vom Fall umfassender Organisationen, auf den später eingegangen wird, sehr unwahrscheinlich. Grund dafür sind die hohen Kosten, welche entstehen, wenn sich eine Organisation gegen wachstumshemmende, gesetzliche Schranken einsetzt und wachstumshemmende Kartelle zu zerschlagen versucht. Da die Mitglieder der Organisation nur einen Bruchteil von der dadurch zusätzlich generierten Wohlfahrt erhalten werden, kann dieser Fall ausgeschlossen werden. Olson zieht hier die Parallele zum Individuum in der Gruppe: „Die Organisation, die handelt, um der Gesellschaft als Ganzes einen Nutzen zu verschaffen, stellt im Wesentlichen ein öffentliches Gut für die ganze Gesellschaft bereit und ist dementsprechend in der gleichen Position wie ein Individuum, das zur Bereitstellung eines Kollektivguts für die Gruppe beiträgt, von der er oder sie ein Teil ist“ (ebd.: 55). Damit wird klar, dass die Organisation vielmehr als Lobby beispielsweise tätig sein wird und für eine günstigere Gesetzgebung gegenüber dem eigenen Wirtschaftszweig eintreten wird. Das verringert die Effizienz der Volkswirtschaft und mindert so die gesellschaftliche Wohlfahrt.

Die einzelne Organisation wird das Rent-Seeking-Verhalten fortsetzen, solange der zusätzliche Gewinn, den sie „erwirtschaftet“, die dadurch entstehenden Kosten übersteigt. Die Kosten setzen sich hierbei nicht lediglich aus den Kosten der Lobbyarbeit zusammen. Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass die Organisation zwar ihren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt erhöht, aber die Gesamtwohlfahrt im selben Moment, durch das Rent-Seeking, verringert wird. Somit

wirken an dieser Stelle zwei entgegengesetzte Mechanismen (ebd.: 54 f.). Daraus folgt: „Im Ergebnis vermindern Sonderinteressengruppen und Kollusionen die Effizienz und das Gesamteinkommen der Gesellschaften, in denen sie wirken, und sie machen das politische Leben zwieträchtiger“ (ebd.: 61).

Ein weiteres Merkmal von Sonderinteressengruppen ist, dass sie „Entscheidungen langsamer [treffen] als die Individuen und Unternehmen, die sie umfassen [und sie] neigen dazu überfüllte Tagesordnungen und Verhandlungstische zu haben und setzen häufiger Preise als Mengen fest“ (ebd.: 75). Der Ursprung dieser Folgerung liegt in der Logik des kollektiven Handelns. Kleine Gruppen ohne selektive Anreize müssen im Falle kollektiven Handelns zunächst Übereinstimmung beispielsweise über die Kostenverteilung erzielen, was zusätzliche Zeit in Anspruch nimmt und somit Kosten verursacht. Wenn die Gruppe nicht sonderlich klein ist, muss sie sich zunächst auf die Verfahrensregeln zur Entscheidungsfindung einigen, um den Spielraum für Willkür und vorschnellem Handeln zu minimieren. Die Satzungsentwicklung beansprucht zusätzliche Zeit. Die Verbindung der Entscheidungsfindung über Satzungsregeln, welche hohe Quoren bei Entscheidungen vorsehen, führen daher zu überfüllten Tagesordnungen und zu langsamen Entscheidungen (ebd.: 70 ff.). Da sich die Kartellmitglieder häufig nicht über die Aufteilung der Kosten einigen können, neigen sie dazu die Entscheidung zu vertagen oder zu verlagern, indem sie die Preise festsetzen und die Konsumenten über die Einschränkung der Produktionsmenge entscheiden lassen (ebd.: 74).

Die bisherigen Schlussfolgerungen zielten auf die Effizienz der Volkswirtschaft, doch sie implizieren auch eine geringere Wachstumsrate der Volkswirtschaft. Hauptursächlich dafür ist die Verhinderung von Innovationen (ebd.: 61). Unternehmen, die beispielsweise effizientere Produktionsmethoden entwickeln und sich einen relativen Vorteil im Kartell verschaffen wollen, werden an der Einführung ihrer Innovation gehindert. Neue Verhandlungen werden nötig und schlimmstenfalls droht das Auseinanderbrechen des Kartells, daher wird die Interessengruppe daran interessiert sein, Innovationen zu regulieren (ebd.: 82). Wachstumshemmend sind Interessengruppen auch, da sie die effiziente Reallokation der Produktionsressourcen bremsen werden. Eine große Branche wird beispielsweise nicht machtlos ihrem Niedergang zusehen, sondern staatliche Hilfen anstreben (ebd.: 84 f.). Olson schlussfolgert daher, dass „Verteilungscoalitionen [...] die Fähigkeit einer Gesellschaft, neue Technologien anzunehmen und eine Reallokation von Ressourcen als Antwort auf sich verändernde Bedingungen vorzunehmen, [verringern], und [sie] damit [...] die Rate des ökonomischen Wachstums [verringern]“ (ebd.: 87).

Ein weiterer Nachteil von Verteilungscoalitionen ist ihre Exklusivität. Einmal er-

folgreich gebildet und geeinigt, setzen sich Kartelle für eine starke Regulierung und hohe Eintrittsbarrieren auf ihrem Markt ein. So beispielsweise in der Zunft der Ärzte oder Anwälte (ebd.: 87 f.). Damit gehören Verteilungskoalitionen zu den exklusiven Gruppen. Bezogen auf Unternehmensbranchen kann angenommen werden, dass Verteilungskoalitionen oft nach oligopolistischen Marktstrukturen streben werden. Olson sieht die Anreize des individuellen Handelns in einer Gesellschaft mit wachsenden Verteilungskoalitionen verschoben. Immer mehr Verteilungskoalitionen stellen langfristig die Individuen vor die Entscheidung, ob sie sich an Verteilungskämpfen beteiligen oder an der Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt, was de facto „die Richtung der sozialen Evolution“ ändert (ebd.: 97 f.).

Ein Ausnahmefall zu den Ausführungen Olsons liegt bei sogenannten *umfassenden Interessengruppen*. Als umfassend gilt eine Interessengruppe, wenn sie „einen großen Teil des Produktionspotentials“ vertritt (ebd.: 62). Der Grund für diese Ausnahme ist, dass umfassende Organisationen einen großen Teil der sozialen Wohlfahrt besitzen. Schlussfolgernd daraus müssten sie auch einen größeren Teil der anfallenden Kosten durch die Umverteilung tragen. Damit wird der Punkt, an dem der Teilgewinnzuwachs durch die anfallenden Kosten der Umverteilung marginalisiert wird, schneller erreicht, als bei kleinen Sonderinteressengruppen (ebd.: 62). Aus dieser Grundüberlegung heraus zieht Olson den Schluss, dass „umfassende Organisationen [...] einen Anreiz [haben], die Gesellschaft, in der sie wirken, aufblühen zu lassen, und [...] Einkommen an ihre Mitglieder mit möglichst geringen sozialen Kosten umzuverteilen und damit aufzuhören, wenn der umverteilte Betrag im Verhältnis zu den sozialen Kosten der Umverteilung nicht erheblich ist“ (ebd.: 68).

Damit stehen sich in demokratischen Gesellschaften zwei Mechanismen gegenüber. Auf der einen Seite die stimmenmaximierende und umverteilende Regierung, welche einen Anreiz besitzt für Wohlfahrtssteigerungen und der Bereitstellung öffentlicher Güter zu sorgen. Auf der anderen Seite Verteilungskoalitionen, welche im eigenen Interesse handeln und die Wohlfahrt auf sich umzuverteilen versuchen. Im Idealfall sind die demokratischen checks und balances intakt und Verteilungskoalitionen haben geringere Chancen die Umverteilungspolitik durchzusetzen. Sie sind gezwungen umfassende oder zumindest große Koalitionen zu bilden, d.h. Kompromisse mit anderen Interessengruppen einzugehen. Somit wird der Nachteil der umverteilenden Interessengruppen bei intakten checks und balances eingedämmt und unter Umständen vollständig aufgehoben.

Autokraten setzen hingegen höhere Steuern und stellen weniger öffentliche Güter bereit als demokratische Regierungen. Zusätzlich haben Wirtschaftsindividuen in Autokratien, aufgrund des Planungshorizonten des Autokraten, eine geringere

Planungssicherheit bei ihren Entscheidungen und investieren nicht optimal. Für Autokratien spricht, dass sie in gewissem Maße dem Rent-Seeking Verhalten von Interessengruppen entgegentreten. Gleichzeitig haben sie jedoch mit Nachfolgekrisen zu kämpfen. Somit kann keine klare Präferenz in Bezug auf das Wirtschaftswachstum zwischen einem demokratischen Regierungssystem und einer Autokratie konstatiert werden.

Doch wie sieht es aus mit den Grauzonenregimen zwischen Demokratien und Autokratien? Sind die Bedingungen dort vergleichbar mit denen in Demokratien oder Autokratien? Vor der Diskussion dieser Frage wird zusätzlich die Selektorat-Theorie von Bueno de Mesquita et al. (2002, 2003) vorgestellt und die Gemeinsamkeiten zu Olson aufgezeigt. Autokraten müssen sich bei Bueno de Mesquita et al. zwar keiner Wahl stellen, sie benötigen jedoch trotzdem die Unterstützung relevanter Machtgruppen, um im Amt bleiben zu können. Olsons Modell ist an dieser Stelle unterkomplex, da es die Machtfrage bei nicht-demokratischen Machthabern nicht stellt. Es wird angenommen, dass ein stationärer Bandit, einmal an der Macht, die Unterstützung bis zum Ende seines Planungshorizont sicher hat und die gesamten Steuereinnahmen für sich beanspruchen kann. Weiterhin vernachlässigt Olson, dass demokratische Regierungen auch mittels privater Güter ihren Amtserhalt sichern können und nicht nur als neutral-umverteilende Akteure agieren. Die Theorie bietet daher eine andere Perspektive auf die vorgestellten Zusammenhänge. Aus diesem Grund ist die Selektorat-Theorie an dieser Stelle als Ergänzung zum Olson'schen Modell zu verstehen.

2.3 Alternative Perspektive: Machthaber und Winning Coalition

Die Selektorat-Theorie von Bueno de Mesquita et al. (2002, 2003) ist eine allgemeine Theorie und hat zunächst keinen Bezug zu einem bestimmten politischen System, wie etwa Demokratie oder Autokratie. Wie später gezeigt wird, kann die Theorie soweit spezifiziert werden, dass ein Systemvergleich möglich wird. Das Setup der Theorie kann folgendermaßen zusammengefasst werden: in jeder Gesellschaft existiert ein oder mehrere Machthaber. Diesen steht ein Herausforderer gegenüber (Mesquita 2003: 38 f.). Die Gesellschaft definiert sich durch die gesamte Bevölkerung. Eine Teilmenge der Gesamtbevölkerung ist das sogenannte Selektorat, welches alle Individuen umfasst, die die notwendige qualitative Ausstattung besitzen, um dem institutionellen Framework nach die Machthaber auswählen zu

dürfen (ebd.: 42).³ Sowohl Machthaber, als auch Herausforderer konkurrieren um die Unterstützung einer Teilmenge des Selektorats, der *Winning Coalition*, indem sie Steuern erheben. Die Mitglieder der *Winning Coalition* werden für die Unterstützung der Machthaber in Form von einer Mischung aus privaten und öffentlichen Gütern entlohnt (ebd.: 51 f.).⁴

Der Wettbewerb zwischen Machthaber und Herausforderer wird als ein unendlich oft wiederholtes Spiel modelliert, bei dem beide ihren Nutzen maximieren und simultan den Steuersatz sowie die Menge der öffentlichen und der privaten Güter für ihre *Winning Coalition* festlegen (ebd.: 77 ff.). Im Vergleich zu Olson verteilt der Machthaber nicht das komplette Einkommen um, sondern behält einen Teil, welcher nicht umverteilt wird, für sich (Mesquita et al. 2002: 571). Er hat dabei den Vorteil, dass der Herausforderer nicht glaubwürdig versichern kann, dass die Mitglieder der *Winning Coalition*, die ihn an die Macht bringen, auch langfristig zu seiner *Winning Coalition* gehören werden. Denn, wenn die Mitglieder der *Winning Coalition* des Machthabers ihn nicht mehr unterstützen, dann müssen sie mit einem Risiko rechnen, dass sie in Zukunft auch nicht in die *Winning Coalition* des Herausforderers aufgenommen werden. Der Verlust der Mitgliedschaft ist dann gleichbedeutend mit Gewinneinbußen, da der jeweilige Machthaber nur die ihn unterstützenden Mitglieder mit privaten Gütern kompensiert. Die Wahrscheinlichkeit dieses Risikos hängt positiv von der Größe des Selektorats und negativ von der Größe der erforderlichen *Winning Coalition* ab und wird als *loyalty norm* bezeichnet (Mesquita et al. 2003: 82 f.). Je größer die *loyalty norm* ist, desto größer ist das Risiko, nicht in einer zukünftigen *Winning Coalition* Mitglied zu sein. Diese Tatsache macht die privaten Güter für die Mitglieder der aktuellen *Winning Coalition* besonders wertvoll. Gleichzeitig bedeutet das für den Machthaber, dass er einen größeren Teil der Einnahmen für sich beanspruchen kann und weniger in private Güter für die Sicherung der Unterstützung der *Winning Coalition* investieren muss. Es wird daher geschlussfolgert, dass mit größer werdender *Winning Coalition* das Steueraufkommen, welches die Machthaber für sich beanspruchen, umso geringer sein wird. Die Ausgaben für private und öffentliche Güter werden wiederum, gemessen am Steueraufkommen, umso größer sein (Mesquita et al. 2002: 572 f.). Je größer die *Winning Coalition*, desto geringer ist damit die Umverteilung des Steueraufkommens auf

³ Es wird bewusst nicht von einer Wahl, sondern Auswahl gesprochen. Je nach politischem System oder auch zeitlicher Epoche wird das Selektorat unterschiedlich definiert. Mesquita et al. diskutieren Herkunft, Fertigkeiten, Reichtum und Geschlecht bzw. Alter als Dimensionen anhand welchen die Mitgliedschaft im Selektorat in der Geschichte definiert wurde (ebd.: 44 ff.)

⁴ Es sei angemerkt, dass private Güter weniger Sachgüter darstellen, sondern beispielsweise staatlich garantierte Monopole und gesetzliche Regelungen, welche den Mitgliedern der *Winning Coalition* zusätzlichen Nutzen stiften (Mesquita et al. 2002: 561).

den Machthaber.

Als nächstes stellt sich die Frage, wie die Mischung aus privaten und öffentlichen Gütern sein wird, die der Machthaber bereitstellen wird. Die Menge der öffentlichen und privaten Güter und insbesondere das Verhältnis der beiden hängt ebenfalls von der Größe der erforderlichen *Winning Coalition* ab. Je größer die *Winning Coalition*, desto teurer wird die Kompensation der Unterstützer durch private Güter, d.h. der Machthaber wird mit größer werdender *Winning Coalition* mehr öffentliche und weniger private Güter bereitstellen, um seinen Machterhalt zu sichern (Mesquita et al. 2003: 91 f.). Gleichzeitig bedeutet eine größere *Winning Coalition*, dass der Machthaber weniger Einkommen auf sich umverteilen kann. Je größer die *Winning Coalition*, umso geringer muss der Machthaber den Steuersatz zur Maximierung des eigenen Nutzens und Refinanzierung der öffentlichen und privaten Güter setzen. Denn je größer die *Winning Coalition*, desto teurer ist die Kompensation der Einkommensausfälle durch die Besteuerung ihrer Mitglieder mittels privater Güter. Desto kleiner ist auch der Anteil der Steuereinnahmen, den der Machthaber für sich beanspruchen kann (ebd.: 94).

Gesellschaften mit größeren *Winning Coalitions* haben somit drei Vorteile: erstens durch die kleinere *loyalty norm* sind Machthaber gezwungen einen geringeren Teil der Steuereinnahmen für sich zu behalten. Zweitens wird die Sicherung der Unterstützung mittels privater Güter, um im Amt bleiben zu können, für den Machthaber mit steigender Größe der *Winning Coalition* vergleichsweise teurer. Dadurch wird der Machthaber das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Gütern zugunsten der Zweiten verschieben. Drittens wird eine große *Winning Coalition* dazu führen, dass der Machthaber einen geringeren Steuersatz setzen wird. Verantwortlich dafür ist die Tatsache, dass er die Mitglieder der *Winning Coalition* mit weniger privaten Gütern für die Einkommensverluste durch die Besteuerung kompensieren kann.

Nun wird der Bezug zu den beiden Kategorien Demokratie und Autokratie hergestellt. Der Bezugsrahmen kann anhand von zwei Dimensionen gezogen werden: der Größe des Selektorats und der Größe der erforderlichen *Winning Coalition*. In intakten Demokratien wird die Größe des Selektorats durch das allgemeine Wahlrecht definiert und umfasst in der Regel den erwachsenen Teil der Bevölkerung. Die *Winning Coalition* umfasst bis zu 50 Prozent des Selektorats, beispielsweise in präsidentiellen Systemen. Daraus folgt u.a., dass die Präferenzen eines großen Teils der Bevölkerung Anklang finden im politischen Prozess. In Autokratien ist das Selektorat deutlich kleiner und umfasst manchmal einen sehr eng definierten Kreis von Personen, die einen Autokraten im Amt halten können. Die *Winning Coaliti-*

on ist wiederum ein Teil dieses Selektorats und ist nicht zwingend die Hälfte des Selektorats, sondern meist kleiner (ebd.: 69 ff.).

Die Nähe zum Olson'schen Modell ist nun erkennbar. Bei Olson verschaffen sich die Machthaber in Demokratien die Unterstützung der erforderlichen Mehrheit durch die Besteuerung und Umverteilung von Einkommen. Die Steuer, die gesetzt wird ist geringer als in Autokratien und der Umfang der bereitgestellten öffentlichen Güter größer. Bei Mesquita et al. (2002, 2003) verteilen die Machthaber einen Teil des Einkommens auf die *Winning Coalition* in Form privater und öffentlicher Güter um, um nicht durch den Herausforderer abgesetzt zu werden. Dabei gilt: je größer die *Winning Coalition*, desto mehr öffentliche Güter werden bereitgestellt und desto weniger private Güter. Gleichzeitig bedeutet eine größere *Winning Coalition* auch weniger Umverteilung auf die Machthaber und geringere Steuersätze. Parallel zu Olson gilt daher, dass in Demokratien mehr öffentliche Güter bereitgestellt werden und die Steuersätze niedriger sein werden, da die *Winning Coalition* demokratischer Gesellschaften größer ist als in Autokratien.

Nicht-demokratische Machthaber müssen sich bei Bueno de Mesquita et al. zwar keiner Wahl stellen, sie benötigen jedoch trotzdem die Unterstützung relevanter Machtgruppen, um im Amt bleiben zu können. Olsons Modell ist an dieser Stelle unterkomplex, da es die Machtfrage bei nicht-demokratischen Machthabern nicht stellt. Es wird angenommen, dass ein stationärer Bandit einmal an der Macht, die Unterstützung bis zum Ende seines Planungshorizonts sicher hat. Mesquita et al. (2002: 571) thematisieren diese Erweiterung selbst und verweisen darauf, dass sie das Modell von Olson und McGuire (1996) erweitern, indem die Möglichkeit eröffnet wird, dass ein Autokrat seinen Machterhalt sichern muss.

Schließlich ziehen Mesquita et al. die Schlussfolgerung, dass je größer die erforderliche *Winning Coalition* des politischen Systems ist, desto höher das ökonomische Wachstum sein wird, da mehr öffentliche Güter bereitgestellt werden und insbesondere weniger private Güter, was gemäß der Auffassung über private Güter (s. o.) wachstumsfördernd ist. Ein weiterer Grund für das höhere Wirtschaftswachstum ist, dass in Systemen mit größeren *Winning Coalitions* der Anteil des Steueraufkommens, welcher auf die Machthaber umverteilt wird, geringer ist und daher allgemein mehr in öffentliche Güter investiert wird. Daraus folgt, dass ein größerer

Teil des Steueraufkommens reinvestiert wird (Mesquita et al.: 582).⁵

Nun stehen zwei Ansätze zur Verfügung, die es ermöglichen auf analytischer Ebene den Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien einerseits mit Autokratien und andererseits mit intakten Demokratien zu vergleichen. Doch vor diesem Schritt muss zunächst eine definitorische Frage hinreichend geklärt werden: Was ist unter einer defekten Demokratie und einer intakten Demokratie zu verstehen und wie können defekte Demokratien gegenüber Autokratien abgegrenzt werden?

⁵ Im Gegensatz zu den vorherigen Erkenntnissen aus den Arbeiten von Mancur Olson lässt sich hier ein Vorteil von Demokratien gegenüber Autokratien ableiten. Grund dafür ist hauptsächlich die Einbindung von Interessengruppen im Ansatz von Olson, welcher die Vorteile einer Demokratie teils aufhebt. Dieser Mechanismus wird bei de Mesquita et al. (2002, 2003) nicht berücksichtigt. Dieser Unterschied ist für die vorliegende Arbeit nicht von Bedeutung, da der Schwerpunkt im Vergleich von defekten Demokratien mit intakten Demokratien und Autokratien liegt und nicht im Vergleich von intakten Demokratien und Autokratien.

3 Defekte Demokratie

Im vorherigen Teil wurden zwei Ansätze zur Erklärung wirtschaftlichen Wachstums in Autokratien und „intakten“ Demokratien vorgestellt. Dabei wurde die Frage, was eine „intakte“ Demokratie ist bisher ausgeklammert und nur umschrieben mit funktionierenden checks und balances sowie freien und fairen Wahlen. Damit die diskutierten Theorien auf defekte Demokratien angewendet werden können, muss als nächstes die Frage nach der „intakten“ und defekten Demokratie konkretisiert werden. Das ist Aufgabe des folgenden Teils.

Zunächst ist zu fragen, wie defekte Demokratien grundsätzlich konzeptionalisiert werden können. Aurel Croissant unterscheidet in der Demokratie- und Transformationsforschung vier Herangehensweisen: Erstens können Subtypen auf der autoritären Seite der Demokratie-Autokratie-Skala gebildet werden. Zweitens können die vakanten Regime in einem neuen Mischtypus subsumiert werden. Drittens können die Regime von Fall zu Fall geprüft und zur Demokratie oder Autokratie definiert werden. Die vierte Möglichkeit ist die Prüfung, ob das fragwürdige Regime die Mindestvoraussetzung der Demokratie, freie und faire Wahlen, erfüllt und sie zunächst in die grobe Kategorie der Demokratien oder Autokratien einzuordnen. Im zweiten Schritt werden die Defekte der Demokratie identifiziert und „unvollständige Subtypen“ gebildet (Croissant 2010: 94 f.). Die ersten drei Herangehensweisen bergen das Problem, dass defekte Demokratien nicht als eigenständiger Subtypus der Demokratie gesehen werden und aus diesem Grund für die vorliegende Analyse ungeeignet sind (vgl. Merkel 2003: 30 ff.). Deshalb wird im Folgenden die Herangehensweise von Merkel et al. (ebd.), beginnend mit der Demokratie-Definition, vorgestellt.

3.1 Eingebettete Demokratie

Das Konzept der defekten Demokratie basiert auf der Definition von Demokratie als „eingebettete“ Demokratie nach Merkel et al. (2003). Der Begriff „eingebettet“ verdeutlicht dabei, dass Demokratie als ein mehrdimensionales Gebilde verstanden wird. Konzeptionalisiert wird der Demokratiebegriff mit Hilfe eines Rückgriffs

der historisch erwachsenen Teilelemente Volkssouveränität, politische Gleichheit, Freiheit und Herrschaftskontrolle (Merkel et al. 2003: 40 f.). Aus dem Kriterium der Volkssouveränität, welches als die Dimension der vertikalen Verantwortlichkeit bezeichnet werden kann, werden drei Kernkompetenzen der Bürger abgeleitet: die Agendasetzung, die allgemeinverbindliche Entscheidung von politischen Fragen sowie die Kompetenz zu entscheiden, wer diese Entscheidungen trifft (ebd.: 41). Im nächsten Schritt argumentieren Merkel et al., dass die politische Gleichheit ihrerseits historisch mit der Demokratie verbunden ist, denn nur die Realisierung politischer Gleichheit, welche sich in einem universellen und gleichen Wahlrecht niederschlägt, gewährleistet die Berücksichtigung der Präferenzen aller Bürger in gleichem Maße. Dieses muss wiederum auf der Mehrheitsregel beruhen, damit die Präferenzen der Bürger proportional abgebildet werden können (ebd.: 41).

Die Verbindung zwischen Freiheit und Demokratie wird über die Gleichheit begründet. Nur ein freier Bürger ist in der Lage politisch zu informieren, sich eine Meinung zu bilden und schließlich sich in politische Fragen einzumischen. Somit sei es zwingend notwendig, die Freiheit des Individuums hinreichend zu institutionalisieren, indem sie in die Verfassung aufgenommen wird (ebd.: 42). Die Institutionalisierung der Freiheitsrechte allein ist jedoch nur eine notwendige und keine hinreichende Bedingung. Merkel et al. weisen selbst auf die von Tocqueville befürchtete „Tyrannei der Mehrheit“ hin, welche die individuellen Freiheitsrechte auf demokratischem Wege untergräbt. Aus diesem Grund besteht die Notwendigkeit eines Rechtsstaats, der die individuellen Freiheitsrechte garantiert und schützt (ebd.: 43).

Zusammen mit den drei Teilelementen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Territorialstaates, des Repräsentationsprinzips, der pluralistischen Gesellschaft, der Bildung einer politischen Öffentlichkeit sowie des Verständnisses eines autonomen Bürgers mit Rechten definieren Merkel et al. Demokratie

„als ein Set institutioneller Minima, das erstens eine vertikale Dimension demokratischer Herrschaft bezeichnet, nämlich vertikale Machtkontrolle, universelles aktives und passives Wahlrecht und die effektive Gewährleistung der damit verbundenen grundlegenden Partizipationsrechte; zweitens eine horizontale Dimension, also Herrschaftskontrolle im Rahmen gewaltenteiliger Organisation der Staatsgewalt und der rechtsstaatlichen Herrschaftsausübung; drittens eine transversale Dimension, also effektive Zuordnung der Regierungsgewalt zu den demokratisch legitimierten Herrschaftsträgern“ (ebd.: 47).

Ausgehend von dieser „institutionell-prozeduralen“ Definition wird Demokratie

als ein mehrdimensionales Gefüge modelliert, welches sich aus mehreren Teilregimen zusammensetzt (ebd.: 47). Die fünf Teilregime sind das Wahlregime, die politischen Teilhaberechte, die bürgerlichen Freiheitsrechte, die horizontale Gewaltkontrolle und die effektive Regierungsgewalt. Erst die Einhegung dieser Teilregime in einander führt zu einer funktionierenden, eingebetteten Demokratie, so Merkel et al. (ebd.: 50).⁶

Die Funktion des Wahlregimes ist die Gewährleistung des offenen Zugangs zu den Herrschaftspositionen im Staat. Es ist eine notwendige Bedingung für die punktuelle Kontrolle der Herrschaftsträger und ein Instrument zur Bekundung der Präferenzen der Bürger. Gleichzeitig ist ein intaktes Wahlregime das zentrale Unterscheidungsmerkmal der Demokratie von der Autokratie. Es zeichnet sich in Anlehnung an Robert Dahl durch freie und faire Wahlen, aktives und passives Wahlrecht und gewählte Mandatsträger aus (ebd.: 50 f.).

Wie schon angedeutet, ist das Wahlregime keine hinreichende Bedingung für die Kontrolle der Herrschaftsträger und die Bildung der Präferenzen der Bürger. Vollständig funktionsfähig wird das Wahlregime durch das Regime der politischen Teilhaberechte. Diese gewährleisten erst den offenen Wettbewerb um die Herrschaftspositionen und ermöglichen die Bündelung und Kommunikation der Präferenzen der Bürger. Zudem vervollständigen sie die punktuelle vertikale Kontrolle des Wahlregimes. Institutionell schlagen sich die politischen Teilhaberechte in der Presse-, Meinungs-, Kommunikations- und Assoziationsfreiheit nieder (ebd.: 51 f.).

Das dritte Teilregime, die bürgerlichen Freiheitsrechte, stellen einen Pfeiler des Rechtsstaates dar, welcher den staatlichen Handlungsradius begrenzt. Merkel et al. verstehen darunter, „dass der Staat an das geltende Recht gebunden ist und auf der Grundlage klar definierter Kompetenzen und rechtlicher Räume agiert“ (ebd.: 52). Damit wird die Exekutive und Legislative daran gehindert den Wettbewerb und die Kontrolle, welche in den vorherigen Teilregimen erörtert wurden, zu untergraben und auszuschalten. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Regimes sind unabhängige Gerichte, welche durch Normen- und Verwaltungskontrolle die bürgerlichen Freiheitsrechte garantieren und ihre Aushöhlung u. a. durch demokratische Mehrheiten verhindern. Weiterhin gehört zu diesem Teilregime die Gleichbehandlung vor dem Gesetz (ebd.: 53).

Das vierte Teilregime, die horizontale Gewaltkontrolle, vervollständigt zusammen mit dem vorherigen Teilregime die zweite Dimension der Demokratie. Die horizontale Gewaltkontrolle ergänzt die vertikale Machtkontrolle, welche in den ers-

⁶ Um den Lesefluss zu erleichtern werden die Begriffe „eingebettete Demokratie“, „liberale, rechtsstaatliche Demokratie“ sowie „Demokratie“ als perfekte Substitute verwendet.

ten beiden Teilregimen manifestiert ist, indem sie das Handeln der Herrschaftsträger auf Verfassungsmäßigkeit hin gewährleistet. Die Verwirklichung dieses Teilregimes äußert sich in der Teilung der Herrschaftsmacht zwischen Legislative, Exekutive und insbesondere Judikative. Da gerade in parlamentarischen Systemen die Trennung zwischen Exekutive und Legislative durch die Dualität von Opposition und Regierungsmehrheit abgelöst wurde, betonen Merkel et al., dass es sich bei dieser Entwicklung nicht um einen Bruch dieses Prinzips per se handelt (ebd.: 54).

Das Regime der effektiven Regierungsgewalt deckt die dritte Demokratie-Dimension ab. Die vier vorherigen Teilregime gewährleisteten demokratische Prozeduren, jedoch noch lange nicht die Fähigkeit der gewählten Herrschaftsträger, über alle relevanten Politikbereiche entscheiden zu können. Die effektive Regierungsgewalt zielt insbesondere auf extrakonstitutionelle Befugnisse des Militärs, welches in defekten Demokratien oft eine Sonderstellung einnimmt. Weniger gemeint sind damit unabhängige Verfassungsinstitutionen wie ein Verfassungsgericht, aber auch die Zentralbank. Letzteres insbesondere aus dem Grund, dass die Autonomie theoretisch jederzeit wieder unter demokratische Kontrolle gebracht werden kann (ebd.: 55 f.).

3.2 Typen defekter Demokratie

Unter der Voraussetzung, dass die fünf beschriebenen Teilregime intakt funktionieren, kann im Sinne der oben erläuterten Definition ein Regierungssystem als liberale, rechtsstaatliche Demokratie bezeichnet werden.

Defekte Demokratien hingegen werden definiert als

„Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind“ (ebd.: 66).

Die Grenze zwischen defekter und eingebetteter Demokratie ist damit als eine Störung eines oder mehrerer Teilregime definiert, welche sich auf die restlichen Teilregime auswirkt. Merkel et al. schreiben dazu: „Das Wesen der defekten Demokratie besteht [...] im *disembedding* der demokratischen Teilregime“ (ebd.: 68). Das

Wahlregime nimmt die zentrale Position in der Unterscheidung zwischen Autokratie und defekte Demokratie ein. Es muss zwei Bedingungen erfüllen: Erstens muss es eine reale Möglichkeit des Regierungswechsels geben, d.h. der Wettbewerb um die Regierungsmacht muss offen sein. Zweitens darf eine Beschädigung des Wahlregimes nicht so ausgestaltet sein, dass ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen unterdrückt werden und die herrschende Mehrheit ihre Machtstellung ausbaut (ebd.: 67).

Je nachdem welches Teilregime beschädigt ist, ergeben sich vier verschiedene „reine“ Typen defekter Demokratien. In Tabelle 3.1 sind die vier Typen zusammengefasst. Exklusive Demokratien weisen Defekte im Herrschaftszugang auf und sind

Tab. 3.1: Typen defekter Demokratien

Beschädigtes Teilregime	Beschädigte Dimension	Typ
Wahlregime pol. Teilhaberechte	Vertikale Legitimations- und Kontrolldimension	Exklusive Demokratie
bürgerl. Freiheitsrechte	Rechtsstaat	Illiberale Demokratie
horizont. Gewaltenkontrolle eff. Regierungsgewalt	Horizontale Kontrolldimension Effektive Herrschaftsgewalt	Delegative Demokratie Enklavendemokratie

Eigene Darstellung nach Merkel et al. 2003: 69

somit hinsichtlich der ersten Demokratie-Dimension nicht intakt. Sie zeichnen sich durch eine Beschädigung des Wahlregimes, die in die Exklusion eines Teils der Wahlbevölkerung mündet oder durch eine Einschränkung der Partizipationschancen, die sich in einer Verletzung der politischen Freiheitsrechte niederschlägt aus. Darunter fallen Verletzungen des aktiven und passiven Wahlrechts, durch die Bevölkerungsschichten von der Wahl durch Gewalt oder andere Mittel von der Wahl ausgeschlossen werden, genauso wie Verletzungen des Wahlprozesses, indem Parteien oder Kandidaten im Vorfeld der Wahl an ihrer Arbeit gehindert werden. Störungen des Wahlablaufs in Form von Wahlfälschungen oder Abhängigkeit der Wahlbehörde zählen ebenso dazu. Zuletzt liegt ein Defekt im Wahlregime vor, wenn die Anzahl der ernannten Mandatsträger mehrheitsrelevant ist oder aber die ernennende Instanz nicht demokratischer Kontrolle unterliegt (ebd.: 80).

Verletzungen im Bereich der politischen Teilhaberechte umfassen die Presse-, Assoziations-, und Meinungsfreiheit und finden somit im Vorfeld des Wahlprozesses statt. Dazu gehören Verbot und/oder Behinderung der Arbeit demokratischer Parteien sowie Interessengruppen. Die Assoziationsfreiheit gilt auch als de-

fekt, wenn die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit per Gesetz oder durch entsprechende Maßnahmen eingeschränkt ist. Die Meinungs- und Pressefreiheit kann nicht als funktionsfähig angesehen werden, wenn der Informationsfluss in der Gesellschaft durch die Regierung monopolisiert ist oder durch Repression gesteuert wird (ebd.: 84).

Illiberale Demokratien weisen Defizite in der Rechtsstaatsdimension auf. In defekten Demokratien dieser Ausprägung werden die bürgerlichen Freiheitsrechte missachtet. Dabei sind die individuellen Schutzrechte auf der einen und die Justizrechte auf der anderen Seite gemeint. Verletzungen der individuellen Schutzrechte umfassen die Diskriminierung von Bevölkerungsteilen und Einschränkungen der Grundrechte sowie Verletzungen der Menschenrechte von staatlicher oder privater Seite. Wenn der Zugang zur Gerichtsbarkeit oder die Gleichbehandlung vor dem Gesetz nicht gewährleistet sind, gelten die Justizrechte als beschädigt (ebd.: 87).

In delegativen Demokratien ist die horizontale Gewaltenteilung de facto nicht gegeben oder Korruption ermöglicht privaten Akteuren das Umgehen von Gesetzen und Regeln. Das Erste kann verschiedene Ausprägungen haben: die Exekutive kann die Legislative umgehen oder aber auch in die Judikative hineinwirken. Schließlich kann die Judikative mangels Eigenständigkeit ihre Kontrollfunktion nicht ausüben (ebd.: 91).

Enklavendemokratien weisen Defekte in der Effektivität der Herrschaftsgewalt auf. Extrakonstitutionelle Kräfte, wie Militär oder Guerillagruppen, aber auch institutionelle Vetospieler verhindern die Durchsetzung allgemeinverbindlicher Entscheidungen der demokratisch gewählten Herrschaftsträger (ebd.: 70 f.). Das Militär steht hier besonders im Augenmerk, denn häufig müssen sich zivile Regierungen die Unterstützung des Militärs bei einem politischen Umbruch hin zu einer Demokratie sichern, sodass das Militär eine besondere Stellung im politischen Prozess einnimmt. Als eingeschränkt gilt die Effektivität der Herrschaftsgewalt, wenn demokratische Regierungen in ihrem Entscheidungskalkül die Interessen des Militärs als eigenständigen Vetospieler berücksichtigen müssen.

Mit diesem Abschnitt wurde der Begriff „Demokratie“ als *eingebette Demokratie* spezifiziert und von defekten Demokratien abgegrenzt. Weiterhin wurde deutlich, dass defekte Demokratie als Oberbegriff für vier verschiedene Typen politischer Systeme steht, welche Defekte in den einzelnen Teilregimen der eingebetteten Demokratie aufweisen. Zuletzt wurde mit dem Wahlregime die Schwelle zwischen defekten Demokratien und Autokratien spezifiziert. Damit sind defekte Demokratien hinreichend abgegrenzt, um im folgenden Teil die Mechanismen aus Teil Zwei mit den Nebenbedingungen dieses Teils zu verbinden und Hypothesen über den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und defekten Demokratien abzuleiten.

4 Defekte Demokratien und Wirtschaftswachstum

Im zweiten Teil wurde der theoretische Rahmen zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen politischem System und Wirtschaftswachstum vorgestellt. Dabei wurde der Unterschied zwischen der Situation in einer Autokratie auf der einen und einer intakten Demokratie auf der anderen Seite herausgearbeitet. Zunächst wurden die Mechanismen in den Arbeiten Mancur Olsons diskutiert. Ergebnis war, dass in demokratischen Gesellschaften der Anreiz besteht, mehr öffentliche Güter bereitzustellen und niedrigere Steuersätze zu setzen als in Autokratien. Unabhängig davon bestand in beiden politischen Systemen der Anreiz Wirtschaftswachstum zu erzeugen. Demokratien hatten dabei den höheren Anreiz aufgrund des Markteinkommens, welches die Mehrheit bezieht und weil sie durch verfassungsrechtliche checks und balances umfassende Mehrheiten herausbilden. Beide Systeme hatten aber auch wachstumshemmende Mechanismen: Während Autokratien mit den negativen Auswirkungen kurzer Planungshorizonte und Anfälligkeit für Nachfolgekrisen zu kämpfen haben, neigen Demokratien zur Herausbildung von Verteilungskoalitionen. Insbesondere die demokratischen checks und balances spielen dabei eine entscheidende Rolle, sodass Verteilungskoalitionen nicht die Überhand gewinnen. Der Vergleich von Olsons theoretischem Zugang mit den Arbeiten von Bueno de Mesquita et al. (2002, 2003) führte über eine alternative Betrachtung der Zusammenhänge zum gleichen Ergebnis. Im letzten Teil wurde der Begriff „intakte Demokratie“ durch das Konzept der eingebetteten Demokratie nach Merkel et al. (2003) konkretisiert und die vier Typen defekter Demokratien herausgearbeitet und gegenüber Autokratien und eingebetteten Demokratien abgegrenzt.

Ziel des folgenden Teils ist die Verbindung des theoretischen Rahmens mit dem Konzept der defekten Demokratie und die Ableitung von Hypothesen. Dem Autor ist bewusst, dass keine „reinen Typen“ defekter Demokratien existieren, sondern meist Mischtypen mit mehreren, unterschiedlich schwerwiegenden Defekten die Empirie beherrschen. Um konzeptionelle Klarheit zu schaffen, müssen die Hypothesen nichtsdestotrotz auf der Typenebene gebildet werden, denn das politische

System „Defekte Demokratie“ als Typ an sich existiert nicht. Vielmehr dient der Begriff als Oberkategorie für die vier Subtypen, welche in Kapitel drei vorgestellt wurden.

Im Anschluss an die Hypothesenbildung wird ein kurzer Überblick über den Forschungsstand von Wirtschaftswachstum und defekter Demokratie gegeben. Dabei wird auf Vollständigkeit verzichtet, da eine kaum zu überblickende Fülle an unterschiedlichen Studien zum Zusammenhang von Regimetyt und Wirtschaftswachstum vorhanden ist. Trotz der Fülle an Studien ist der hier im Zentrum stehende Zusammenhang bisher nicht thematisiert worden und stellt eine Lücke in der wissenschaftlichen Literatur dar. Aus diesem Grund wird eine repräsentative Auswahl bisheriger Forschungsergebnisse vorgestellt und diskutiert, die sich mehr mit dem Zusammenhang zwischen den beiden Polen „Demokratie“ und „Autokratie“ und Wirtschaftswachstum beschäftigt, als mit defekten Demokratien.

4.1 Defekte Demokratie und eingebettete Demokratie

In den folgenden vier Unterabschnitten werden die Auswirkungen der vier Typen defekter Demokratie auf die im zweiten Teil vorgestellten Mechanismen in Demokratien diskutiert. Für jeden der vier Typen werden im Anschluss Hypothesen über das Wirtschaftswachstum im Vergleich zu eingebetteten Demokratien abgeleitet, welche im sechsten Teil überprüft werden. Dabei müssen für jeden Typus zwei verschiedene Kanäle diskutiert werden. Erstens ob der Defekt Auswirkungen auf die Größe der *Winning Coalition* oder des Selektorats hat und auf welche Art der Defekt das Verhalten der umverteilenden Regierung in Bezug auf die Bereitstellung privater und öffentlicher Güter beeinflusst? Insbesondere die Verschiebung hin zu privaten Gütern kann dabei als wachstumsschädlich angesehen werden, da unter privaten Gütern vor allem gesetzliche Zugeständnisse zu verstehen sind, die den Mitgliedern der *Winning Coalition* Vorteile verschaffen und Wohlfahrt auf sie umverteilen. Zweitens ob Interessengruppen Einfluss in einer Gesellschaft gewinnen, und ob sie damit ihre Umverteilungsaktivitäten ausbauen und verstärken können?

4.1.1 Exklusive Demokratie und Demokratie

Der Typ der exklusiven Demokratie wurde in Abschnitt 3.2 kurz charakterisiert. Dabei wurde deutlich, dass in diesem politischen System insbesondere der Herrschaftszugang beschränkt ist und somit keine gleichen Chancen auf die Mitwirkung

der Auswahl der demokratischen Positionen gegeben ist, aber auch, dass die Artikulation von Interessen in einer Gesellschaft einseitig eingeschränkt ist (ebd.: 70). Im Folgenden werden die Auswirkungen eines defekten Wahlregimes und eines Defektes im Bereich der politischen Teilhaberechte gemeinsam diskutiert. Obwohl beide Teilregime separat voneinander behandelt werden können, führt ein Defekt zum gleichen Typus defekter Demokratie, sodass eine separate Diskussion nicht erforderlich ist. Anschließend werden aus den Erkenntnissen die Hypothesen für exklusive Demokratien formuliert.

Der Ausschluss von Teilen der Bevölkerung durch Einschränkungen des Herrschaftszugangs kann durch Manipulationen des aktiven oder passiven Wahlrechts, der freien und fairen Wahlen oder durch ein Verbot oder die Behinderung bestimmter demokratischer Parteien erfolgen (ebd.: 80). Für eine nutzenmaximierende Regierung gemäß Kapitel zwei bedeutet dies, dass das Selektorat, aus welchem die erforderliche *Winning Coalition* hervorgeht de facto schrumpft. Im Falle des Verbots demokratischer Parteien ist das ein indirekter Einfluss auf das Selektorat, da im Prinzip nicht eine Bevölkerungsgruppe, sondern die Partei, die diese Gruppe vertritt, verboten oder an ihrer Arbeit gehindert wird. Das führt dazu, dass die notwendige Mehrheit, die benötigt wird um an der Macht bleiben zu können, und somit die absolute Größe der erforderlichen *Winning Coalition* in etwa im gleichen Verhältnis schrumpft, wie das Selektorat.⁷ Damit hat ein Defekt in diesem Bereich einen geringen Einfluss auf die *loyalty norm*. Anders verhält es sich mit dem Verhältnis von bereitgestellten privaten und öffentlichen Gütern sowie mit dem Steuersatz. Zwar bleibt das Verhältnis von *Winning Coalition* und Selektorat in etwa gleich, die absolute Größe der *Winning Coalition* verringert sich jedoch. Dadurch wird es für die Regierung günstiger, die Unterstützung mittels mehr privater Güter und weniger öffentlicher Güter zu sichern und einen höheren Steuersatz zu setzen, was die ökonomische Aktivität in der Gesellschaft verringert. Mehr private Güter bedeutet insbesondere, dass staatliche Investitionen in Bereichen getätigt werden, wo sie wachstumshemmend sind und lediglich den Mitgliedern der *Winning Coalition* dienen. Das wiederum bedeutet, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien einen negativen Effekt haben werden und das insbesondere im Vergleich zu Demokratien. Gleichzeitig bedeutet das auch, dass der Anteil der Steuereinnahmen, welche die Regierung für sich beanspruchen kann, im Vergleich zum Fall der eingebetteten

⁷ Als Beispiel kann folgendes Szenario dienen: Das Selektorat besteht aus 100.000 Personen und die erforderliche *Winning Coalition* besteht aus 50.001 Personen. Damit beträgt die Risikowahrscheinlichkeit, dass eine Person bei Defektion in zukünftigen *Winning Coalitions* nicht enthalten ist, 49,999 Prozent. Wenn sich das Selektorat auf 50.000 Personen halbiert, dann halbiert sich die erforderliche Mehrheit auf 25.001. Dann verändert sich die Risikowahrscheinlichkeit minimal auf 49,998 Prozent.

Demokratie höher sein wird.

Werden Mandatsträger in großem Umfang ernannt und bzw. oder von demokratisch nicht legitimierten Personen ernannt, oder ist die Assoziationsfreiheit verletzt, sodass zivilgesellschaftliche Organisationen verboten oder an ihrer Arbeit durch Repressionen oder gesetzlichen Bestimmungen gehindert werden, liegt ebenfalls eine exklusive Demokratie vor. Diese Defekt-Ausprägungen befördern die Einflussnahme von Interessengruppen auf Entscheidungen und die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen in der Gesetzgebung. Durch die Ernennung von Mandatsträgern können Interessengruppen Positionen an wichtigen Schaltstellen der staatlichen Organe dauerhaft platzieren und Entscheidungen gegen ihre eigenen Interessen somit blockieren oder hinauszögern. Das hat die bereits diskutierten Folgen von überfüllten Tagesordnungen und langsamen und ineffizienten Entscheidungswegen mit wachstumshemmenden Ergebnissen, wie die Verhinderung von Innovationen oder staatlichen Programmen für nicht mehr wettbewerbsfähige Wirtschaftszweige.

Die Verletzung der Assoziationsfreiheit führt zur Verschiebung der Machtstruktur im politischen System in Richtung nicht unterdrückter Interessengruppen. Grund dafür ist der Ausschluss bzw. die Unterdrückung von Interessengruppen, die ihre Interessen nicht artikulieren können. Wenn die Repressionen auf allen Ebenen des politischen Systems stattfinden und die ausgegrenzten Interessen nicht über die demokratischen Organe der Gewaltenteilung Eingang in den politischen Prozess finden, dann sind sie de facto aus dem politischen Leben ausgeschlossen. In diesem Fall werden die demokratischen Organe wie das Parlament, durch die Repression bestimmter Interessen mit Mandatsträgern besetzt, die nicht-unterdrückte Interessen vertreten. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass die Interessengruppen, welche Repressionen nicht ausgesetzt sind, ihre Interessen mit geringerem Widerstand durchsetzen können. Angewandt auf die Mechanismen aus Kapitel zwei bedeutet das, dass die repräsentierten Interessengruppen eine relativ höhere Macht und Einfluss auf die Gesetzgebung mit den folgenden Konsequenzen haben werden: überfüllte Tagesordnungen, ineffiziente und langsame Entscheidungen und schlussendlich ein innovations- und wachstumsfeindliches Klima.

Defekte im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit wirken über einen indirekten Kanal auf die Effizienz der Volkswirtschaft, indem sie zur Verzerrung der öffentlichen Meinung führen. In eingebetteten Demokratien dient die öffentliche Meinung der Interessenartikulation und der Meinungsbildung mittels ausgewogener Berichterstattung. Somit haben die beiden Freiheiten eine Informationsfunktion für die Mitglieder der Gesellschaft und insbesondere für das Selektorat, welches bei Wahlen Entscheidungen treffen muss. Sind die politischen Teilhaberechte im

Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit jedoch verletzt, dann wird im Vorfeld des politischen Prozesses die öffentliche Meinung verzerrt. Meinungen, die Repressionen nicht ausgesetzt sind, werden die öffentliche Arena dominieren und sie in die Richtung ihrer Interessen verzerren. Eine Konsequenz davon ist, dass Kampagnen dieser Interessengruppen zur Unterstützung nicht-effizienter Wirtschaftszweige aufgrund fehlender ausgewogener Berichterstattung eine größere Wirkungsmacht haben werden. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Verzerrung der öffentlichen Meinung Wahlergebnisse verzerren, sich in den Entscheidungen der demokratischen Organe auswirken und damit die Durchsetzung von Interessengruppen im Gesetzgebungsprozess befördern wird.⁸

Aus den vorgetragenen Argumenten lassen sich drei Hypothesen über Staatsausgaben, öffentliche Güter und Wirtschaftswachstum in exklusiven Demokratien ableiten:

1. Exklusive Demokratien haben ein geringeres Wirtschaftswachstum als eingebettete Demokratien.
2. Staatsausgaben haben in exklusiven Demokratien einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.
3. Staatsausgaben haben in exklusiven Demokratien im Vergleich zu eingebetteten Demokratien einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.

4.1.2 Illiberale Demokratie und Demokratie

In illiberalen Demokratien sind insbesondere individuelle Schutzrechte oder Justizrechte verletzt, d.h. das Teilregime der bürgerlichen Freiheitsrechte ist beschädigt und somit die Rechtsstaatsdimension (ebd.: 87). Wieder wird zunächst nach den Auswirkungen auf *Winning Coalition* und Selektorat gefragt.

Verletzungen der individuellen Schutzrechte können auf direktem oder indirektem Wege auftreten. Neben rechtlichen Bestimmungen, welche die Grundrechte einschränken und somit zur direkten Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung führen, können auch Verletzungen ohne formal-rechtliche Grundlage auftreten und zum Defekt führen (ebd.). Die Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung auf direktem oder indirektem Wege führt zu einer Verkleinerung des Selektorats, da

⁸ Auch wenn Downs (1957) von der rationalen Ignoranz von Wählern spricht, steht das nicht im Widerspruch zum vorgetragenen Argument, denn dann sind Individuen verstärkt für vermeintlich einfache Meinungen empfänglich.

Personengruppen eingeschüchtert werden und de facto einen eingeschränkten politischen Handlungsspielraum haben. Wer um das Grundrecht auf Freiheit oder Leben fürchten oder aber mit Folter und willkürlichen rechtlichen Konsequenzen rechnen muss, verliert das rechtliche Fundament zur politischen Beteiligung (vgl. ebd.: 43). Gleiches gilt, wenn der Zugang zur Gerichtsbarkeit für Bevölkerungsteile nicht gewährleistet wird oder aber die Gleichbehandlung vor dem Gesetz nicht gegeben ist. Doch gegeben der sonst intakten gesetzlichen Bestimmungen über Mehrheiten in Parlamenten und den weiteren demokratischen Organen, hat das keine Auswirkungen auf das Verhältnis von *Winning Coalition* und Selektorat, sehr wohl aber auf die absolute Größe des Selektorats und der *Winning Coalition*. Die Konsequenzen sind somit identisch mit denen in exklusiven Demokratien: das Verhältnis von privaten und öffentlichen Gütern verschiebt sich zu Gunsten der Ersteren. Darüberhinaus führt die absolute Verkleinerung von Selektorat und *Winning Coalition* zu höheren Steuersätzen und somit potentiell höherem diskretionärem Einkommen für die Regierung.

Aus der Perspektive umverteilender Interessengruppen hat ein Defekt im Bereich der individuellen Schutzrechte und insbesondere der Justizrechte Vorteile und fördert den Erfolg ihrer Umverteilungsaktivitäten. Auch verschiebt sich die gesellschaftliche Machtstruktur. Da Verletzungen der individuellen Schutzrechte erst zu einem Defekt im Teilregime der bürgerlichen Freiheitsrechte führen, wenn sie nicht als Einzelfälle, sondern systematisch auftreten, bedeutet dies, dass einzelne Interessengruppen unterdrückt werden. Das führt dazu, dass der Umverteilungswettbewerb zwischen den Interessengruppen abnimmt, da weniger Gruppen um die gesellschaftliche Wohlfahrt konkurrieren. Diese wenigen Gruppen können jedoch erfolgreicher ihre Gesetzesvorhaben durchsetzen, da der Widerstand durch konkurrierende Interessengruppen geringer ist.

Verletzungen der Justizrechte haben weitergehende Implikationen. Die Justiz als Teil der demokratischen checks und balances hat eine Klientelpolitik eindämmende Funktion, da Bürger dort Rechte einklagen und insbesondere gegen Gesetze klagen können, die ihre Grundrechte verletzen. Wenn rechtliche Bestimmungen den Zugang zu Gerichten erschweren oder ganze Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen werden, dann werden die Interessengruppen dieser Bevölkerungsschichten ihre Rechte nicht einklagen können und somit entsteht ein Machtungleichgewicht hin zu den nicht-benachteiligten Interessengruppen, die ihre Interessen mit geringerem Widerstand vor Gericht durchsetzen können, selbst bei verfassungswidrigen Gesetzen. Für diese Interessengruppen wird es ebenfalls einfacher sein, Gesetze in ihrem Sinne zu propagieren, da entgegengesetzte Interessen womöglich nicht dage-

gen klagen können. Das führt abermals zu innovations- und wachstumsfeindlichen Gesetzen. Zudem werden ineffiziente, wachstumshemmende Kartelle weniger Gefahr laufen, zerschlagen zu werden.

Aus den vorgetragenen Argumenten lassen sich die drei gleichen Hypothesen aufstellen, wie bereits bei exklusiven Demokratien:

1. Illiberale Demokratien haben ein geringeres Wirtschaftswachstum als eingebettete Demokratien.
2. Staatsausgaben haben in illiberalen Demokratien einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.
3. Staatsausgaben haben in illiberalen Demokratien im Vergleich zu eingebetteten Demokratien einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.

4.1.3 Delegative Demokratie und Demokratie

Delegative Demokratien zeichnen sich durch einen Defekt im Teilregime der Gewaltenteilung aus, welcher somit die horizontale Kontrolldimension der Demokratie betrifft. Diese Defekt-Variante greift direkt in die für eingebettete Demokratien ausschlaggebenden checks and balances ein. Grundsätzlich können dabei zwei Kanäle, welche zu einer delegativen Demokratie führen, unterschieden werden. Der direkte Kanal ist die Verletzung der Gewaltenteilung auf vielfältige Weise. Der indirekte Kanal ist die Aushebelung von gesetzlichen Bestimmungen durch Korruption (ebd.: 90).

Es muss erneut gefragt werden: Führt die Aushebelung der Gewaltenteilung zu einer Veränderung der Größe von *Winning Coalition* oder Selektorat? Fehlt der Regierung die Kontrolle durch die Legislative oder durch die Judikative, dann kann das als eine Verkleinerung der *Winning Coalition* interpretiert werden, denn wenn die Exekutive keiner Kontrolle unterliegt, kann sie ihre Machtstellung soweit ausbauen, dass sie von der Unterstützung einer kleineren *Winning Coalition* abhängig ist, als in eingebetteten Demokratien. Beispielsweise können Parteien- und Wahlgesetze verschärft werden und die eigene Abwahl erschwert werden. Damit ist, im Gegensatz zu den zwei vorherigen Typen defekter Demokratien, nun nicht nur die absolute Größe der *Winning Coalition*, sondern auch das Verhältnis zwischen *Winning Coalition* und Selektorat verändert. Sowohl die absolute Größe der *Winning Coalition*, als auch das Verhältnis zum Selektorat schrumpfen.

Das hat mehrere Effekte zur Folge: Erstens steigt die *loyalty norm* gegenüber der Regierung. Damit gewinnen die privaten Güter für die Mitglieder der *Winning Coalition* an Wert, da die Wahrscheinlichkeit bei einer Abwahl der Regierung sinkt, dass sie auch in Zukunft zur *Winning Coalition* gehören. Das bedeutet für die Regierung, dass sie grundsätzlich weniger private und öffentliche Güter im Vergleich zur eingebetteten Demokratie bereitstellt. Zweitens bedeutet eine absolut kleinere *Winning Coalition*, dass die Regierung die Unterstützung mit mehr privaten Gütern sichern und höhere Steuersätze setzen kann. Drittens führt das absolut geringere Volumen an privaten und öffentlichen Gütern zu größeren diskretionären Einkommen der Regierung. Somit ist aus Sicht der Selektorat-Theorie zu erwarten, dass in delegativen Demokratien grundsätzlich weniger öffentliche und private Güter bereitgestellt werden und das Verhältnis der beiden im Vergleich zu eingebetteten Demokratien zu Gunsten der privaten Güter verzerrt sein wird. Der größere Umfang privater Güter bedeutet, dass der Effekt staatlicher Ausgaben im Vergleich zu eingebetteten Demokratien in delegativen Demokratien negativ sein wird.

Im Hinblick auf die Theorie der Verteilungskoalitionen haben die oben genannten Defekt-Ausprägungen ebenfalls wachstumshemmende Folgen. Wenn die Exekutive nicht hinreichend durch das Parlament, oder wie in modernen Demokratien, die Regierungsmehrheit nicht durch die Opposition kontrolliert wird, dann fehlt der politische Diskurs von Alternativen und die Kontrolle der ausführenden Organe wird untergraben. Fehlende Kontrolle seitens der Opposition führt zu Missachtung von Beschlüssen und Klientelpolitik im Sinne von Interessengruppen, die Druck auf die Regierung ausüben. Damit wird Rent-Seeking für regierungsnahen Interessengruppen erleichtert. Wenn die Exekutive nicht genügend kontrolliert wird, werden sich darüber hinaus Ineffizienzen in der Verwaltung festsetzen und zum negativen Einfluss des staatlichen Sektors auf das Wachstum führen. Die mangelnde Kontrolle der Exekutive durch die Justiz führt zur Missachtung von Parlamentsbeschlüssen und der Verselbstständigung der Exekutive (ebd.: 88). In Hinblick auf die Interaktion zwischen Interessengruppen und Regierung ist dieser Defekt besonders günstig. Die fehlende richterliche Überwachung von erlassenen Verordnungen durch die Exekutive auf Initiative von Interessengruppen ermöglicht umso größere Umverteilungsgewinne.

Korruption als letzte Defektausprägung hat negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum auf direktem Weg: Interessengruppen können jenseits von Gesetzgebung ihre Interessen durch Bestechung von Regierungs- und/oder Verwaltungsmitarbeiter durchsetzen und für sie günstige Konditionen aushandeln. Korruption ermöglicht somit Interessengruppen die Umgehung von gesetzlichen Bestimmun-

gen. Wachstumsschädliches Verhalten und Rent-Seeking wird damit gebilligt und verstärkt.

Die Hypothesenbildung bestätigt auch für diesen Typ defekter Demokratien somit die entsprechend gleichen drei Hypothesen:

1. Delegative Demokratien haben ein geringeres Wirtschaftswachstum als eingebettete Demokratien.
2. Staatsausgaben haben in delegativen Demokratien einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.
3. Staatsausgaben haben in delegativen Demokratien im Vergleich zu eingebetteten Demokratien einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.

4.1.4 Enklavendemokratie und Demokratie

Die Enklavendemokratie zeichnet sich aus durch einen Defekt im Bereich der effektiven Regierungsgewalt. Das bedeutet, dass die demokratisch gewählte Regierung mit institutionellen Vetospielern zusammenarbeiten muss, welche „reservierte Politikbereiche“ unter ihrer Kontrolle haben (ebd.: 92). Institutionelle Vetospieler können als Interessengruppe mit besonderer Stellung angesehen werden. Das Militär spielt dabei eine herausragende Rolle, da es durch direkte oder indirekte Interventionen Entscheidungen der Regierung beeinflussen oder sie mittels Putsch absetzen kann (ebd.: 91 ff.).

Institutionelle Vetospieler sind in Bezug auf die *Winning Coalition* besonders relevante Gruppen. Wenn die Vetospieler nicht aus demokratischen Wahlen hervorgehen, sind ihre Interessen keineswegs an Stimmenmaximierung ausgerichtet, sondern am eigenen Nutzenmaximierungskalkül, sodass sie als Teil der *Winning Coalition* mit besonderer Macht angesehen werden können. Damit gewinnen diese Vetospieler, seien es Oligarchen oder aber andere Machtgruppen, an Bedeutung für den Machterhalt der Regierung und müssen durch die Bereitstellung zusätzlicher privater Güter für die *Winning Coalition* gewonnen werden. Da sie eine Monopolstellung innerhalb der *Winning Coalition* haben, werden sie in Verhandlungen versuchen das komplette diskretionäre Einkommen der Regierung zu absorbieren, sodass die zusätzlichen privaten Güter einen großen Umfang haben werden. Dadurch stellen sie eine bindende Nebenbedingung bei der Bildung einer *Winning Coalition* dar. Die Größe der *Winning Coalition* wird somit im Vergleich zu defekten Demokratien nicht verändert, sehr wohl aber das Verhältnis von privaten und öffentlichen Gütern

hin zu mehr privaten Gütern auf Grund der institutionellen Vetospieler. Identische Konsequenzen folgen, wenn das Militär über Sonderrechte gegenüber der Exekutive verfügt, denn es ist aus theoretischer Sicht uninteressant, um was für eine Art Vetospieler es sich handelt. Neben den negativen Konsequenzen privater Güter für das Wachstum, ist insbesondere aufgrund einer Sonderstellung des Militärs auch ein überdurchschnittlicher Militäretat im Staatshaushalt zu erwarten, wenn das Militär als Vetospieler fungiert. Damit kann insbesondere davon ausgegangen werden, dass Staatsausgaben nicht in wachstumsfördernden Bereichen getätigt werden.

Aus Sicht der Interessengruppentheorie ist bei diesem Typus defekter Demokratie eine Kongruenz mit der Selektorat-Theorie zu sehen: Vetospieler militärischer oder zivilgesellschaftlicher Natur stellen Interessengruppen mit besonderer Macht dar und werden ihre Interessen auf jeden Fall durchsetzen, da sie von Bedeutung für den Machterhalt der Regierung sind. Die Interessendurchsetzung bedeutet aus gesamtgesellschaftlicher Sicht, dass sie Zugeständnisse in Form privater Güter von der Regierung erhalten werden.

Erneut lassen sich die drei Hypothesen auch für diesen Typus defekter Demokratie aufstellen:

1. Enklavendemokratien haben ein geringeres Wirtschaftswachstum als eingebettete Demokratien.
2. Staatsausgaben haben in Enklavendemokratien einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.
3. Staatsausgaben haben in Enklavendemokratien im Vergleich zu eingebetteten Demokratien einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.

4.2 Defekte Demokratie und Autokratie

Im letzten Abschnitt wurden die Folgen von Defekten in verschiedenen Teilregimen der eingebetteten Demokratien für das Wirtschaftswachstum diskutiert. Für alle vier Typen defekter Demokratien wurden die entsprechend gleichen drei Hypothesen über den Effekt der Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum und den Wachstumsunterschied abgeleitet. Im folgenden Abschnitt werden nun defekte Demokratien und Autokratien gegenübergestellt. Das Ziel ist auch hier Hypothesen über den Wachstumsunterschied und den unterschiedlichen Effekt von Staatsausgaben zwischen den beiden Regimetypen abzuleiten. Zwei Fragen sind erneut zu diskutieren: Erstens wie stehen sich die Größe der *Winning Coalition* und damit

die Bereitstellung privater und öffentlicher Güter in Autokratien im Vergleich zu defekten Demokratien gegenüber? Zweitens haben Interessengruppen in einem der beiden Systemtypen einen größeren Einfluss?

Die erste Frage kann nicht anhand eines Vergleichs der vier Typen defekter Demokratien mit Autokratien diskutiert werden. Grund dafür ist, dass der Begriff Autokratie, genauso wie defekte Demokratie, ein Oberbegriff für verschiedene politische Systeme darstellt. Darunter fallen sowohl Militärdiktaturen, als auch kommunistische Regime und Monarchien (vgl. Merkel 1999: 34 ff.). Da eine Präzisierung des Begriffs „Autokratie“ und ein Vergleich der zahlreichen Autokratie-Typen mit den vier Typen defekter Demokratien den Rahmen dieser Arbeit überschreiten würde, wird somit die erste Frage auf dieser Ebene nicht diskutiert werden.⁹

Eine Aussage über Selektorat und *Winning Coalition* von autokratischen Systemen im Vergleich zu defekt-demokratischen Systemen kann nichtsdestotrotz gemacht werden. Autokratische Systeme haben, wenn überhaupt ein Äquivalent zu Wahlen durchgeführt wird, restriktivere Mitbestimmungsvorgaben als Demokratien und mit großer Wahrscheinlichkeit auch als defekte Demokratien.¹⁰ Damit ist das Selektorat in Autokratien, gemessen an der Gesamtbevölkerung, definitiv kleiner als in defekten Demokratien. Die erforderliche *Winning Coalition* kann im Verhältnis zum Selektorat identisch sein oder kleiner¹¹, als in defekten Demokratien. Damit können zunächst folgende zwei Schlussfolgerungen zusammengefasst werden: Erstens in autokratischen Systemen umfasst das Selektorat einen geringeren Teil der Bevölkerung, d.h. die Größe des Selektorats gemessen an der Bevölkerung ist geringer, als in defekten Demokratien. Zweitens ist die Größe der *Winning Coalition* im Vergleich zu defekten Demokratien ebenfalls geringer. Das bedeutet, dass der Autokrat aus einem geringeren Pool an Personen eine Mehrheit finden muss und dass die absolute Anzahl der Personen kleiner sein wird, als in defekten Demokratien. Damit schrumpft, trotz konstanter *loyalty norm* zwischen Autokratien und defekter Demokratien, die absolute Größe der *Winning Coalition*.

Der Autokrat kann somit, im Vergleich zur Regierung einer defekten Demokratie, die Unterstützung der notwendigen *Winning Coalition* mit einem größeren Anteil an privaten Gütern sichern und muss vergleichsweise wenige öffentliche Güter

⁹ Der Begriff „eingebettete Demokratie“ umfasst ebenfalls verschiedene Formen demokratischer Regierungssysteme. Nichtsdestotrotz war der Vergleich mit defekten Demokratien möglich, da die Funktionsstruktur der Teilregime unabhängig von der konkreten institutionellen Ausgestaltung ist.

¹⁰ Als Beispiel kann hier Vietnam dienen, wo lediglich drei Prozent der Mitglieder der kommunistischen Partei zum Selektorat gehören (de Mesquita et al. 2003: 70).

¹¹ Das impliziert, dass die *loyalty norm* unverändert bliebe, oder aber definitiv größer sein würde (vgl. ebd.: 70). In der folgenden Argumentation wird eine konstante *loyalty norm* angenommen.

bereitstellen.¹² Absolut gesehen wird er von beiden Güterarten weniger bereitstellen, als Regierungen in defekten Demokratien. Für den Unterschied des Effekts der Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum in Autokratien und defekten Demokratien können zwei Schlussfolgerungen gezogen werden: Erstens müssen aufgrund des geringeren Volumens Staatsausgaben in Autokratien einen geringeren Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben als in defekten Demokratien. Zweitens werden Staatsausgaben aufgrund des absolut größeren Volumens privater Güter in defekten Demokratien einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben als in Autokratien. Weiterhin sinken die Kosten des Autokraten im Vergleich zu den Kosten defekt-demokratischer Regierungen durch die geringeren Volumina öffentlicher und privater Güter. Autokraten können somit einen größeren Anteil der Steuereinnahmen für sich beanspruchen, was die Wahrscheinlichkeit von Korruption und Kleptokratie erhöht (vgl. ebd.: 102 f.). Dies wiederum spricht dafür, dass das Wirtschaftswachstum in autokratischen Systemen niedriger sein sollte, als in defekt-demokratischen Systemen.

Die Selektorat-Theorie vernachlässigt zwei Argumente, die in Abschnitt 2.1 diskutiert wurden, welche an dieser Stelle ins Gewicht fallen und die Schlussfolgerung über den Unterschied des Wirtschaftswachstums relativieren: wie bereits oben diskutiert sind nicht alle autokratischen Systeme identisch. Sie weisen eine große Varianz hinsichtlich des Planungshorizonts des Autokraten auf. Das bedeutet, dass in jeder Autokratie die Planungssicherheit für die Individuen hinsichtlich langfristiger Verträge unterschiedlich ist. Dieses Argument wiederum spricht dafür, dass autokratische Systeme große Unterschiede in der wirtschaftlichen Performanz aufweisen und nicht per se ein höheres oder niedrigeres Wirtschaftswachstum haben. Vielmehr unterscheidet sich die Performanz zusätzlich von dem Planungshorizont. Ein weiteres Problem stellt die Unsicherheit über die geregelte Nachfolge eines Autokraten dar. Stabile Autokratien haben dabei vermutlich eine geringere Wahrscheinlichkeit für eine Nachfolgekrise, als relativ instabile Autokratien. Daraus folgt, dass nicht nur die Größe der *Winning Coalition* sondern auch der Planungshorizont und die Anfälligkeit für Nachfolgekrisen die wirtschaftliche Performanz von Autokratien bestimmen. Diese beiden Argumente finden in der Selektorat-Theorie keinen Eingang, fallen jedoch für den hier diskutierten Zusammenhang ins Gewicht, da sie die Schlussfolgerungen relativieren.

Die zweite Frage kann mit den Erkenntnissen aus Abschnitt 4.1 global für alle vier Typen defekter Demokratien im Vergleich mit Autokratien beantwortet wer-

¹² Die Bereitstellung öffentlicher Güter wird gemäß der Grenzkosten-Überlegung aus Abschnitt 2.1 erfolgen.

den. Wie weiter oben gezeigt wurde, haben Interessengruppen in allen vier Typen defekter Demokratien einen großen Einfluss auf politische Entscheidungen über verschiedene Kanäle und werden mit ihren Umverteilungsaktivitäten Erfolg haben. In Autokratien hingegen haben Interessengruppen keine Möglichkeit zu agieren, da sie unterdrückt und ihre Rent-Seeking-Aktivitäten eingedämmt werden. Damit ist klar, dass aus dieser theoretischen Perspektive defekte Demokratien ein geringeres Wirtschaftswachstum haben werden als Autokratien. Dieses Argument spricht wiederum gegen ein höheres Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien.

In Bezug auf den Unterschied zwischen dem Wirtschaftswachstum in beiden Systemtypen stehen somit mehrere Argumente gegenüber: Aus Sicht der Selektorat-Theorie sprechen mehrere Argumente für einen Wachstumsvorteil von defekten Demokratien. Die Überlegung, dass Planungshorizont des Autokraten und Nachfolgekrisen die wirtschaftliche Entwicklung von Autokratien mit Unsicherheit behafteten relativieren diese Schlussfolgerungen, da sie eine pauschale Aussage über den Zusammenhang nicht zulassen. Den Effekt der Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum betrachtend ist theoretisch eindeutig, dass aufgrund des absolut größeren Volumens privater Güter in defekten Demokratien, im Vergleich zu Autokratien, die Staatsausgaben einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben werden.

Aus den vorgetragenen Argumenten werden somit folgende Hypothesen aufgestellt:

1. Das Wirtschaftswachstum zwischen defekten Demokratien und Autokratien unterscheidet sich nicht.
2. Staatsausgaben haben in defekten Demokratien im Vergleich zu Autokratien einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.

4.3 Forschungsstand

Der Forschungsstand zum Thema Wirtschaftswachstum und politische Regime zeichnet sich durch eine Fülle von Studien aus (vgl. Obinger 2004: 53 f.). Doch der hier vorgestellte Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und den Effekt der Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien im Vergleich zu anderen Regimetypen hat bisher keinen Eingang in die Forschung gefunden. Die zentrale Forschungsfrage war vielmehr, ob politische Regime im Allgemeinen einen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben und im Besonderen, ob demokratische Systeme leistungsfähiger sind, als autokratische Systeme.

Aus der Anzahl der Studien kann allerdings keinesfalls darauf geschlossen werden, dass der Zusammenhang hinreichend erforscht wurde. Vielmehr finden sich sehr heterogene, teils gegensätzliche Ergebnisse in der Literatur. Tabelle 4.1 fasst eine Auswahl an empirischen Studien zusammen. Schon hier wird deutlich wie heterogen die Befunde sind: zehn Studien sehen einen positiven, sechs einen negativen und sieben keinen robusten Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig finden sich zwei Studien, die Konditionaleffekte konstatieren.¹³ Inkeles und Sirowy (1990) kommen zu einem ähnlichen Ergebnis. Von 13 älteren Studien finden sie in drei einen negativen Effekt. Sechs können keinen Zusammenhang feststellen und vier finden Konditionaleffekte (ebd.: 136 f.). Drei Jahre später kommen Przeworski und Limongi (1993) zu einem ähnlichen Ergebnis. Unter 18 Studien können auch sie kein eindeutiges Muster finden. Schließlich bestätigt Obinger (2004) diesen Befund auch für 41 nach 1992 erschienene Studien, die ebenfalls kein klares Muster über den Zusammenhang ergeben. Auffällig neben den erheblichen Ergebnis-Unterschieden, sind die unterschiedlichen Untersuchungsperioden und Fallzahlen, die eine Vergleichbarkeit zweier Studien nicht möglich machen.

Wachstumsunterschiede zwischen defekten Demokratien und Demokratien sowie defekten Demokratien und Autokratien haben, trotz dieser Fülle an Untersuchungen, keinen adäquaten Eingang in der Literatur gefunden. Es können zwei Arten unterschieden werden, wie mit der Problematik defekter Demokratien umgegangen wird. Erstens wird dieser Regimetyp nicht thematisiert und schlussendlich in der Operationalisierung wegdefiniert. Das schlägt sich in Form eines Demokratie-Dummys nieder. Beispiele dafür sind die Studien von Abrams und Lewis (1995), Alesina und Rodrik (1994), Grier und Tullock (1989), Landau (1986), Lindenberg und Devarajam (1993) und schließlich Persson und Tabellini (1994).

Der zweite Ansatz thematisiert die Problematik nicht explizit, berücksichtigt jedoch defekte Demokratien implizit, indem ein Kontinuum zwischen Demokratie und Autokratie unterstellt wird. Dadurch werden zwar nicht unterschiedliche politische Regime explizit unterschieden, die Regimetypen zwischen eingebetteter Demokratie und Autokratie werden jedoch berücksichtigt, indem ein fließender Übergang von Autokratie zur Demokratie in der Operationalisierung unterstellt wird. Damit werden sowohl „gemäßigte“ Autokratien als auch defekte Demokratien in die Arbeiten eingeschlossen. Die Autoren konzentrieren sich jedoch darauf, einen Ef-

¹³ Konditionaleffekte bedeutet, dass der Effekt demokratischer Elemente vom bereits realisierten Demokratie-Niveau abhängt. Das impliziert, dass mehr politische Freiheiten zunächst einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben und ab einem bestimmten Niveau der Effekt ins Negative umkehrt.

Tab. 4.1: Empirische Befunde zum Zusammenhang von Demokratie und Wirtschaftswachstum (Auswahl)

Autor(en)	Zeitraum	Länder	Zusammenhang
Abrams/Lewis 1995	1968 - 1987	87	positiv (signifikant)
Alesina/Rodrik (1994)	1950 - 1982	41	kein robuster Effekt
Ali/Crain (2002)	1975 - 1989	119	kein robuster Effekt
Barro (1996)	1960 - 1980	100	invertiert U-förmig (signifikant)
Berg-Schlosser (1984)	1960 - 1975	45	positiv (insignifikant)
Dawson (1998)	1975 -1990	85	kein robuster Effekt
Dick (1974)	1959 - 1968	59	positiv
Durham (1999)	1960 - 1989	105	kein robuster Effekt
Feng (1995)	1982 - 1988	11	positiv (insignifikant)
Gasiorowski (2000)	1968 - 1991	49	negativ (signifikant)
Grier/Tullock (1989)	1951 - 1980	113	positiv (insignifikant)
Haan/Siermann (1995a)	1973 - 1988	96	kein robuster Effekt
Haan/Siermann (1995b)	1961 - 1992	110	kein robuster Effekt
Kormendi/Meguire (1985)	1973 - 1978	47	positiv (insignifikant)
Kurzman et al. (2002)	1951 - 1980	106	negativ (signifikant)
Landau (1986)	1960 - 1980	65	negativ (signifikant)
Leblang (1997)	1960 - 1989	70	positiv (signifikant)
Obinger (2004)	1960 - 1992	107	invertiert U-förmig (signifikant)
Pourgerami (1988)	1984 - 1988	92	positiv (signifikant)
Pourgerami (1992)	1959 - 1968	104	positiv (signifikant)
Sala-I-Martin (1997)	k. A.	k. A.	positiv (signifikant)
Scully (1988)	1960 - 1980	115	positiv (signifikant)
Sloan/Tedin (1987)	1960 - 1980	20	negativ (signifikant)
Tavaras/Waczlarg (2002)	1970 - 1989	65	negativ (signifikant)
Weede (1983)	1960 - 1979	94	negativ (signifikant)
Wu/Davis (1999)	1975 - 1992	100	kein robuster Effekt

Eigene Darstellung nach Haan/Siermann 1995b; Kurzman et al. 2002; Obinger 2004.

fekt von „mehr Demokratie“ auf das Wirtschaftswachstum nachzuweisen. Typisch für diese Studien ist der Einsatz gängiger Demokratie-Indizes wie dem Freedom House Index¹⁴, verschiedene Versionen des Polity-Index und Bollens Index als stetige Variablen in Regressionsanalysen. Einige Beispiele für dieses Vorgehen sind Barro (1996), Dawson (1998), Feng (1995), Helliwell (1994), Levine und Renelt (1992), Moon und Dixon (1985), Plümper (2001), Weede (1983) und Kurzman et al. (2002).

Aus den Studien des ersten Typs kann keine Schlussfolgerung über den in dieser Arbeit unterstellten Unterschied gezogen werden, da defekte Demokratien keinen

¹⁴ Streng genommen ist der Freedom House Index kein Demokratiemaß. Dieser Punkt wird in Kapitel 5 ausführlich diskutiert.

expliziten Eingang finden. Die Studien des zweiten Typs berücksichtigen defekte Demokratien implizit in der Operationalisierung. Die Ergebnisse geben aus zwei Gründen trotzdem keinen Anhaltspunkt über die Höhe des Wirtschaftswachstums in defekten Demokratien gegenüber anderen Regimetypen. Erstens lässt die Operationalisierung mittels kontinuierlicher Skalen nur eine Aussage über den Einfluss von „mehr Demokratie“ gegenüber „weniger Demokratie“ zu. Die Hypothesen aus den Abschnitten 4.1 und 4.2 unterstellen jedoch einen Stufeneffekt. Während bei der Bewegung eines Regimes von defekter zu eingebetteter Demokratie ein hypothetischer Wachstumsanstieg unterstellt wird, bleibt die Bewegung von Autokratie zu defekter Demokratie folgenlos für den Wachstumsunterschied.

Der zweite Grund ist praktischer Natur: Selbst wenn der Stufeneffekt ignoriert und ein positiver Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Demokratie unterstellt wird, können die bisherigen Ergebnisse keinen Anhaltspunkt bieten. Wie bereits oben diskutiert, sind die Ergebnisse der Studien teils widersprüchlich. Während Dawson (1998) keinen Zusammenhang findet, finden Weede (1983) einen negativen und Plümper (2001) einen positiven Zusammenhang. Diese drei Studien genügen bereits, um alle potentiell möglichen Zusammenhänge zu untermauern und verdeutlichen die Problematik.

Aus dieser kurzen Diskussion vorliegender Forschungsergebnisse lassen sich drei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens ist der Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum und vielmehr der Zusammenhang zwischen politische Regime und Wirtschaftswachstum, trotz zahlreicher Studien, unklarer denn je. Sirowy und Inkeles begründen diese Unklarheit mit drei Argumenten. Einige Autoren verwenden fehlspezifizierte Modelle. Insbesondere vor 1990 finden sie zahlreiche Studien, die plausible ökonomische Kontrollvariablen nicht berücksichtigen. Als nächstes bemängeln sie, dass die Auswahl der Länder von Studie zu Studie teils erheblich schwankt. Schließlich nennen die Autoren die Auswahl der zeitlichen Spanne, die mindestens genauso unterschiedlich ist, wie die Auswahl der Länder (Sirowy/Inkeles 1990: 137 f.).

Zweitens fehlt eine Untersuchung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit defekter Demokratien gänzlich. Dies ist teilweise auf die Konstruktion der Variablen, mithilfe welcher Demokratie operationalisiert wird, aber auch aufgrund der fehlenden theoretischen Fundierung, zurückzuführen. Grundsätzlich ist das Konzept „defekte Demokratie“ als relativ neu anzusehen im Vergleich zu vielen Studien zum Zusammenhang von politischen Regimen und Wirtschaftswachstum.

Drittens kann der Forschungsstand keine eindeutigen Indizien über den Unterschied des Wirtschaftswachstums zwischen defekten Demokratien und anderen po-

litischen Systemen geben. Damit beschreitet die vorliegende Arbeit neues wissenschaftliches Terrain und unternimmt den Versuch die Lücke zu schließen.

5 Messung defekter Demokratie

Vor der empirischen Untersuchung der aufgestellten Hypothesen muss die Messung defekter Demokratien diskutiert werden. Dabei sind folgende Fragen zu beantworten: Wie können eingebettete Demokratien von defekten Demokratien und wie können Autokratien von defekten Demokratien auf empirischer Ebene unterschieden werden? Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten der Forschungsstrang der Demokratiemessung in der Politikwissenschaft ungefähr ein Dutzend Methoden zur Messung von Demokratie hervorgebracht hat, ist bisher kein Maß, welches explizit für die Identifizierung von Defekten in Demokratien konstruiert wurde, entwickelt worden (vgl. Schmidt 2010: 374). Zudem ist insbesondere in den letzten Jahren eine Diskussion über die Validität und Reliabilität der hervorgebrachten Indizes entstanden (vgl. Bühlmann et al. 2008; Lauth 2004; Munck/Verkulien 2002; Müller/Pickel 2007). Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über einige gängige Demokratie-Indizes gegeben und diskutiert, weshalb diese Konzepte zur Messung defekter Demokratien ungeeignet sind. Im Anschluss wird mittels des Freedom House Index (FHI) ein neuer Index konstruiert, mit welchem defekte Demokratien identifiziert werden können. Schließlich wird der neue Index mit dem Bertelsmann Transformation Index (BTI) verglichen.

5.1 Demokratieindizes und defekte Demokratie

Hans-Joachim Lauth unterscheidet hinsichtlich des Demokratieverständnisses zwei Typen von Indizes: der erste Typ basiert auf dem Dahl'schen Polyarchie-Konzept und versucht Demokratie über die beiden Dimensionen Wettbewerb und Partizipation, teilweise erweitert um eine weitere Dimension, bürgerliche Freiheitsrechte oder Gewaltenteilung, zu erfassen. Der zweite Typ bedient sich anderer Demokratie-Konzepte. Dabei wird insbesondere die Dimension der Kontrolle ergänzt, die bei Dahl eine zweitrangige Rolle spielt. Zum ersten Typ gehören die Messkonzepte von u.a. Vahannen, Coppedge/Reinicke und Hadenius. Der zweite Typ umfasst u.a. Kenneth Bollens sowie Jagers und Gurr's Ansätze, aber auch das Demokratiebarometer von Bühlmann et al. (2011a) (Lauth 2004: 297).

Insbesondere die Ansätze, die ausschließlich auf dem Polyarchie-Konzept Dahls basieren, eignen sich nicht zur Erfassung defekter Demokratien, da sie die Dimension der horizontalen Gewaltenkontrolle nicht berücksichtigen. Somit können Demokratien, welche einen Defekt im Bereich der bürgerlichen Freiheitsrechte, der horizontalen Gewaltenkontrolle oder im Teilregime der effektiven Regierungsgewalt aufweisen, nicht identifiziert werden. Um diesen Gedankengang zu verdeutlichen kann, der Index von Vanhannen (Index der Demokratisierung (IDD)) betrachtet werden: Der IDD berechnet sich aus dem Produkt des Partizipationsgrades und des Wettbewerbsgrades dividiert durch 100. Der Partizipationsgrad ist die Wahlbeteiligung multipliziert mit 100, der Wettbewerbsgrad ist 100 minus dem Stimmenanteil der stärksten Partei. Hohe Wahlbeteiligung führt zu einem besseren Demokratie-Wert, während sich Parteien mit großem Stimmenanteil negativ auf die Bewertung auswirken. Vanhannen selbst legt für beide Komponenten Schwellenwerte fest und unterscheidet dabei Autokratien, Semidemokratien und Demokratien. Als Semidemokratie kann ein System bezeichnet werden, welches beim Wettbewerbsgrad einen Wert zwischen 20 und 30 Prozent und bei dem Partizipationsgrad zwischen 10 und 15 Prozent erreicht (vgl. Lauth 2004: 245 f.).

Schon aus der Berechnung ist ersichtlich, dass der IDD den Schwerpunkt bei der Erfassung von Demokratie auf die vertikale Dimension legt und damit für die Erfassung defekter Demokratien zu eindimensional ist. Daneben hat der IDD weitere Schwächen: er spiegelt indirekt und nur unter bestimmten Umständen einen Ausschnitt des Wahlregimes und des Regimes der politischen Partizipationsrechte wider. So ist beispielsweise in Ländern mit Wahlpflicht der Partizipationsgrad per Definition hoch. Gleichzeitig spiegelt ein großer Wettbewerbsgrad die Partikularität des Parteiensystems wider, jedoch nicht den tatsächlichen Wettbewerb. Zuletzt sind die Schwellenwerte für den Übergang von Demokratie zu Semidemokratie und Autokratie nicht objektiv nachvollziehbar, was - wenn man von der Eindimensionalität absieht - es nicht möglich macht eine defekte von einer eingebetteten Demokratie zu unterscheiden (Pickel/Pickel 2006: 195; 197 f.). Beispielsweise können Parteien trotz eines hohen Wettbewerbswertes bei der politischen Arbeit behindert werden. Parteienverbote schlagen sich zwar im Index nieder, allerdings ausschließlich, wenn die verbotene Partei einen signifikanten Stimmenanteil vor dem Verbot hatte. Damit wird deutlich, dass der IDD nicht geeignet ist für die Erfassung defekter Demokratien, da er einerseits nur einen sehr engen Ausschnitt der eingebetteten Demokratie widerspiegelt und diesen andererseits nicht einmal vollständig.

Ähnliches gilt für den Index Coppedge und Reinicke: beide Autoren messen Polyarchie anhand von fünf Indikatoren. Dabei übernehmen sie drei der Kriterien

(Organisationsfreiheit, Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit) direkt von Dahl und fassen die restlichen drei Kriterien in einer zusätzlichen Variable „FAIRELT“ zusammen, welche die Kriterien „freie und faire Wahlen“ erfasst. Das Kriterium „Wahlrecht“ wird bewusst weggelassen um Wettbewerb als einzige Dimension zu erfassen (Pickel/Pickel 2006: 170). Neben der Unterkomplexität des Indexes (Eindimensionalität) besteht bei diesem Index zusätzlich das Problem, dass die Autoren bewusst keine Schwellenwerte setzen, da sie von einem Kontinuum zwischen Demokratie und Autokratie ausgehen und somit einen fließenden Übergang von Demokratie und Autokratie unterstellen (Lauth 2004: 250). Damit können selbst Demokratien, die „nur“ im Bereich des erfassten Regimes Defekte aufweisen, nicht trennscharf von Autokratien erfasst werden. Merkel et al. setzen mit den Mindestanforderungen an das Wahlregime einen theoretischen Schwellenwert (vgl. Abschnitt 3.2), um defekte Demokratien und Autokratien abzugrenzen und gehen somit nicht von einem Kontinuum aus.

Der letzte hier diskutierte Ansatz, welcher unter den ersten Typus von Indizes fällt, ist von Axel Hadenius. Sein *index of democracy* basiert auf den beiden Kategorien „Wahlen“ und „Politische Freiheiten“. Die Kategorie „Wahlen“ wird über einen *franchise*-Index und der Variable „bedeutsame Wahlen“ operationalisiert. Die Kategorie „Politische Freiheiten“ beinhaltet die Variablen „Organisationsfreiheit“, „Meinungsfreiheit“ sowie „Gewalt- und Repressionsfreiheit“. Mittels komplexer Aggregationsregeln wird für beide Kategorien ein Wahlindex und ein Politische Freiheiten-Index gebildet. Beide Indizes reichen von 0 bis 24 Punkte. Der *index of democracy* berechnet sich aus der Summe beider Teilindizes und ist auf einem Intervall von 0 bis 48 Punkten definiert (Lauth 2004: 259 ff.). Die Besonderheit an diesem Index ist, dass er erstmals die Kontroll-Dimension der Demokratie mit der Variable „Gewalt- und Repressionsfreiheit“, wenn auch sehr eng und ungenügend, einbezieht. Nichtsdestotrotz weist dieser Index auch das Problem auf, dass keine Schwellenwerte definiert sind und damit eine Abgrenzung verschiedener Regime nicht möglich ist. Auch ist die Erfassung der Kontrolldimension unzureichend, da das Fehlen von Gewalt und Repression keine Garantie für das Vorhandensein von Bürgerrechten ist und Übergriffe der Exekutive auf eine der anderen zwei Gewalten damit keineswegs erfasst werden (Lauth 2004: 263 f.). Diese drei Beispiele verdeutlichen das Hauptproblem, dass bei dem ersten Typus von Indizes insbesondere die Kontrolldimension zu kurz kommt und häufig überhaupt keine Regimetypunterscheidung aufgrund fehlender, theoretisch fundierter Grenzwerte möglich ist.

Dem zweiten Typus zugeordnet wird das Messkonzept von Keneth Bollen. Der *index of political democracy* besteht aus den beiden Komponenten „politische Frei-

heiten“ und „politische Rechte“, welche mittels jeweils drei Indikatoren operationalisiert werden. Zur ersten Komponente gehören die Indikatoren „Pressefreiheit“, „Organisationsfreiheit für Oppositionsparteien“ und „Umfang von Regierungssanktionen“. Die zweite Komponente setzt sich aus den Indikatoren „faire Wahlen“ und dem Auswahlprozess der Exekutive und Legislative zusammen. Mittels Aggregation wird daraus ein Index auf einer Skala von 0 bis 100 berechnet (Pickel/Pickel 2006: 176 f.; Lauth 2004: 253 f.). Aufgrund der Problematik der Trennschärfe beider Index-Dimensionen bemängelt Lauth, dass Bollens Index hauptsächlich die Dimension der Freiheit misst und insbesondere die Kontrolldimension, wie bereits bei den vorherigen Indizes, nicht berücksichtigt wird. Auch eine erneute Messung mit Korrekturen führt nicht zu einer Verbesserung (Lauth 2004: 255, 258). Neben diesen methodischen Problemen verwendet auch Bollen keine Schwellenwerte und lässt somit ebenfalls keine Trennung verschiedener Regimetypen zu (Pickel/Pickel 2006: 178).

Zunächst vielversprechender ist dagegen der Polity-Index von Ted R. Gurr und Keith Jagers (Jagers/Gurr 1995). Basis des Indexes ist eine aus drei Elementen bestehende Demokratie-Definition. Zur Demokratie gehören demnach erstens Institutionen und Prozeduren, mit welchen die Bürger ihre Präferenzen hinsichtlich verschiedener politischer Optionen und Führer bekunden können, zweitens die Begrenzung der Macht der Exekutive und drittens schließlich die Garantie bürgerlicher Freiheiten. Aufgrund der schlechten Datenlage wird jedoch die dritte Dimension im Polity-Index nicht berücksichtigt (ebd.: 471). Der Polity-Index berechnet sich aus der Differenz zweier Skalen, der AUTOC- und DEMOC-Skala. Beide Skalen werden simultan erhoben und messen den Demokratie- bzw. Autokratiegehalt einer Verfassung. Die Skalen stellen die Summe der erzielten Punkte bei folgenden fünf Indikatoren dar: Wettbewerbscharakter der politischen Partizipation (PARCOMP), Steuerung der politischen Partizipation (PARREG), Wettbewerbscharakter der Rekrutierung der Exekutiven (XRCOMP), Offenheit der Rekrutierung der Exekutive (XROPEN) und Einschränkung des Chefs der Exekutive (XCONST) (Pickel/Pickel 2006: 188). Länder mit einem Polity-Score von mindestens 7 Punkten bezeichnen die Autoren als „kohärente Demokratien“, Länder mit weniger als -7 als „kohärente Autokratien“. Regime zwischen diesen Werten sind „inkohärente“ politische Systeme (Jagers/Gurr 1995: 474). Damit hat der Polity-Index gegenüber den anderen bisher diskutierten Indizes zwei Vorteile. Zum einen können hier drei verschiedene Systemtypen unterschieden werden (Pickel/Pickel 2006: 187). Zum anderen wird in diesem Index erstmals die Machtbegrenzung der Exekutiven explizit aufgegriffen (ebd.: 184). Doch die Vorteile sind nur auf den ersten Blick vorhanden. Lauth

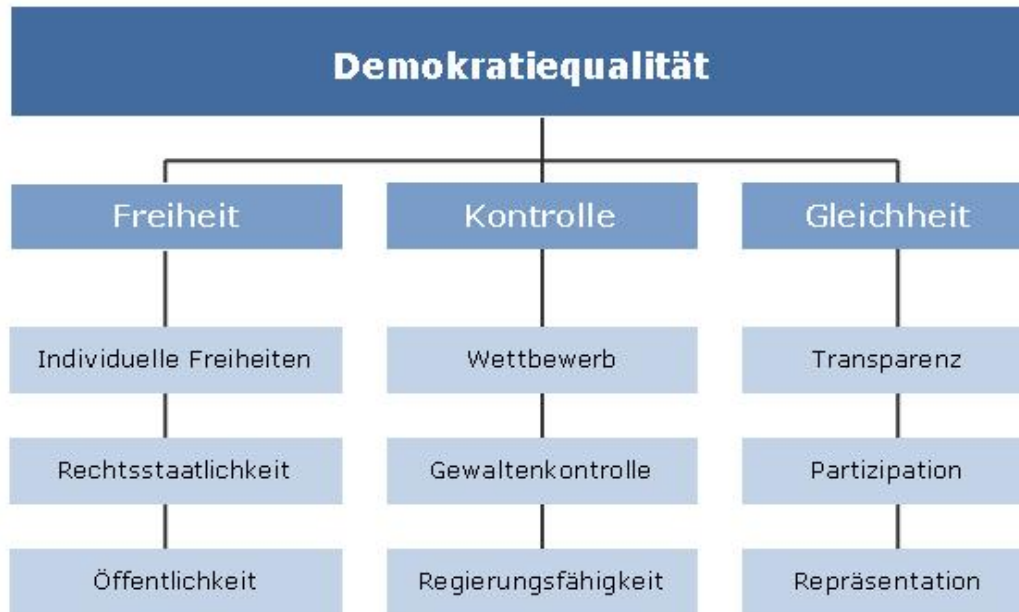
sieht zwar die Aufnahme von hybriden Systemtypen als erfüllt an, allerdings fehlt die theoretische Fundierung der gesetzten Grenzwerte (Lauth 2004: 279). Neben dieser Schwäche ist insbesondere die Spannweite für inkohärente Regime mit 6 bis -6 Punkten sehr breit und umfasst sowohl fortschrittliche Autokratien, als auch defekte Demokratien. Somit liegt auch hier das Problem vor, dass defekte Demokratien nicht hinreichend gegenüber anderen Systemen abgegrenzt werden können (Croissant 2010: 100).

Eine weitere Schwäche aller drei Indizes des zweiten Typs ist, dass sie sich stark an das institutionelle Gefüge und somit der Verfassungsnorm orientieren und nicht die Verfassungswirklichkeit abbilden (vgl. Lauth 2004: 303). Genau dieser Aspekt jedoch hilft bei der Suche nach defekten Demokratien nicht weiter. Merkel et al. betonen: „Was zahlreiche Autokratien und Demokratien heute unterscheidet, ist nicht die grundlegende Regimestruktur, sondern vielmehr die unterschiedliche Funktionsweise und Geltungskraft bestehender formal-demokratischer Institutionen“ (2003: 12).

Ein weiteres Messinstrument ist das von Wissenschaftlern am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung und der Universität Zürich konzipierte Demokratiebarometer, welches unter Berücksichtigung der Kritik an den bisher gängigen Indizes entwickelt wurde (Demokratiebarometer 2012; Bühlmann et al. 2011a). Das theoretische Fundament des Demokratiebarometers ist eine dreidimensionale Demokratiedefinition, welche auf den zentralen Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Kontrolle beruht (Bühlmann et al. 2011a: 3 ff.). Aus jedem dieser Elemente werden jeweils drei Funktionen abgeleitet (vgl. Abbildung 5.1). Diese Funktionen werden weiter aufgesplittet in insgesamt 18 Komponenten und 51 Subkomponenten. Am Ende dieser Kette stehen 100 Indikatoren mit welchen Demokratie quantifiziert wird (Bühlmann et al. 2011a: 17; Bühlmann et al. 2011b). Das Demokratiebarometer verzichtet bewusst auf Schwellenwerte bei den einzelnen Indikatoren, um zu vermeiden, dass die Messung an ein bestimmtes Demokratiemodell geknüpft wird. Die Skalierung der einzelnen Indikatoren wird daher auf Basis von einer Blaupause von 30 als Demokratien etablierten Ländern vorgenommen. Jeder Indikator wird auf einem Intervall von 0 bis 100 skaliert. Der höchste Wert entspricht somit dem höchsten Erfüllungsgrad im Blaupausen-Sample (Bühlmann et al. 2011a: 19 f.).

Das Demokratiebarometer ist ein sehr junges Konzept zur Messung der Verwirklichung von Demokratie und ermöglicht im Gegensatz zu den bereits vorhandenen Maßen die Klassifikation einzelner etablierter Demokratien. Maße, wie der Polity-Index, weisen gerade im Bereich etablierter Demokratien Klumpungen auf und bewerten diese über längere Zeiträume mit höchster Punktzahl (vgl. Müller/Pickel

Abb. 5.1: Konzeptbaum des Demokratiebarometers



Quelle: Demokratiebarometer 2012

2007: 514). Dieses Problem wird durch das Demokratiebarometer behoben. Die Autoren gehen auch bei der Operationalisierung einen anderen Weg als bekannte Indizes und verzichten möglichst auf subjektive Experteneinschätzungen, die aufgrund der intersubjektiven Nachprüfbarkeit in der Vergangenheit kritisiert wurden (Bühlmann et al. 2011a: 17; vgl. Lauth 2004: 306 ff.). Fragwürdig ist jedoch, ob die Skalierung anhand von Blaupausen-Ländern dieses Problem nicht weiterhin birgt, da die Auswahl der Länder auf Basis der Bewertung von Freedom House und des Polity-Index vorgenommen wurden (vgl. Bühlmann et al. 2011a: 19). Das eigentliche Ziel des Demokratiebarometers ist die Messung der Verwirklichung der neun Demokratie-Funktionen und dadurch etablierte Demokratien zu differenzieren (Bühlmann et al. 2011a: 20).

Im Hinblick auf die Messung defekter Demokratien bietet das Demokratiebarometer zwei Vorteile. Erstens misst es neun verschiedene Funktionen separat und ermöglicht dadurch die Identifikation einzelner signifikanter Abweichungen von den Ratings der Blaupausen-Länder. Dafür müssen die einzelnen Funktionen den Teilregimen der eingebetteten Demokratie zugeordnet werden. Zweitens basiert es auf einer dreidimensionalen Demokratie-Definition, welche die gleichen Dimensionen aufgreift wie das Konzept der eingebetteten Demokratie. Der erste Vorteil ist gleichzeitig aber auch ein Nachteil. Ohne theoretisch fundierte Schwellenwerte ist

eine klare Abgrenzung einer „Unterfunktion“ von einem „Defekt“ gemäß der Definition kaum möglich.

Die bisherige Diskussion der Demokratie-Indizes hat zwei Probleme offengelegt: erstens existiert kein Maß, welches defekte Demokratien explizit berücksichtigt. Zwar haben einige Indizes Kategorien, die hybride Regime berücksichtigen, allerdings kann nicht davon ausgegangen werden, dass die in diese Kategorien fallenden Regime ausschließlich defekte Demokratien erfassen. Vielmehr werden sowohl fortschrittliche Autokratien als auch defekte Demokratien erfasst. Darauf aufbauend können Defekte in einzelnen Teilregimen ebenfalls nicht gemessen werden. Zweitens existieren bisher keine Bestrebungen einen Index zu konstruieren, welcher sich mit dieser Problematik auseinandersetzt. Das zuletzt vorgestellte Demokratiebarometer kann eine indirekte Abhilfe schaffen, für eine endgültige Bewertung ist es allerdings ein zu junges Konzept mit nicht ausreichender Datenbasis.¹⁵

5.2 Messung defekter Demokratien mit Freedom House

Die bisherige Diskussion existierender Demokratie-Indizes konnte keine zufriedenstellende Lösung zur Messung defekter Demokratien bieten. Weder konnten defekte Demokratien hinreichend gegenüber anderen Regimen abgegrenzt werden, noch konnten einzelne Defekte identifiziert werden. Im folgenden Abschnitt wird daher ein neuer Vorschlag zur Unterscheidung defekter Demokratien von Autokratien und Demokratien mithilfe des Freedom House Index konstruiert und mittels Vergleich mit dem Bertelsmann Transformation Index evaluiert. Dieser Vorschlag dient somit nicht der Identifikation einzelner Defekte, sondern vielmehr der Trennung der drei Regimetypen. Es wird dabei in drei Schritten vorgegangen: Zunächst wird der Freedom House Index vorgestellt und diskutiert. Im zweiten Unterabschnitt wird ein Vorschlag zur Messung konstruiert. Schließlich wird der Index mit dem BTI verglichen, um seine Validität zu untermauern.

5.2.1 Der Freedom House Index

Freedom House ist eine amerikanische, in New York sitzende Nichtregierungsorganisation, welche seit 1973 jährlich zwei Skalen für über 190 Staaten erhebt. Die beiden Skalen erfassen die Verwirklichung der politischen Teilhaberechte und der bürgerlichen Freiheitsrechte. D.h. Freedom House misst nicht die Verfassungsnorm,

¹⁵ Aktuell liegen Daten für 30 etablierte westliche Demokratien vor (Demokratiebarometer 2012).

sondern die Verfassungsrealität dieser Rechte. Jedes Land wird anschließend über einen mehrstufigen Bewertungsprozess auf einer trichotomen Skala als *free*, *partly free* oder *not free* bewertet. Neben den numerischen Ratings veröffentlicht Freedom House Länderberichte, die die Situation der bürgerlichen Freiheitsrechte und der politischen Teilhaberechte im jeweiligen Berichtsjahr dokumentieren.

Das Politische-Teilhaberechte-Rating wird anhand von 10 Fragen zum Wahlprozess, zum politischen Pluralismus und zur Funktionalität der Regierung gebildet (vgl. Tabelle 5.3). Je Frage kann ein Land null bis vier Punkte erzielen. Zusätzlich werden zwei Fragen zu Monarchien und Akzeptanz von anderen Kulturen im Staat erhoben. Insgesamt kann ein Land bis zu 40 Punkte erhalten. Die 40-Punkte-Skala wird anschließend auf eine 7-Punkte-Skala skaliert (vgl. Tab. 5.1 und 5.3).

Tab. 5.1: Umrechnungsregeln der Skalen nach Freedom House

Grundbewertung	Pol. Teilhaberechte	bürgerl. Freiheitsrechte
1	36 - 40	53 - 60
2	30 - 35	44 - 52
3	24 - 29	35 - 43
4	18 - 23	26 - 34
5	12 - 17	17 - 25
6	6 - 11	8 - 16
7	0 - 5	0 - 7

Quelle: Eigene Darstellung nach Freedom House (2012a: 27)

Die Zivile-Freiheitsrechte-Skala umfasst 15 Fragen zu Meinungs- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und persönliche Autonomie sowie Individualrechte (vgl. Tab. 5.3). Insgesamt können hier maximal 60 Punkte erzielt werden. Diese 60-Punkte-Skala wird anschließend ebenso auf eine 7-Punkte-Skala skaliert (vgl. Tab. 5.1 und 5.3). Der Mittelwert der beiden Skalen ergibt das trichotome *Freedom in the World-Rating* (FITW) (vgl. Tab. 5.2).

Die Quantifizierung des Entwicklungsstandes der politischen Teilhaberechte und der bürgerlichen Freiheitsrechte wird durch Länderexperten vorgenommen und auf sechs Regionalkonferenzen verglichen. Die Bewertungen werden auf Basis von in- und ausländischen Zeitungen, NGOs und wissenschaftlichen Analysen vorgenommen. Veränderungen des Ratings eines Landes von einem Jahr auf das nächste werden intensiv untersucht und mit einem Trendpfeil im Bericht hervorgehoben (Pickel/Pickel 2006: 211).

Tab. 5.2: Umrechnungsregel der Skalen zum Freedom in the World-Rating

Grundbewertung	Länderstatus
1.0 bis 2.5	Free
3.0 bis 5.0	Partly Free
5.5 bis 7.0	Not Free

Quelle: Freedom House (2012a: 27)

Zusätzlich zu den Country-Ratings vergibt Freedom House seit 1989 die Auszeichnung *Electoral Democracy* an Länder, die die Mindestvoraussetzungen einer elektoralen Demokratie erfüllen. Diese sind demnach (Freedom House 2011):

1. Ein kompetitives Mehrparteiensystem
2. Universelles Wahlrecht für alle Staatsbürger
3. Freie und faire Wahlen ohne Wahlbetrug
4. Zugang der politischen Parteien (insbesondere der Opposition) zu den Wählern über die Medien und durch Wahlkampagnen

Quantifiziert wird die Auszeichnung *Electoral Democracy* anhand der Fragen zum Wahlprozedere und der erreichten Gesamtpunktzahl auf der Political Rights-Skala. Bei den drei Fragen zum Wahlprozedere muss ein Land mindestens sieben Punkte erzielen und auf der Political-Rights-Skala mindestens 20 Punkte (ebd. 2012a: 29).

Freedom House misst, im Gegensatz zu anderen Indizes, nicht den konstitutionellen Stand einer Demokratie, sondern die Verfassungswirklichkeit, d.h. die reale Lage der politischen Partizipationsrechte und bürgerlichen Freiheitsrechte. Diese Tatsache ist für das Ziel defekte Demokratien zu identifizieren besonders sinnvoll, da wie bereits oben diskutiert, die konstitutionelle Verankerung von politischen und persönlichen Rechten keinen Anhaltspunkt über die tatsächliche Verwirklichung dieser Rechte gibt. Im Hinblick auf die Messung defekter Demokratien ist die Erfassung der Verfassungswirklichkeit durch den FHI besonders hilfreich, denn gerade defekte Demokratien zeichnen sich durch die konstitutionelle Verankerung der demokratischen Grundrechte und deren Aushöhlung durch informelle Machtstrukturen aus (vgl. Merkel et al. 2003: 12).

Tab. 5.3: Inhalte der Freedom House-Skalen seit 2003

POLITICAL RIGHTS	CIVIL LIBERTIES
<p>A. Wahlen</p> <ul style="list-style-type: none"> - freie und faire Wahl der Staatsführung - freie und faire Wahlen der Abgeordneten - faire Wahlgesetze <p>B. Politischer Pluralismus und Partizipation</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Recht der Menschen, sich in verschiedenen politischen Parteien zu organisieren - bedeutsame Stimmenanteile für die Opposition und de facto Ausübung von Opposition - Freiheit von Vorherrschaft durch das Militär oder andere einflussreiche Gruppen - angemessene Selbstbestimmung, Autonomie oder Partizipation für Minderheitengruppen durch informelle Konsensbildung in Entscheidungsprozessen <p>C. Arbeit der Regierung</p> <ul style="list-style-type: none"> - frei gewählte Repräsentanten bestimmen die Politik der Regierung - Korruptionsfreiheit der Regierung - Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Wählern zwischen den Wahlen, offener und transparenter Regierungsprozess 	<p>A. Meinungs- und Glaubensfreiheit</p> <ul style="list-style-type: none"> - freie und unabhängige Medien, Literatur und andere kulturelle Ausdrucksformen - freie religiöse Institutionen und freie private und öffentliche Religionsausübung - akademische Freiheit und Freiheit des Bildungssystems von extensiver politischer Indoktrination - freie private Meinungsäußerung <p>B. Versammlungs- und Organisationsfreiheit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, freie öffentliche Meinungsäußerung - Freiheit, politische oder quasi-politische Organisationen zu gründen - freie Gewerkschaften und Bauernorganisationen - Vorhandensein wirksamer Tarifverhandlungen <p>C. Rechtsstaat</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unabhängige Rechtssprechung - Rechtsstaatlichkeit in zivil- und strafrechtlicher Angelegenheiten; zivile Kontrolle der Polizei - Schutz vor politischem Terror, nicht gerechtfertigte Inhaftierung, Exil, Folter - Gleichheit vor dem Gesetz <p>D. persönliche Autonomie und Individualrechte</p> <ul style="list-style-type: none"> - Persönliche Autonomie und Freiheit von Indoktrination - gesicherte Eigentumsrechte und Möglichkeit, Privatunternehmen zu gründen - persönliche soziale Freiheiten - Chancengleichheit (auch Freiheit vor Ausbeutung)

Quelle: Pickel/Pickel 2006: 212.

Doch der FHI hat nicht nur Vorteile. Die Verwendung des Indexes birgt mindestens vier Probleme. Erstens ist der Freedom House Index kein direktes Demokratiemaß, es werden jedoch viele Items abgefragt, die eng mit der Idee der Demokratie zusammenhängen. Zentrales Merkmal für Freedom House bleibt jedoch die Messung der Freiheit (Lauth 2004: 268 f.). Zweitens handelt es sich bei dem Index um einen subjektiven Index. Die Quantifizierung der einzelnen Variablen wird durch Experten vorgenommen und ist nicht intersubjektiv nachprüfbar, was vielfache Kritik an dem Verfahren ausgelöst hat (vgl. Lauth 2004: 274; Pickel/Pickel 2006: 219; Munck/Verkulien 2002: 25). Drittens ist die Quellenbasis von Freedom House begrenzt und beruht hauptsächlich auf US-amerikanischen Quellen, was die Objektivität der Messung relativiert, da der Index indirekt einer selection bias unterliegt (Lauth 2004: 306). Viertens muss die Validität der Messung in Frage gestellt werden. Die Skalen wollen politische Teilhabe und bürgerliche Freiheitsrechte messen, weisen jedoch Überschneidungen auf und führen somit indirekt zur unterschiedlichen Gewichtung einzelner Aspekte (ebd.: 271). Im Folgenden wird aus den zwei vorgestellten Komponenten, dem *Freedom in the World*-Index und der *Electoral Democracy*-Auszeichnung, ein neuer Index konstruiert, der defekte Demokratien identifizieren kann.

5.2.2 Defekte Demokratie als *Electoral Democracy*

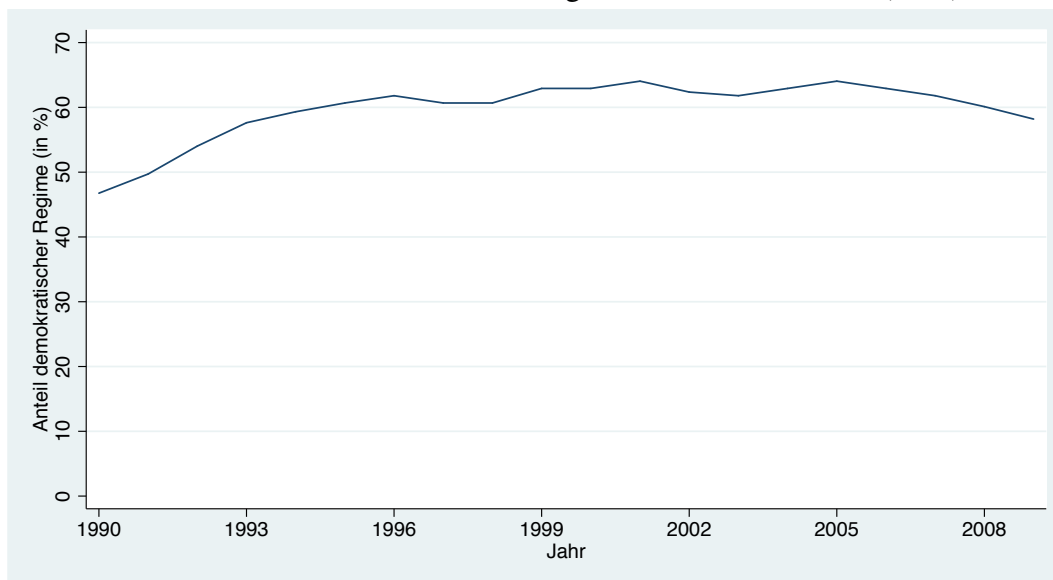
Der hier vorgeschlagene Ansatz zur Messung defekter Demokratien basiert auf den beiden vorgestellten Komponenten. Die Konstruktion wird in zwei Schritten vorgenommen. Zunächst werden autokratische Regime gegenüber demokratischen Regimen abgegrenzt. Schließlich wird die Schwelle zwischen defekten und eingebetteten Demokratien gesetzt.

Die Grenze zwischen Demokratie und Autokratie wird mittels der *Electoral Democracy*-Auszeichnung operationalisiert. Länder, welche diese Auszeichnung nicht erhalten haben, werden als Autokratien bezeichnet. Länder mit der Auszeichnung sind zunächst als defekte oder eingebettete Demokratien anzusehen. Theoretisch begründet wird dieser Grenzwert mit Merkel et al., die das Wahlregime als „definierendes Merkmal gleichermaßen relevant für die Bestimmung defekter Demokratien wie auch für die Identifizierung der Schwelle zu autoritären Regimen“ definieren (2003: 76). Ein politisches Regime, welches das Siegel *Electoral Democracy* erhalten hat, erfüllt die Mindestanforderung, um als Demokratie bezeichnet zu werden, da *Electoral Democracy* dem politischen Regime u.a. freie und faire Wahlen ohne Wahlbetrug sowie ein universelles Wahlrecht bescheinigt. Im Umkehrschluss werden Regime, welche von Freedom House nicht als *Electoral Democracy* eingestuft

werden, automatisch in die Kategorie der Autokratien eingestuft, da sie die institutionellen Minima einer Demokratie nicht erfüllen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie im FITW-Rating als *partly free* oder *not free* eingestuft wurden. Diejenigen, die als *partly free* eingestuft sind, verletzen die politischen Partizipationsrechte und individuellen Freiheitsrechte weniger stark als die Regime, die als *not free* eingestuft sind. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei beiden Ausprägungen um Autokratien mit repressivem Regierungssystem und massiven Verletzungen der Partizipations- und Freiheitsrechte.

In Abbildung 5.2 wird die Entwicklung der beiden politischen Regime von 1990 bis 2009 dargestellt.¹⁶ Wenn keine Unterscheidung zwischen defekten und eingebetteten Demokratien getroffen wird, dann ist in der ersten Hälfte des Beobachtungszeitraums ein Prozess des Wandels zu erkennen. Demokratische Regime sind zunächst mit weniger als 50 Prozent in der Minderheit. Ausgehend von einem Anteil von etwa 45 Prozent nimmt der Anteil defekter und eingebetteter Demokratien bis 1996 auf über 60 Prozent zu. Im weiteren zeitlichen Verlauf bleibt der Anteil auf einem Niveau von leicht über 60 Prozent und sinkt ab 2008 leicht unter diese Marke.

Abb. 5.2: Anteil demokratischer Regime von 1990 bis 2009 (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Freedom House (2012b).

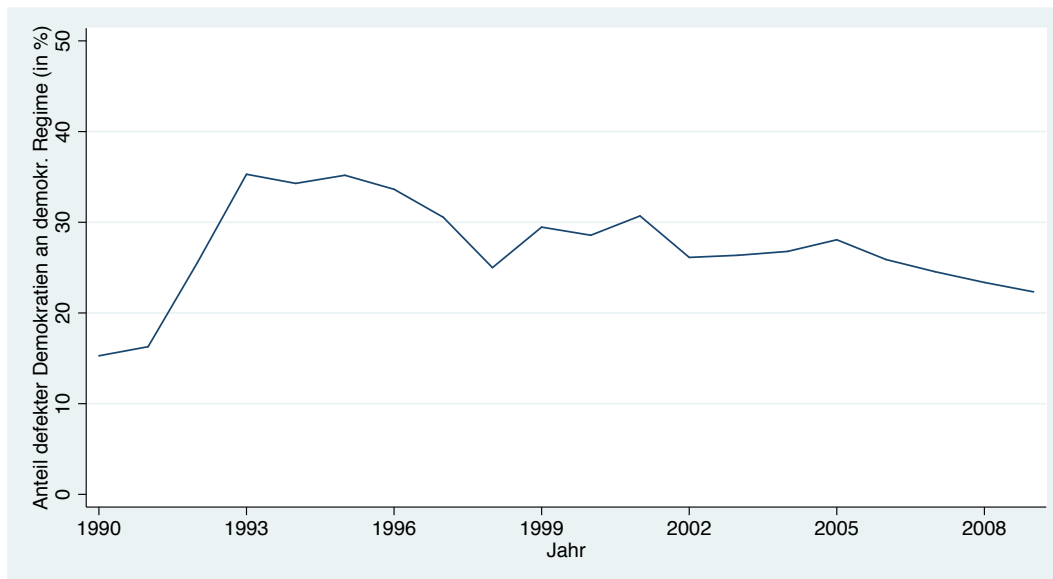
Der zweite Schritt ist die Trennung von defekten und eingebetteten Demokratien. Den Schlüssel dafür stellt das FITW-Rating dar. Freedom House beschreibt politische Regime, welche als *free* eingestuft werden, als „country where [...] is open

¹⁶ Das Ländersample umfasst 178 Länder, welche im Anhang in Tab. A.1.

political competition, a climate of respect, for civil liberties, significant independent civic life, and independent media“ (Freedom House 2012a: 4). Regime, die als *free* eingestuft sind und das Siegel *Electoral Democracy* besitzen, werden somit in die Kategorie „eingebettete Demokratie“ eingestuft. Als *partly free* bezeichnet Freedom House Länder, „[where] is limited respect for political rights and civil liberties“ (ebd.). Wenn ein Regime als *partly free* und *Electoral Democracy* eingestuft wird, dann sind zwar die Minimalbedingungen für freie und faire Wahlen erfüllt, aber es bestehen Verletzungen in den unter Tabelle 5.3 erfassten Kriterien. Diese Regime werden zur Kategorie der „Defekten Demokratien“ gezählt.

Abbildung 5.3 zeigt die Entwicklung des Anteils defekter Demokratien an allen demokratischen Systemen im Zeitraum von 1990 bis 2009. Der Anteil defekter Demokratien steigt zu Beginn der Periode von 15 auf über 35 Prozent an und nimmt allmählich bis 2009 auf circa 22 Prozent ab. Der rapide Anstieg ist unter anderem dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion zu Beginn des Jahrzehnts geschuldet.¹⁷

Abb. 5.3: Anteil defekter Demokratien an demokratischen Regimen von 1990 bis 2009 (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Freedom House (2012b).

Damit sind alle drei Regime-Typen klar identifiziert. Das *Electoral Democracy*-Rating dient als ein Grenzwert zwischen Autokratien und defekten Demokratien, das FITW-Rating grenzt defekte Demokratien von fortschrittlichen Autokratien und von Demokratien ab. Tabelle 5.4 fasst die Zuordnung der Regime-Typen zusammen.

¹⁷ Der Zerfall der Sowjetunion brachte folgende defekte Demokratien im Jahr 1993 hervor: Albanien, Kroatien, Georgien, Lettland, Mazedonien, Rumänien, Russland und die Slowakei.

Tab. 5.4: Einstufung der politischen Regime

Electoral Democracy	Freedom in the World	Regime-Typ
ja	free	Demokratie
ja	partly free	defekte Demokratie
nein	partly free	Autokratie
nein	not free	Autokratie

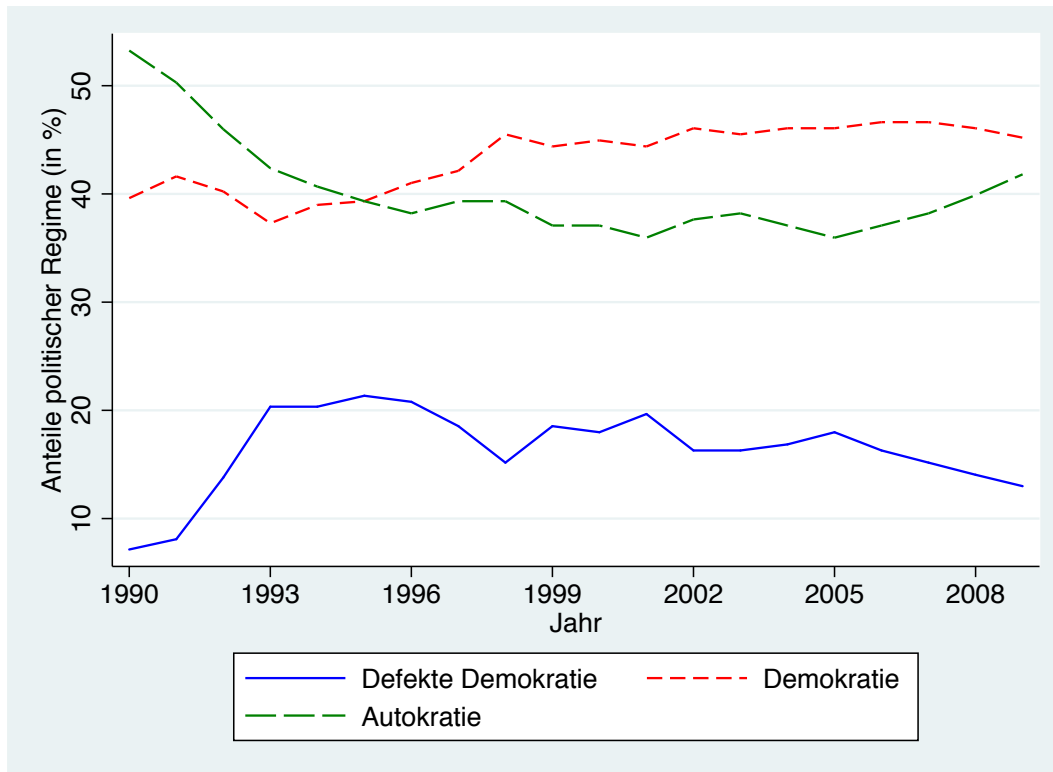
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 5.4 zeigt die Entwicklung der Anteile aller politischen Regime von 1990 bis 2009. Zu Beginn des Beobachtungszeitraums ist ein starker Rückgang autokratischer Regime zu sehen. Bis 1996 sinkt der Anteil der Autokratien an allen politischen Systemen von über 50 Prozent auf knapp unter 40 Prozent. Im weiteren Zeitverlauf nimmt die Zahl der Autokratien zunächst weiterhin leicht ab. Ab 2005 steigt sie und erreicht erneut die Marke von 40 Prozent. Im gleichen Zeitraum nimmt die Anzahl defekter Demokratien von unter fünf Prozent auf über 20 Prozent zunächst zu und nimmt bis 2009 allmählich wieder auf circa 15 Prozent ab. Der Anteil demokratischer Regime schwankt bis 1995 um 40 Prozent und steigt anschließend bis 1999 auf circa 45 Prozent an.

Bisher wurde die Konstruktion des neuen Index mittels der beiden Erhebungen von Freedom House, dem FITW-Rating und der *Electoral Democracy*-Auszeichnung, vorgestellt.¹⁸ Die Abbildungen 5.2 bis 5.4 zeigten einen Anstieg der Zahl defekter Demokratien zu Beginn der neunziger Jahre und einen starken Rückgang autokratischer Regime. Weiterhin wurde gezeigt, dass das Phänomen defekter Demokratien keine Zwischenerscheinung ist, sondern über den Beobachtungszeitraum persistent bleibt, was mit der Aussage von Aurel Croissant übereinstimmt, „dass sich das Phänomen der defekten Demokratien als relativ dauerhaft“ herausstellt (Croissant 2010: 104). Die bisher vorgestellten Ergebnisse müssen nun evaluiert werden. Die Anteile der einzelnen Regimetypen reichen nicht aus, um die Erklärungskraft der Konstruktion beurteilen zu können. Aus diesem Grund wird der konstruierte Index im folgenden Abschnitt mithilfe des Bertelsmann Transformation Index auf Konsistenz und Reliabilität geprüft.

¹⁸ Im Folgenden wird die hier vorgestellte Konstruktion aus FITW-Rating und *Electoral Democracy*-Auszeichnung als FHI bezeichnet.

Abb. 5.4: Anteil politischer Regime von 1990 bis 2009 (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Freedom House (2012b).

5.2.3 Freedom House und Bertelsmann Transformation Index

Für die Überprüfung des vorgestellten Messinstruments wird der Bertelsmann Transformation Index verwendet. Aurel Croissant argumentiert, dass der BTI für die Messung defekter Demokratien geeignet ist, da die theoretische Fundierung des Indexes das Konzept der eingebetteten Demokratie sei (Croissant 2010: 101 f.). Der BTI wird alle zwei bis drei Jahre durch die Bertelsmann Stiftung erhoben. Ziel ist es, die Transformationsprozesse hin zu einer rechtsstaatlichen Demokratie mit marktwirtschaftlichem System abzubilden. Er setzt sich zusammen aus drei Teilindizes zum Entwicklungsstand der rechtsstaatlichen Demokratie, zum Entwicklungsstand der sozialpolitisch flankierten Marktwirtschaft und zum Management des Entwicklungs- und Transformationsprozesses. Für das Demokratie-Maß wird auf das Demokratieverständnis von Dahl zurückgegriffen und dieses um das Kriterium der Rechtsstaatlichkeit angereichert (Bertelsmann Stiftung 2008: 79 f.). Damit werden aufgrund dieser Schwerpunktsetzung konsolidierte Demokratien mit funktionsfähigem marktwirtschaftlichem System nicht abgedeckt. Der Index umfasste

im Jahr 2008 insgesamt 125 Länder (Bertelsmann Stiftung 2008: 86).¹⁹

Für den Paralleltest des oben vorgestellten Konstrukts ist lediglich der Teilindex zum Entwicklungsstand der rechtsstaatlichen Demokratie, dem sog. *Democracy Status*, von Bedeutung. Dieser besteht aus fünf einzelnen Dimensionen: Staatlichkeit, politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, die politische und gesellschaftliche Integration sowie Stabilität demokratischer Institutionen (vgl. Tab. 5.5). Die Dimensionen werden mit jeweils vier, letztere mit zwei Fragen mit maximal zehn Punkte à Frage durch deutsche und ausländische Experten quantifiziert. Ähnlich zum Freedom House Index wird für jedes Land ein Länderbericht herausgegeben. Die Bewertung jeder Dimension ist der jeweilige Mittelwert der erreichten Punktzahl. Der *Democracy Status* ergibt sich aus dem Mittelwert der Punkte der fünf Dimensionen. Somit kann ein Land mindestens einen und maximal zehn Punkte erreichen (Bertelsmann Stiftung 2008: 89). Der *Democracy Status* eignet sich für einen Paralleltest mit dem oben erweiterten Freedom House Index, da 8 von den 18 abgefragten Kriterien alle Teilregime der eingebetteten Demokratie erfassen (vgl. Tab. 5.5; Croissant 2010: 102). Gleichzeitig zeigt Tabelle 5.5, dass der BTI deutlich weiter geht als das Konzept der eingebetteten Demokratie. Die Kriterien „Stabilität demokratischer Institutionen“ sowie „Politische und soziale Integration“ gehen deutlich über das vorgestellte Demokratieverständnis hinaus (ebd.).

Im BTI wird zunächst dichotom zwischen Demokratien und Autokratien unterschieden. Um als Demokratie eingestuft zu werden, muss ein Land einen Mindestwert von acht Punkten bei der *Democracy Status*-Skala erreichen und darüber hinaus bei sieben Fragen aus dem Fragenkatalog mindestens drei (sechs Punkte bei Frage 2.1) Punkte erzielen (Vgl. Tab. 5.6). An dieser Stelle wird wieder der besondere Stellenwert des Wahlregimes deutlich, welches hier ähnlich wie bei der Auszeichnung *electoral democracy* durch eine höhere Punkte-Schwelle (sechs im Vergleich zu drei) bei den Mindestvoraussetzungen hervorgehoben wird. Erreicht ein Land weniger als acht Punkte auf der *Democracy Status*-Skala und erfüllt nicht die Mindestvoraussetzungen, wird es als Autokratie definiert. Länder mit weniger als drei Punkten im Schnitt bei den Fragen zum Gewaltmonopol (Q 1.1) und zu den Verwaltungsstrukturen (Q 1.4) werden als „failed states“ kategorisiert. Regime, welche die Mindestvoraussetzungen erfüllen, jedoch weniger als acht Punkte auf der *Democracy Status*-Skala erzielen, werden als defekte Demokratien kategorisiert (Bertelsmann Stiftung 2008: 92).

Da das Demokratie-Verständnis des BTI deutlich über das der Basis des Freedom

¹⁹ Die aktuelle Version des BTI, der BTI 2012 wurde in der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtigt, da er zu kurzfristig erschien (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2012).

Tab. 5.5: Kriterien und Indikatoren des BTI und Teilregime der eingebetteten Demokratie

Kriterium	Indikatoren	Fragestellung	Teilregime
1. Stateness	1.1 Monopoly on use of force	To what extent does the state's monopoly on the use of force cover the entire territory?	-
	1.2 Citizenship agreement	To what extent do all relevant groups in society agree about citizenship and accept the nation-state as legitimate?	-
	1.3 No religious dogmas	To what extent are the state's legitimacy and its legal order defined without interference by religious dogmas?	-
	1.4 Basic administration	To what extent do basic administrative structures exist?	-
2. Political Participation	2.1 Free elections	To what extent are the rulers determined by general, free and fair elections?	A
	2.2 Democrats rule	To what extent do democratically elected rulers have the effective power to govern, or to what extent are there veto powers and political enclaves?	E
	2.3 Association/ Assembly rights	To what extent can independent political and/or civic groups associate and assemble freely?	B
	2.4 Freedom of expression	To what extent can citizens, organizations and the mass media express opinions freely?	B
3. Rule of Law	3.1 Separation of power	To what extent is there a working separation of powers (checks and balances)?	D
	3.2 Independent judiciary	To what extent does an independent judiciary exist?	C
	3.3 Abuse of office prosecuted	To what extent are there legal or political penalties for officeholders who abuse their positions?	D
	3.4 Civil rights ensured	To what extent are civil rights guaranteed and protected, and to what extent can citizens seek redress for violations of these liberties?	C
4. Stability of Democratic institutions	4.1 Democracy performing	Are democratic institutions, including the administrative system and the system of justice, capable of performing?	-
	4.2 Democracy accepted	To what extent are democratic institutions accepted or supported by the relevant actors?	-
5. Political and Social Integration	5.1 Party system	To what extent is there a stable, moderate, socially rooted party system to articulate and aggregate societal interests?	-
	5.2 Interest groups	To what extent is there a network of cooperative associations or interest groups to mediate between society and the political system?	-
	5.3 Democratic norms	How strong is the citizens' consent to democratic norms and procedures?	-
	5.4 Social self-organization	To what extent have social self-organization and the construction of social capital advanced?	-

Quelle: Croissant 2010: 103

Tab. 5.6: Mindestvoraussetzungen für Demokratie (BTI)

Frage	Fragestellung	Punkte
Q 1.1	Inwieweit ist das staatliche Gewaltmonopol auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnt?	3
Q 2.1	Inwieweit werden die Herrschaftsträger durch allgemeine, freie und faire Wahlen bestimmt?	6
Q 2.2	Inwieweit besitzen demokratisch gewählte Herrschaftsträger die eff. Regierungsgewalt? Existieren Vetomächte und politische Enklaven?	3
Q 2.3	Inwieweit können sich unabhängige politische und/oder zivillgesellschaftliche Gruppen frei bilden und versammeln?	3
Q 2.4	Inwieweit können Bürger, Organisationen und Medien ihre Meinung frei äußern?	3
Q 3.1	Inwieweit funktioniert die Teilung und wechselseitige Kontrolle der staatlichen Gewalten?	3
Q 3.4	Inwieweit sind bürgerliche Freiheitsrechte gewahrt und geschützt und inwieweit können sie von Bürgern eingeklagt werden?	3

Quelle: Eigene Darstellung nach Bertelsmann Stiftung 2008: 92

House Index und der eingebetteten Demokratie hinaus geht, müssen die folgenden Ergebnisse mit Vorsicht betrachtet werden. Sie dienen der Probe, ob die neukonstruierte Messung als brauchbar einzustufen ist. Dazu gehört zunächst Konsistenz, aber auch die globale Vergleichbarkeit. Wenn der Freedom House Index ein politisches Regime als Autokratie einstuft und der BTI dieses gleichzeitig als Demokratie, dann deutet das auf einen Konstruktionsfehler hin. Auf Individual- bzw. Länderbene ist der Vergleich beider Indizes aufgrund der stark abweichenden Konzepte wenig sinnvoll, d. h. wenn der BTI ein Land als defekte und der Freedom House Index als intakte Demokratie bezeichnet, müsste von Fall zu Fall mittels Studium der Länderberichte individuell entschieden werden. Angesichts der langen Zeitperioden, auf die sich die BTI-Messung bezieht, und der analysierten Werte von Freedom House würde dies den Rahmen der vorliegenden Arbeit deutlich überschreiten.²⁰

Tabelle 5.7 fasst den empirischen Befund zur Frage der Vergleichbarkeit zusam-

²⁰ Während Freedom House jährlich Daten zur Verfügung stellt, wird der BTI alle 2 bis 3 Jahre herausgegeben.

men.²¹ Der Mittelwert des Freedom House Index schwankt in den Jahren 2005, 2007 und 2009 im Intervall von 2,12 bis 2,25. Über die Jahre verglichen hat die Streuung einen positiven Trend. Die Standardabweichung steigt moderat um 0,02 von 0,86 auf 0,88. Das durchschnittliche Demokratie-Niveau gemessen mit dem BTI liegt zunächst 0,11 Punkte über dem Freedom House Index und nähert sich diesem über die drei Vergleichsjahre an. In den Jahren 2007 und 2009 liegt die Differenz beider Indizes bei 0,02. Die Streuung des BTI ist mit 0,73 bis 0,75 um ca. 0,13 niedriger als die Streuung des Freedom House Indexes. Die Korrelation der beiden Indizes beträgt in allen Beobachtungszeitpunkten über 0,80 und nimmt langsam ab von 0,86 auf 0,83. Das verdeutlicht einen starken linearen Zusammenhang beider Indizes. Alle Korrelationskoeffizienten sind auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden (p-Wert = 0,00). Dieser Befund bestätigt bereits bekannte Untersuchungen des (linearen) Zusammenhangs zwischen gängigen Demokratie-Indizes (vgl. Schmidt 2010: 390; Pickel/Pickel 2006: 244).

Tab. 5.7: Mittelwerte Standardabweichung und Korrelationen zwischen BTI und FHI 2005, 2007 und 2009

Jahr	N	Mittelwerte (Standardabweichung)		Korrelation
		Freedom House	Bertelsmann TI	
2005	113	2,12 (0,86)	2,23 (0,73)	0,86
2007	118	2,18 (0,87)	2,20 (0,75)	0,85
2009	120	2,25 (0,88)	2,23 (0,74)	0,83

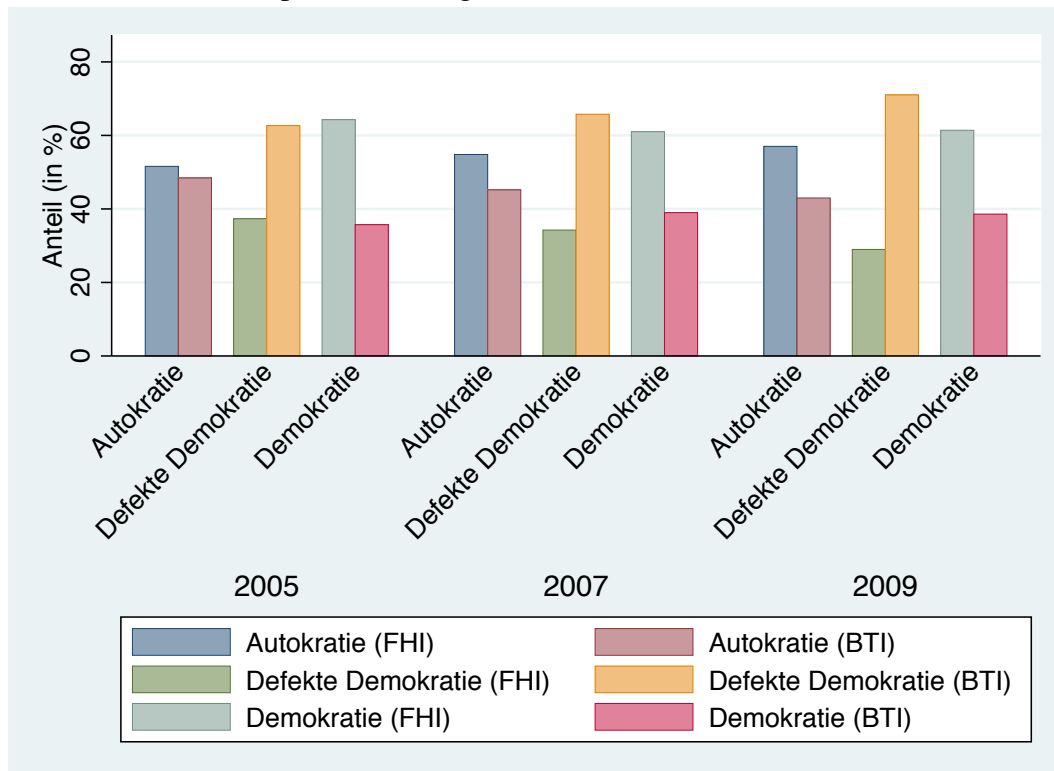
Quelle: Eigene Berechnungen nach Freedom House (2012b) und Bertelsmann Transformation Index (2012).

In Abbildung 5.5 sind die Anteile der drei Regimetypen jeweils nach Jahr und Index aufgesplittet. Drei Punkte fallen auf: erstens ist der Anteil an Autokratien bei BTI und FHI in etwa gleich hoch im Jahr 2005. Bei den weiteren zwei Beobachtungspunkten nimmt der Anteil der Autokratien bei Freedom House leicht ab, während er beim BTI leicht zunimmt. Zweitens ist der Anteil defekter Demokratien bei Freedom House zu allen drei Zeitpunkten deutlich geringer als bei Bertelsmann und die Differenz nimmt im Zeitverlauf zu. 2009 stuft der BTI mehr als doppelt

²¹ Für eine bessere Vergleichbarkeit des BTI mit dem Freedom House Index ist der BTI folgendermaßen kodiert: Demokratie = 1, defekte Demokratie = 2, Autokratie = 3. Gleiches gilt für den Freedom House Index. Zudem wurde der BTI um ein Jahr zurückversetzt, d.h. die Werte des Jahres 2007 entsprechen den Werten des BTI für das Jahr 2008. Das Verfahren wurde gewählt, da der BTI des Jahres t sich auf die Situation des politischen Regimes im Januar im Jahr t-1 bezieht (vgl. Croissant 2010: 104).

soviele Regime als defekt ein. Drittens und damit einhergehend liegt der Anteil nicht-defekter Demokratien beim FHI konstant bei etwa 60 Prozent, während der BTI weniger als 40 Prozent der Regime als Demokratien einstuft. Somit ist hier eine deutliche Diskrepanz zu erkennen, welche genauer betrachtet werden muss. Insbesondere die Konsistenz des FHI muss geprüft werden.

Abb. 5.5: Anteile politischer Regime bei FHI und BTI 2005, 2007 und 2009



Quelle: Eigene Berechnungen nach Freedom House (2012b) und Bertelsmann Transformation Index (2012).

Wie bereits weiter oben angedeutet, ist es theoretisch denkbar, dass ein Land bei dem Freedom House Index als Demokratie, von Bertelsmann aber als Autokratie eingestuft wird. Dies würde einen Widerspruch in der Konstruktion des Freedom House Index bedeuten. Der umgekehrte Fall, Einstufung als Demokratie beim BTI und als Autokratie bei Freedom House hat identische Konsequenzen. Insbesondere die Anteile der jeweiligen Regimetypen in Abbildung 5.5 haben Diskrepanzen aufgezeigt, welche solche Fälle nahelegen können.

Mittels eines einfachen Vergleichs, der Bildung der Differenz beider Indizes, können die angesprochenen Anomalien aufgedeckt werden. Eine Differenz von zwei stellt eine Anomalie dar, da dies bedeutet, dass ein Land, welches in einem Index als Autokratie identifiziert wird, von dem anderen Index aber als Demokratie oder

umgekehrt eingestuft wäre. Der Vergleich beider Indizes kann diesen Fall jedoch ausschließen. Über die drei Vergleichsjahre tritt ein solcher Fall nicht ein. Damit kann, zumindest für die drei Beobachtungsjahre ausgeschlossen werden, dass der Freedom House Index Anomalien aufweist und Länder in eine gänzlich falsche Kategorie einordnet.

Anders sieht es im Fall von abweichenden Zuordnungen zwischen defekten Demokratien und Autokratien sowie zwischen defekten Demokratien und eingebetteten Demokratien aus. Tabelle 5.8 fasst die Anzahl der Fälle zusammen, bei denen der FHI um eine Einheit vom BTI abweicht, d.h. die Anzahl der Fälle bei denen einer der Indizes eine defekte Demokratie und der andere Demokratie oder Autokratie identifiziert. Die Zahlen in Tabelle 5.8 zeigen, dass die unterschiedlichen Regimety-Anteile aus Abbildung 5.5 aus dem zweiten Typ von Abweichungen resultieren. Der Anteil an abweichenden Zuordnungen ist 2005 bei knapp 20 Prozent und steigt 2009 auf 24,17 Prozent. Absolut liegt die Anzahl der Abweichungen über alle Beobachtungsjahre bei 77 von 361 Beobachtungen, was einem Anteil von 21,32 Prozent entspricht.

Tab. 5.8: Abweichungen zwischen BTI und FHI im Betrag von einer Einheit

Jahr	N	Anzahl der Abweichungen	Anteil in %
2005	113	23	20,35
2007	118	25	21,19
2009	120	29	24,17

Quelle: Eigene Berechnungen nach Freedom House (2012b) und BTI (2012)

Die Frage dieses Abschnitts war, ob der FHI geeignet ist, defekte Demokratien zu identifizieren. Der Vergleich des BTI mit dem Freedom House-Konstrukt hat folgende Befunde hervorgebracht: erstens zeigt der Vergleich beider Indizes, dass sie in einem starken linearen Zusammenhang stehen. Sowohl der Vergleich der Mittelwerte, als auch die Korrelation von über 0,8 in allen drei Vergleichsjahren verdeutlicht diesen Befund. Zweitens weichen die Anteile der jeweiligen Regime insbesondere bei der interessanten Kategorie defekter Demokratien stark von einander ab. Drittens führt eine detaillierte Betrachtung der Abweichungen zum Ausschluss von Anomalien bei dem FHI. Im Vergleich von bis zu 120 Ländern weichen die beiden Indizes um maximal eine Einheit ab. Das kann so interpretiert werden, dass während einer der Indizes ein Land als defekte Demokratie einstuft, der andere die

Beobachtung als Demokratie oder Autokratie einstuft. Viertens beträgt der Anteil dieser abweichenden Zuordnungen über alle drei Vergleichsjahre hinweg 21,32 Prozent.

Die Befunde zeigen insbesondere, dass die Identifikation defekter Demokratien ein schwieriges Unterfangen ist. Der Grund dafür ist, dass der BTI, welcher hier als Vergleichsmaßstab für die Evaluation des FHI verwendet wurde, kein explizites Maß für defekte Demokratien ist. Croissant verwendet den Index für die Identifikation defekter Demokratien und argumentiert, dass er „explizit dem [...] Konzept der *embedded democracy*“ folgt (Croissant 2010: 101 f.). Wie in Tabelle 5.5 gezeigt wurde, geht der BTI mit drei Kriterien weit über das Konzept der eingebetteten Demokratie hinaus. Croissant verweist selbst auf dieses Problem und hebt somit das eigene Argument für den BTI partiell auf (ebd.: 102). Somit müssen die kritischen Befunde des Vergleichs relativiert werden, da auch der BTI nicht den Anspruch erfüllt, das explizite Maß defekter Demokratien zu sein. Croissant verwendet die Indikatoren, die in Tabelle 5.5 den Teilregimen der eingebetteten Demokratie zugeordnet wurden, um einzelne Defekte explizit zu identifizieren und geht somit viel weiter. Aus dem Vergleich der jeweiligen Mittelwerte zwischen Demokratien und defekten Demokratien, schließt er auf die Verteilung der Defekte (ebd. 106 f.). Allerdings darf das nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Zuordnung zu defekten Demokratien auch auf „Aspekten der Konsolidierung junger Demokratien“ fußt, was nicht zum Konzept der eingebetteten Demokratie gehört (ebd.).

In Abschnitt 5.1 wurden einige Demokratie-Indizes auf ihre Tauglichkeit zur Messung defekter Demokratien diskutiert. In Abschnitt 5.2.1 wurde der Freedom House Index vorgestellt und in 5.2.2 mittels der *Electoral Democracy*-Auszeichnung modifiziert. Schließlich wurde er in diesem Abschnitt auf Konsistenz und Anomalien geprüft. Wie ist nun der konstruierte FHI zu beurteilen? Erstens kann er als konsistent bezeichnet werden, da er im Vergleich mit dem BTI keine inkonsistenten Abweichungen aufweist. Zweitens liegen, trotz der hohen Korrelation der Indizes, im Bereich defekter Demokratien signifikante Abweichungen vor. Da, wie oben diskutiert, die Verwendung des BTI zur Identifikation defekter Demokratien kritisiert werden kann, sind jedoch diese Abweichungen kein zwingender Ausschlussgrund für den FHI. Es kann somit angenommen werden, dass der FHI mindestens genauso geeignet für die Erfassung defekter Demokratien ist, wie der BTI. Für dieses Maß spricht besonders, dass die Zuordnung der Regime nicht auf Basis von Indikatoren vorgenommen wird, die der Idee der Demokratie nahe stehen im Vergleich zu einem Teil der BTI-Indikatoren (vgl. Tab. 5.3 und 5.5).

Zum Schluss muss ein Punkt diskutiert werden, der für die Prüfung der aufge-

stellten Hypothesen von Bedeutung ist. Der vorgestellte Index lässt keine Identifizierung einzelner Defekte zu, sodass die Hypothesen aus Abschnitt 4.1 in dieser Form nicht getestet werden können. Da die aufgestellten Hypothesen zwischen den vier Typen defekter Demokratien und eingebetteter Demokratien identisch waren werden sie für die Prüfung gebündelt und lauten wie folgt:

1. Defekte Demokratien haben ein geringeres Wirtschaftswachstum als eingebettete Demokratien.
2. Staatsausgaben haben in defekten Demokratien einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.
3. Staatsausgaben haben in defekten Demokratien im Vergleich zu eingebetteten Demokratien einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum.

6 Empirische Analyse

Im letzten Teil wurde die Operationalisierung defekter Demokratien diskutiert. Dabei wurde verdeutlicht, dass bisher kein Messinstrument existiert, welches defekte Demokratien explizit thematisiert. Somit rückte die Frage nach der Messung einzelner Defekte weiter in den Hintergrund. Aufbauend auf dieser Diskussion wurde ein Index aus dem FITW-Rating und der *Electoral-Democracy*-Auszeichnung von Freedom House konstruiert und evaluiert, welcher in der Lage ist defekte Demokratien gegenüber Autokratien und Demokratien abzugrenzen. Damit wurde der Grundstein für die empirische Überprüfung der Hypothesen aus dem vierten Teil gelegt.

Im folgenden Teil werden, neben der Überprüfung der Hypothesen, zunächst zwei andere Fragen diskutiert. Im ersten Abschnitt steht die Frage der Operationalisierung der abhängigen Variablen, sowie der unabhängigen Kontrollvariablen im Vordergrund. Im zweiten Abschnitt wird das ökonometrische Analyseverfahren vorgestellt und diskutiert. Zusätzlich werden die Schwellen für die Annahme bzw. Ablehnung der Hypothesen definiert. In den letzten zwei Abschnitten werden die Resultate der statistischen Auswertungen präsentiert und diskutiert. Dabei wird wie bei der Aufstellung der Hypothesen in Abschnitt 4.1 vorgegangen. Zunächst werden die Hypothesen über die Unterschiede des Wirtschaftswachstums und des Effekts der Staatsausgaben zwischen defekten Demokratien und Demokratien getestet. In Abschnitt 6.4 dann zwischen defekten Demokratien und Autokratien.

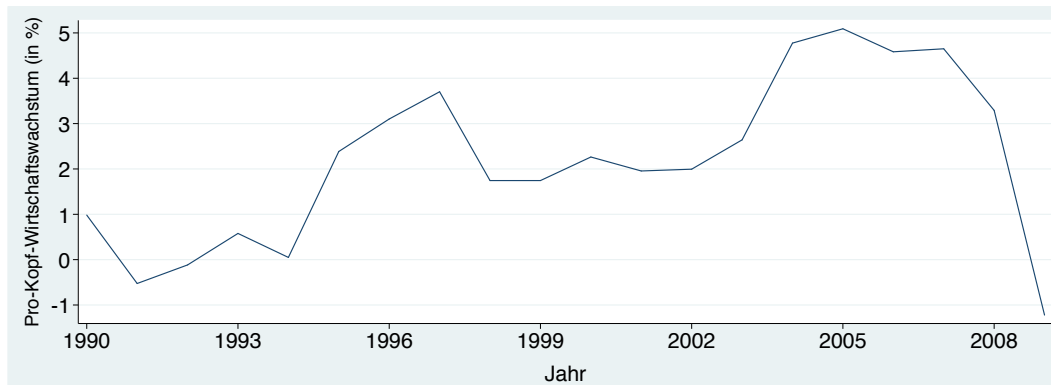
6.1 Operationalisierung

Die Operationalisierung wird in zwei Schritten vorgenommen. Im ersten Unterabschnitt wird die abhängige Variable, das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, zu konstanten und internationalen Preisen im Jahr 2005, im Zeitraum von 1990 bis 2009, vorgestellt und Probleme dieses Maßes diskutiert. Im zweiten Unterabschnitt werden eine Reihe abhängiger Variablen vorgestellt, welche bisher aus dem ökonomischen Zweig der Wachstumstheorie als Triebkräfte des Wirtschaftswachstums identifiziert wurden und als Kontrollvariablen verwendet werden.

6.1.1 Abhängige Variable

Die abhängige Variable ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum zu konstanten und internationalen Preisen im Jahr 2005, im Zeitraum von 1990 bis 2009, für insgesamt 178 Länder.²² Die Variable wurde aus dem Datensatz von Summers und Heston berechnet, dem Penn World Table 7.0, und ist für den internationalen Vergleich von Volkswirtschaften mit großen Fallzahlen geeignet (Aten et al. 2012). Neben der Größe des Datensatzes, mit insgesamt 189 Ländern in der aktuellen Version, ist von Vorteil, dass die Daten auf einer einheitlichen Basis umgerechnet werden und die Vergleichbarkeit dadurch verbessert wird.

Abb. 6.1: Durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum 1990 bis 2009 (in %)



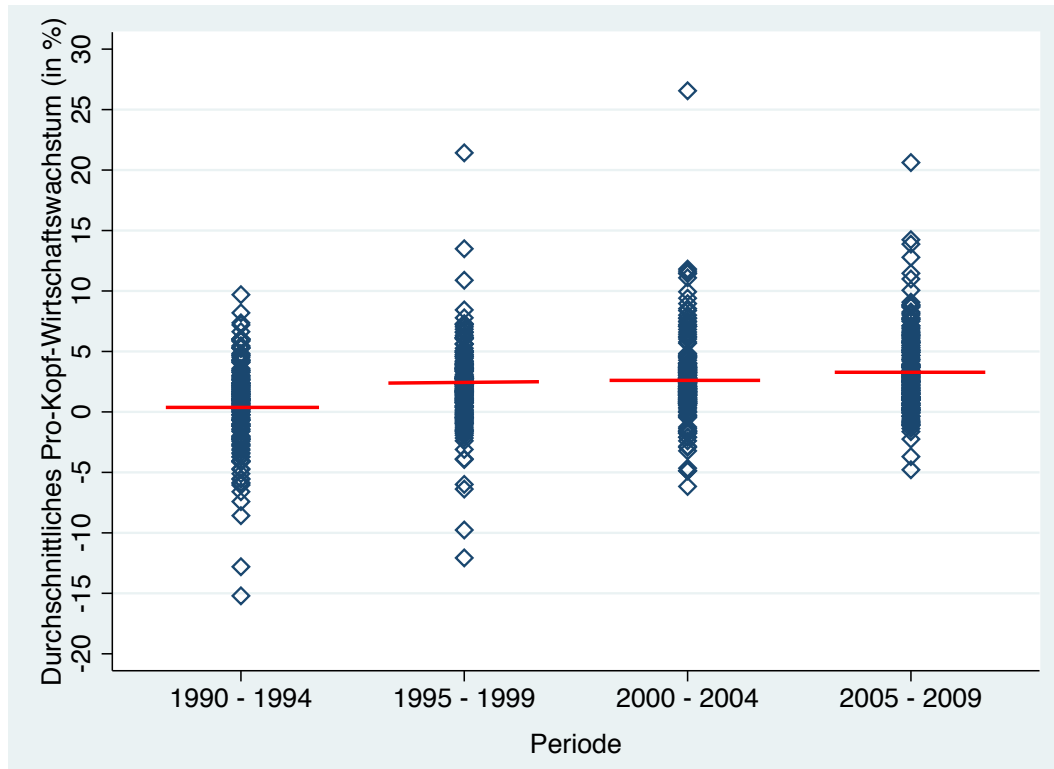
Quelle: Eigene Berechnungen nach Aten et al. (2012).

Abbildung 6.1 zeigt das durchschnittliche Pro-Kopf-Wachstum aller Länder im Untersuchungszeitraum. Der Verlauf verdeutlicht das Problem, dass das Wachstum konjunkturellen Schwankungen unterliegt. Während das Pro-Kopf-Wachstum im ersten Quartil des Beobachtungszeitraums zwischen minus ein und ein Prozent schwankt, schwankt es im Zeitraum von 1996 bis 2003 um zwei Prozent. Ab 2003 ist ein Anstieg auf über vier Prozent zu sehen und im letzten Quartil ein starker Rückgang im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Für die vorliegende Arbeit sind nicht die kurzfristigen Wachstumsschwankungen von Interesse, sondern das langfristige Trendwachstum der Volkswirtschaften. Die Verwendung jährlicher Daten als abhängige Variable führt somit zu falschen Schlüssen und ist nicht angebracht. Aus diesem Grund wird hier ein bisher oft verwendeter Ansatz angewendet: Die Bildung von Mittelwerten des Pro-Kopf-Wachstums über fünf Jahre. Durch die Bildung von Mittelwerten können die saisonalen Schwankungen bereinigt und der Wachstumstrend herausgehoben werden (vgl. Durlauf et al. 2005: 628). Abbil-

²² Die Liste der eingeschlossenen Länder findet sich im Anhang, Tab. A.1.

dung 6.2 zeigt die Verteilung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wachstums in Prozent für die vier Perioden von 1990 bis 1994, 1995 bis 1999, 2000 bis 2004 und 2005 bis 2009. Die roten Linien zeigen den Mittelwert des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wachstums in der jeweiligen Periode.

Abb. 6.2: Verteilung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Aten et al. (2012).

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Wachstum in der ersten Periode von 1990 bis 1994 verteilt sich über die Länder im Bereich von minus fünfzehn Prozent bis zu zehn Prozent. In den nachfolgenden Perioden ist das Minimum weiterhin deutlich im negativen Bereich. Besonders in der zweiten bis vierten Periode ist eine Häufung der Beobachtungen zwischen minus zwei und neun Prozent zu beobachten. Das mittlere durchschnittliche Pro-Kopf-Wachstum beträgt über alle Perioden und Länder hinweg 2,331 Prozent (vgl. Anhang, Tab. A.1.). In den drei folgenden Perioden ist jeweils ein Ausreißer zu sehen. In der zweiten Periode handelt es sich um Kiribati, welches ein vergleichsweise geringes Bruttoinlandsprodukt hat. In der dritten Periode ist der Ausreißer Äquatorialguinea. Das kleine Land war ebenfalls bis Ende der 90er Jahre durch ein vergleichsweise niedriges Bruttoinlandsprodukt gekennzeichnet, welches insbesondere gegen Ende der 90er Jahre einen Wachstumsschub erhielt und das Bruttoinlandsprodukt auf 20 Mrd. US-Dollar binnen 15 Jah-

ren vervierfachen konnte. Der dritte Ausreißer in der Grafik ist Aserbaidschan. Das osteuropäische Land hat ab Mitte der 2000er Jahre einen Aufschwung erlebt und konnte ebenfalls von einem niedrigen Ausgangsniveau ein vergleichsweise großes Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum vorweisen. Der Grund für die großen Wachstumsraten ist, dass absolute Anstiege sich von einem niedrigen Einkommensniveau in der Wachstumsrate stark niederschlagen.²³

Das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum darf nicht als abhängige Variable verwendet werden, ohne für einige kritische Punkte zu sensibilisieren. Das Wirtschaftswachstum bildet die prozentuale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber dem Vorjahr ab. Daraus ergeben sich fünf Kritikpunkte, welche das Wirtschaftswachstum in Frage stellen. Erstens werden im BIP nur Güter und Dienstleistungen erfasst, welche auf Märkten gehandelt werden und mit Preisen bewertet sind. Daraus ergibt sich, dass Tätigkeiten im Haushalt, wie beispielsweise Renovierungen oder Erziehung von Kindern nicht berücksichtigt werden. Je nach Betreuungssystem kann somit vermutet werden, dass das BIP nach unten verzerrt ist. Aber auch ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen und Verbänden werden nicht erfasst. Zweitens werden im BIP die Kosten von Umweltverschmutzung und Lärm nicht eingerechnet. Drittens wird nicht berücksichtigt, dass der Abbau natürlicher Ressourcen das BIP steigen lässt, aber langfristig den Wohlstand einer Gesellschaft verringert. Viertens wird der wohlstandssteigernde Faktor Freizeit nicht berücksichtigt (vgl. Bartling/Luzius 2000: 155).

Basierend auf diesen Problemen kann mit Einschränkung die Datenqualität, insbesondere bei Studien mit großen Fallzahlen wie der vorliegenden Arbeit, kritisiert werden. Die Datenqualität dürfte insbesondere in OECD-Ländern höher sein, als in Nicht-OECD Ländern. Insbesondere die Datenqualität vieler Autokratien kann aufgrund von Intransparenz in Frage gestellt werden. Das bedeutet nicht, dass die hier vorgestellten Ergebnisse irrelevant und zu vernachlässigen sind, allerdings sollten die angesprochenen Probleme bei der Bewertung der Resultate im Hinterkopf behalten werden. Zuletzt gibt es kaum alternative Möglichkeiten die Leistungsfähigkeit einer großen Zahl an Ländern quantitativ zu vergleichen. Letztendlich ist das Wirtschaftswachstum ein objektives Maß, welches anhand klarer Kriterien (Mengen und Preise) die Leistung einer Gesellschaft quantifiziert und wertfrei von Gewichtungen bestimmter Aspekte einer Gesellschaft ist.

²³ Im nächsten Abschnitt wird die Rolle des BIP in der Ausgangsperiode als Kontrollvariable thematisiert. Die Ausreißer werden aus diesem Grund hier nicht weiter diskutiert.

6.1.2 Unabhängige Variablen

Die Untersuchung des Wirtschaftswachstums kann nicht ohne die Berücksichtigung bereits identifizierter Mechanismen zur Erklärung dieser Variable aus der wissenschaftlichen Disziplin der Volkswirtschaftslehre erfolgen. Die Teildisziplin der Wachstumsforschung in der Volkswirtschaftslehre hat ihre Wurzeln bereits Mitte des vergangenen Jahrhunderts und hat mehrere Entwicklungsstufen durchlaufen. In der Geschichte haben sich insgesamt drei Theoriwellen herauskristallisiert (vgl. Obinger 2004: 21): Anfang der 1940er Jahre das Harrod-Domar-Wachstumsmodell, 1956 das Solow-Swan-Modell, besser bekannt als Solow-Modell, und ab den 80er Jahren die Neue Wachstumstheorie, welche eine Vielzahl von Modellen umfasst, die aus der Kritik an der neoklassischen Wachstumstheorie entstanden sind (vgl. Harms 2008: 181; Obinger 2004: 21 ff.).²⁴ Das 1956 von Robert Solow entwickelte Solow-Modell ist der Ausgangspunkt der neuen Wachstumsforschung und dient häufig als Basis für neuere Theorien des Wirtschaftswachstums. Gleichzeitig dient das Modell als theoretische Fundierung mehrerer ökonomischer Kontrollvariablen in der Wachstumsforschung, welche sich als robuste Erklärungsfaktoren des Wirtschaftswachstums erwiesen haben. Die Neue Wachstumstheorie zeichnet sich durch eine Fülle von Modellen aus, die die Grundannahme des Solow-Modells in Frage stellen und langfristiges Wachstum jenseits des technischen Fortschritts, welcher im Solow-Modell als exogen gegeben ist, zu erklären versuchen. Diese Modelle haben weitere Einflussfaktoren entdeckt. Im Folgenden werden die einzelnen Kontrollvariablen, die in der Regressionsanalyse verwendet werden, und ihre ökonomische Intuition, kurz skizziert.²⁵

Ausgangsniveau des BIP, Bevölkerungswachstum, Humankapitalstock und physischer Kapitalstock

Das Solow-Modell basiert auf der Annahme, dass das BIP der Output einer aggregierten Produktionsfunktion ist. Die Inputs dieser Produktionsfunktion sind Arbeit und Kapital, und sind durch positive, fallenden Grenzerträge charakterisiert. Die treibende Kraft des Modells ist die Kapitalakkumulation. In der geschlossenen Volkswirtschaft wird ein Teil der Produktion pro Kopf

²⁴ Das Harrod-Domar-Modell wird an dieser Stelle nicht weiter diskutiert, da es seit der Veröffentlichung des Solow-Modells in der empirischen Wachstumsforschung an Bedeutung verloren hat.

²⁵ Die Operationalisierung der einzelnen Kontrollvariablen wird ebenfalls kurz thematisiert. Aufgrund des Basismodells mit zwei Erweiterungen und des paarweisen Vergleichs defekter Demokratien mit Autokratien und liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien (vgl. Abschnitt 6.2) wird auf eine detaillierte Datenbeschreibung an dieser Stelle verzichtet. Im Anhang, Tabellen ??, A.4, A.5, A.6 und A.7 werden die einzelnen Variablen mit Mittelwert und Standardabweichung aufgesplittet nach Regressionsmodellen beschrieben.

gespart und reinvestiert in Kapital, was die Kapitalintensität²⁶ und damit die Produktion pro Kopf erhöht. Aufgrund des fallenden Grenzprodukts ist dieser Anstieg immer kleiner. Auf der anderen Seite wird die Kapitalintensität durch das Bevölkerungswachstum und die natürliche Abschreibungsrate von Kapital vermindert. Die Zusammenführung der beiden gegensätzlich wirkenden Kräfte führt zum Ergebnis, dass die Volkswirtschaft gegen ein konstantes Pro-Kopf-Einkommensniveau strebt, dem *Steady State*-Einkommensniveau. Sobald dieses Einkommensniveau erreicht ist, resultiert Wirtschaftswachstum durch den exogen gegebenen technischen Fortschritt (Harms 2008: 182 ff.).

Daraus können vier Schlussfolgerungen abgeleitet werden: Erstens Länder mit niedrigem Einkommensniveau wachsen *ceteris paribus* schneller aufgrund des fallenden Grenzertrags des Kapitals und dem *catch-up*-Prozess zum *Steady-State* (ebd.: 188). Zweitens hängt das *Steady-State*-Einkommensniveau positiv von der Sparquote ab. Je höher die Sparquote, umso größer ist der Anteil des Einkommens einer Volkswirtschaft, welches in Kapital reinvestiert wird und umso höher ist somit das *Steady-State*-Pro-Kopf-Einkommensniveau. Drittens hängt das Pro-Kopf-Wachstum negativ von dem Bevölkerungswachstum ab. Je höher die Wachstumsrate der Bevölkerung ist, umso mehr Kapital muss zusätzlich bereitgestellt werden, damit die Kapitalintensität konstant bleibt und das *Steady-State*-Einkommensniveau nicht sinkt (ebd.: 186). Damit ergeben sich drei ökonomisch relevante Kontrollvariablen für die empirische Untersuchung: die Sparquote, das Niveau des BIP pro Kopf zu Beginn der Periode und das Bevölkerungswachstum. Die Sparquote wird in der vorliegenden Arbeit mit der Investitionsquote pro Kopf zu konstanten Preisen operationalisiert.²⁷ Das Niveau des BIP pro Kopf wird mit dem logarithmierten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu konstanten Preisen aus dem Jahr 1990 operationalisiert. Die drei Variablen stammen aus dem Penn World Table 7.0 (Aten et al. 2012).

Aus der Kritik an der empirischen Anwendung des Solow-Modells heraus, erweiterten Mankiw, Romer und Weil (1992) das ursprüngliche Modell um Humankapital²⁸ als Inputfaktor, welcher sich komplementär zum Kapitalstock verhält. Sie konnten zeigen, dass auch Humankapital einen signifikanten positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung hat und bis dahin veröffentlichte Studien den Effekt des reinen Kapitalstocks auf die wirtschaftliche Entwicklung überschätzt hatten (Man-

²⁶ Die Kapitalintensität ist definiert durch den Quotient aus Kapital und Arbeit.

²⁷ Diese Methode impliziert eine geschlossene Volkswirtschaft. Nachfolgend wird der Öffnungsgrad zusätzlich thematisiert.

²⁸ Humankapital wird in diesem Zusammenhang als Wissensstock und produktive Fähigkeiten des Faktors Arbeit verstanden (Harms 2008: 201).

kiw et al. 1992: 408). Der Mechanismus, wie der Humankapitalstock das *Steady-State*-Einkommensniveau beeinflusst, ist dabei identisch zum physischen Kapitalstock. Humankapitalinvestitionen haben einen positiv sinkenden Grenzertrag. Höhere Investitionen in Humankapital erhöhen die Humankapitalintensität und somit das *Steady-State*-Einkommensniveau. Zudem wird der Grenzertrag von physischem Kapital und Humankapital im Modell jeweils von der Inputmenge des anderen Inputfaktors erhöht, was zu einer zusätzliche Dynamik führt, jedoch das grundlegende Ergebnis des Modells nicht verändert (ebd.: 416 f.).

Das Humankapital wird hier, Mankiw et al. folgend, mithilfe der sekundären Einschulungsquote, operationalisiert (1992: 418). Das Maß hat den Vorteil, dass es für vergleichsweise viele Länder verfügbar ist und genügend Varianz aufweist. Die primäre Einschulungsquote kommt beispielsweise nicht in Frage, da die primäre Schulbildung in einer großen Zahl von Ländern keine Besonderheit mehr darstellt und kaum Varianz besitzt. Zurückgegriffen wird auf Daten der World Development Indicators der Weltbank (World Bank 2012).

Größe des Landes und Öffnungsgrad der Volkswirtschaft Die Größe eines Landes und der Öffnungsgrad seiner Volkswirtschaft sind zwei weitere Kontrollvariablen, welche in der Studie verwendet werden. Aus konzeptioneller Sicht sprechen mehrere Argumente für die ökonomische Relevanz dieser Einflussfaktoren. Erstens profitieren große Länder von Skaleneffekten bei der Produktion öffentlicher Güter, wie beispielsweise Verteidigung. Je größer das Land, desto geringer ist beispielsweise der notwendige Beitrag jedes Einzelnen für die Finanzierung der Verteidigung des Landes. International gesehen werden größere Länder auch seltener von Kriegen heimgesucht, sodass in diesem Kontext Frieden als öffentliches Gut angesehen werden kann. Zweitens können größere Länder günstiger negative Externalitäten internalisieren, die regional auftreten. Als Beispiel kann hier die europäische Fischereipolitik dienen (Alesina et al. 2005: 1503). Drittens können größere Länder partielle ökonomische Schocks durch regionale Konjunkturprogramme besser abfedern. Ökonomische Schocks, die beispielsweise nur die Küste eines Landes heimsuchen, können durch Quersubventionen aus dem Landesinneren gedämpft werden. Viertens profitieren strukturschwache Regionen durch die Einkommensumverteilung innerhalb großer Länder. Beispiel kann hier der deutsche Länderfinanzausgleich sein. Fünftens profitieren größere Länder durch einen größeren Markt und bessere Spezialisierungsmöglichkeiten (ebd.: 1503f.). Das letzte Argument, welches insbesondere für den Öffnungsgrad anzuführen ist, ist, dass offene Märkte die Ausnutzung eines komparativen Kostenvorteils bei der Produktion

von Gütern ermöglichen (vgl. Obinger 2004: 34). Alesina et al. zeigen in einem intertemporalen Modell, dass das *Steady-State*-Einkommensniveau positiv von der Größe eines Landes und des Öffnungsgrads und negativ von dem Interaktionsterm beider Größen abhängt (2005: 1506 ff.). Die Überlegung hinter dem Vorzeichen des Interaktionsterms ist, dass größere Länder weniger stark von einer offenen Volkswirtschaft profitieren, da sie ohnehin einen höheren Grad der Arbeitsteilung haben als kleinere Länder. Die anschließende empirische Analyse bringt signifikante und robuste Ergebnisse hervor (ebd.: 1530).

Alesina et al. (ebd.) folgend wird die Größe eines Landes mit der logarithmierten Bevölkerungsgröße operationalisiert. Der Öffnungsgrad der Volkswirtschaft wird mit dem Öffnungsgrad pro Kopf zu konstanten Preisen des Jahres 2005 operationalisiert. Beide Variablen stammen aus dem Penn World Table 7.0 (Aten et al. 2012).

Größe des staatlichen Sektors Die Größe des staatlichen Sektors wird in der Ökonomie immer wieder als wachstumshemmender Einflussfaktor in den Raum gestellt (vgl. Agell et al. 1997; Föster/Henrekson 1999; Bergh/Henrekson 2011). Aus theoretischer Sicht existieren zwei grundlegende Ansichten über den Einfluss staatlicher Ausgaben auf das Wirtschaftswachstum: in der neoklassischen Solow-Welt ist das langfristige Wachstum im *Steady-State* ausschließlich exogen durch den technologischen Fortschritt getrieben. Staatliche Ausgaben beeinflussen somit nur die Höhe des Einkommens im *Steady-State* und damit lediglich die kurzfristige Wachstumsrate bis ein Land dorthin gelangt ist. In den Modellen der Neuen Wachstumstheorie ist das langfristige Wachstum endogen und Staatsausgaben haben über die Reallokation von Investitionsentscheidungen einen Einfluss auf die Wachstumsrate (Bergh et al. 2011: 873 f.). In Kapitel 2 wurde zudem verdeutlicht, dass Staatsausgaben durch den Einfluss von Interessengruppen einen negativen Effekt haben können. Insbesondere in politischen Systemen, in denen der Einfluss der Interessengruppen groß ist, werden Staatsausgaben einen negativen Effekt haben (vgl. 4.1). Die Größe des staatlichen Sektors wird mit der Staatsquote pro Kopf zu konstanten Preisen in 2005 operationalisiert (Aten et al. 2012).

6.2 Statistische Analyseverfahren

Die statistische Analyse der als Hypothesen formulierten Zusammenhänge erfolgt mittels multipler OLS-Regressionsanalysen. Das hat den Vorteil, dass für den Einfluss der verschiedenen ökonomischen Variablen kontrolliert werden kann, die im vorherigen Abschnitt bereits diskutiert wurden. Damit können diese Drittvariablen

als mögliche treibende Kräfte der Ergebnisse ausgeschlossen werden können. Gleichzeitig ermöglicht die große Fallzahl, mit welcher hier gearbeitet wird, kaum andere Untersuchungsmethoden. In der vorliegenden Arbeit kommt ein Regressionsmodell als Basismodell zum Einsatz. Im zweiten Schritt wird dieses Modell durch zwei Erweiterungen modifiziert. Die modifizierten Modelle dienen als Robustheitskontrolle der Ergebnisse des Basismodells. Das Basismodell kann allgemein formuliert werden als:

$$\varnothing \text{Pro-Kopf-Wachstum}_{i,t} = \beta_0 + \beta_1 \cdot \text{Defekte Demokratie}_{i,t} + \delta \cdot \mathbf{X} + \gamma \cdot \mathbf{R} + u_{i,t}$$

Die abhängige Variable spiegelt das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum über 5 Jahre von Land i in den Perioden 1990 bis 1994, 1995 bis 1999, 2000 bis 2004 und 2005 bis 2009, d. h. t nimmt jeweils die Werte 1990, 1995, 2000 und 2005 an. Die Dummy-Variable *Defekte Demokratie* basiert auf dem Index, welcher im vorangegangenen Teil konstruiert und diskutiert wurde. Die Kodierung erfolgt über eine Dominanzregel: Politische Regime, welche im jeweiligen Fünfjahresintervall überwiegend als defekt identifiziert wurden, werden als defekt, sonst jeweils als Autokratie oder Demokratie eingestuft.

Der geschätzte Koeffizient $\hat{\beta}_1$ drückt dabei ceteris paribus den Effekt einer defekten Demokratie auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in Prozentpunkten aus. Wenn dieser Koeffizient negativ und auf mindestens einem der drei gängigen Niveaus (ein, fünf und zehn Prozent) signifikant von null verschieden ist, kann die Hypothese, dass defekte Demokratien ein niedrigeres Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum gegenüber dem Referenzregime aufweisen, angenommen werden. Ist der geschätzte Koeffizient insignifikant, kann von keinem Unterschied ausgegangen werden.

Der \mathbf{X} -Vektor beinhaltet verschiedene Kombinationen aus den oben diskutierten Kontrollvariablen. Dabei wird bei den Variablen jeweils der Vorjahreswert des Beginns einer Periode verwendet, d. h. wenn der Anteil der Pro-Kopf-Investitionen in die Regression eingeschlossen wird, dann wird der Wert der Variable für 1989 als erklärende Variable für das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum von 1990 bis 1994 verwendet. Zwei Ausnahmen werden dabei gemacht: für das Ausgangsniveau des Bruttoinlandsprodukts wird der logarithmierte Ausgangswert im Jahr 1990 verwendet. Die Ursache für diese Abweichung ist, dass für das Jahr 1989 für viele gerade osteuropäische Länder keine Daten verfügbar sind und Beobachtungen wegfallen würden, wenn der Wert für das Jahr 1989 verwendet werden würde. Bei dem Bevölkerungswachstum wird der Periodendurchschnitt verwendet. Diese Abweichung wird damit begründet, dass, ähnlich dem Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, der Trend des Bevölkerungswachstums von Interesse ist und nicht einzelne

Jahreswerte, die womöglich unter oder über dem Trend liegen. Der Vorteil in der Verwendung der Lags der unabhängigen Variablen ist, dass Simultanität bzw. umgekehrte Kausalität in den Zusammenhängen ausgeschlossen werden können, da de facto untersucht wird, wie sich eine Veränderung einer Variable im Jahr $t-1$ auf das durchschnittliche Wirtschaftswachstum pro Kopf in den folgenden fünf Jahren auswirkt. Somit kann nicht geschlussfolgert werden, dass beispielsweise hohes Wachstum im Jahr 1990 automatisch zu einer höheren Pro-Kopf-Investitionsquote im selben Jahr führt und somit Simultanität vorliegt.

Der Regionen-Vektor \mathbf{R} umfasst sieben Dummy-Variablen und berücksichtigt somit acht Weltregionen.^{29,30} Die Idee dahinter ist, dass regionsspezifische Effekte über Dummies abgefangen werden, sodass für einen potentiellen Verzerrungsfaktor kontrolliert wird.

Dieses Basismodell wird zweimal erweitert um für mögliche potentielle Probleme zu kontrollieren: Autokorrelation und Periodeneffekte. In der ersten Erweiterung des Basismodells wird der erste Lag der abhängigen Variablen hinzugefügt. Diese Erweiterung ermöglicht die Kontrolle für Autokorrelation erster Ordnung. Wenn der geschätzte Koeffizient des Lags signifikant ist, dann kann davon ausgegangen werden, dass Autokorrelation vorliegt. Dieses Modell wird als Robustheitscheck verwendet, um Autokorrelation als mögliche Ursache für die Befunde auszuschließen. Eine zweite Erweiterung ist der Einschluss von drei Periodendummies in dem Basismodell.³¹ Damit soll ein weiterer Robustheitscheck gegeben werden, bei dem für Periodeneffekte kontrolliert wird. Der Gedanke dahinter ist, dass eine strukturelle Veränderung, z.B. das Platzen der Dotcom-Blase zu Beginn des neuen Jahrtausends, einen Effekt auf den langfristigen Wachstumstrend hat und somit einen Teil der Variation gegenüber den anderen Perioden erklären kann. Grafisch gesprochen wird für jede Periode eine OLS-Regressionsgerade mit eigenem Achsenabschnitt geschätzt. Abbildung 6.1 deutet darauf hin, dass Periodeneffekte vorliegen könn-

²⁹ Afrika, Nordamerika, Südamerika, Westeuropa, Zentraleuropa, Skandinavien, Mittlerer Osten, Asien

³⁰ Wenn alle acht Dummy-Variablen in die Regression eingeschlossen werden, dann entsteht das Problem der perfekten Multikollinearität. Das führt dazu, dass eine der Dummies per Zufall aus der Regression ausgeschlossen wird. Dem wird vorgebeugt indem eine Region ausgelassen wird und somit als Bezugs-kategorie bei der Interpretation der restlichen Dummies dient. In den Schätzungen zum Vergleich von Autokratie und defekter Demokratie werden fünf von sechs Dummies eingeschlossen. Grund dafür ist, dass der Skandinavien-Dummy und Westeuropa-Dummy wegfallen, da in diesen Regionen keine defekten Demokratien bzw. Autokratien im Beobachtungszeitraum vorzufinden sind. Bei den Schätzungen mit defekten Demokratien und Demokratien im Sample wurde der Nordamerika-Dummy, bei den Schätzungen mit defekten Demokratien und Autokratien im Sample wurde der Asien-Dummy, weggelassen.

³¹ Insgesamt liegen vier Perioden vor und somit potentiell vier Periodendummies. Aufgrund nicht-perfekter Multikollinearität können nur drei Dummies eingeschlossen werden (D1995, D2000, D2005). Der Dummy für das Jahr 1990 wird ausgelassen (D1990).

ten. Im ersten Quartil war das durchschnittliche Pro-Kopf-Wachstum niedriger als in den folgenden Quartilen. Im letzten Quartil wiederum ist ein abermaliger Anstieg zu erkennen. Diese treppenartige Entwicklung ist ein Hinweis auf Periodeneffekte, für die somit kontrolliert werden sollte.

Die Prüfung der Effekte von Staatsausgaben sowie öffentlichen Gütern wird mittels Erweiterung des Basismodells mit Interaktionstermen durchgeführt. Für die Untersuchung des Effekts einer Erhöhung der Pro-Kopf-Staatsquote wird ein Interaktionsterm der Pro-Kopf-Staatsquote mit dem Defekte-Demokratie-Dummy gebildet. Das Basismodell wird somit erweitert zu:

$$\begin{aligned} \varnothing \text{Pro-Kopf-Wachstum}_{i,t} = & \\ & \beta_0 + \beta_1 \cdot \text{Defekte Demokratie}_{i,t} + \beta_2 \cdot \text{Pro-Kopf-Staatsquote}_{i,t-1} \\ & + \beta_3 \cdot \text{Defekte Demokratie}_{i,t} \cdot \text{Pro-Kopf-Staatsquote}_{i,t-1} + \delta \cdot \mathbf{X} + \gamma \cdot \mathbf{R} + u_{i,t} \end{aligned}$$

Die Interaktionsvariable wird hierbei auf dem Mittelwert zentriert, damit die Interpretation sinnvoll erfolgen kann. Der geschätzte Koeffizient $\hat{\beta}_2$ spiegelt den durchschnittlichen Effekt eines Anstiegs der Staatsausquote um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum im Referenzregime ceteris paribus wieder.³² Die Linearkombination der geschätzten Koeffizienten $\hat{\beta}_2 + \hat{\beta}_3$ drückt den Gesamteffekt eines Anstiegs der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt in defekten Demokratien ceteris paribus aus. Schließlich drückt der geschätzte Koeffizient $\hat{\beta}_2$ den zusätzlichen durchschnittlichen Effekt eines Anstiegs der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt über den Durchschnitt auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien im Vergleich zum Referenzregime ceteris paribus aus.

Die Nullhypothese, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien im Allgemeinen einen negativen Effekt auf das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum haben, kann angenommen werden, wenn die Linearkombination aus $\hat{\beta}_2 + \hat{\beta}_3$ negativ und signifikant von Null auf dem 1-, 5- oder 10-Prozent-Niveau verschieden ist. Mittels eines t-Test des geschätzten Koeffizienten $\hat{\beta}_3$ kann gleichzeitig mit diesem Modell auch geprüft werden, ob der zusätzliche Effekt der Staatsausgaben in defekten Demokratien gegenüber dem Referenzregime ebenfalls auf den drei gängigen Niveaus signifikant von Null verschieden ist.

Das angewendete Verfahren birgt mehrere Probleme, die kurz diskutiert werden müssen. Als erstes muss die geringe Fallzahl benannt werden. Mit 178 Ländern, für die Daten in der notwendigen Fülle vorhanden sind, bewegt sich diese Arbeit an der

³² Das Referenzregime ist liberale, rechtsstaatliche Demokratie oder Autokratie.

oberen Grenze des Möglichen. Da defekte Demokratien separiert mit Demokratien bzw. Autokratien verglichen werden, verringert sich die Anzahl der Länder pro geschätzter Regression jedoch abermals auf ca. 100 bis 115 pro Regression. Durch das gewählte Paneldesign kann die Fallzahl zwar auf maximal das Vierfache angehoben werden, jedoch bleibt die Anzahl der Länder de facto gleich. Die Korrektur der Standardfehler mittels Clustering berücksichtigt dieses Problem. Geringe Fallzahlen führen ebenfalls zu unpräzisen Schätzungen und grundsätzlich zu größeren Standardfehler. Die Folge ist, dass Koeffizienten insignifikant werden und Hypothesen unter Umständen zu Unrecht verworfen werden. Aus diesem Grund werden auch schwache Signifikanzen (10 %) bei der Hypothesenprüfung akzeptiert.

Ein zweites Problem geht aus der Struktur der Daten hervor. Auf der Länderebene ist die Datenstruktur durch starke Korrelationen geprägt. Die Korrelationsmatrix der verwendeten Variablen zeigt, dass insbesondere zwischen einigen Kontrollvariablen hohe Korrelationen herrschen und der reine Effekt einer einzelnen Variablen schwer nachzuweisen ist (vgl. Anhang, Tab. A.8 - A.12). Beispielsweise beträgt die Korrelation zwischen dem logarithmierten Pro-Kopf-BIP 1990 und der Einschulungsquote im Subsample von defekten Demokratien und liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien 0,819 (vgl. Anhang, Tab. A.9). Im Subsample von defekten Demokratien und Autokratien beträgt die Korrelation immerhin 0,761 (vgl. Anhang, Tab. A.10). Aus diesem Grund werden bei der empirischen Untersuchung einzelne Kontrollvariablen in Kombinationen nach und nach in die Spezifikationen eingeschlossen, um das Zusammenspiel der unterschiedlichen Variablen mit der Politikvariablen aufzuzeigen. Gleichzeitig wird auf F-Tests für die gemeinsame Signifikanz korrelierter Variablen, welche einzeln insignifikant sind, zurückgegriffen. Problematisch bleibt die Korrelationsstruktur insbesondere im Falle mehrerer Variablen, welche miteinander korreliert und eine oder mehrere davon einzeln signifikant sind. In diesem Fall hilft der F-Test auf gemeinsame Signifikanz bedingt, da meist die einzelne Signifikanz eines Koeffizienten ausreicht, damit auch mehrere Koeffizienten gemeinsam signifikant sind.

Im Folgenden wird der Zusammenhang des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums zunächst zwischen defekten Demokratien und liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien untersucht. Dabei wird wie folgt vorgegangen: Zunächst wird die erste Hypothese geprüft. Dabei werden erst zehn Spezifikationen mit dem Basismodell geschätzt und diskutiert. Im Anschluss werden diese Spezifikationen zwei weitere Male mit den Erweiterungen des Basismodells geschätzt und mit den Ergebnissen des Basismodells verglichen. Um die langfristige Robustheit der Resultate zu prüfen werden diese Spezifikationen zusätzlich mit dem durchschnittlichem

Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum über zehn Jahre mit dem Basismodell und letztlich mit einem Periodendummy geschätzt.

Die Hypothesen über den Effekt und Effekt-Unterschied der Staatsausgaben werden wie folgt geprüft: Zunächst werden erneut neun Spezifikationen mit dem Basismodell geschätzt. Anschließend werden die Resultate mit den Schätzungen des Basismodells mit einem Lag der abhängigen Variablen und schließlich mit Periodendummies auf Robustheit überprüft. Bei dem Test der Hypothesen über den Zusammenhang von Autokratie und defekter Demokratie wird der gleiche Algorithmus angewandt.

6.3 Defekte Demokratie und Demokratie

Nachdem das statistische Analyseverfahren vorgestellt wurde, beginnt im folgenden Abschnitt die empirische Analyse der aufgestellten Hypothesen über den Unterschied des Wirtschaftswachstums und des Effekts der Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien im Vergleich zu Demokratien. Als erstes wird die Hypothese über den direkten Zusammenhang geprüft. Im zweiten Unterabschnitt folgt die Prüfung der Hypothese des Effekts und Effekt-Unterschieds der Staatsausgaben.

6.3.1 Wirtschaftswachstum und defekte Demokratie

Zuerst wird der direkte Effekt defekter Demokratien auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum mit dem Basis-Regressionsmodell, welches in Abschnitt 6.2 vorgestellt wurde, geschätzt. In Tabelle 6.1 werden die Ergebnisse für zehn Spezifikationen mit bis zu 122 Ländern zusammengefasst. Da in allen zehn Spezifikationen die Regionen-Dummies auf dem 1- bzw. 5-Prozent-Niveau gemeinsam signifikant sind (vgl. Tab. 6.1), lässt sich die Schätzung mit Regionaleffekten rechtfertigen.

Zunächst kann folgende Beobachtung gemacht werden: der Defekte-Demokratie-Dummy ist in drei dieser Spezifikationen auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden (Spez. (6), (8) und (10)). In weiteren sechs Spezifikationen ist er auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant. Lediglich in Spezifikation (2) ist der geschätzte Koeffizient insignifikant auf dem 10-Prozent-Niveau. Der geschätzte Koeffizient schwankt in den neun Spezifikationen, in denen er signifikant ist, zwischen -0,765 und -1,086. Für Spezifikation (10) bedeutet das, dass defekte Demokratien im Schnitt ein um 1,086 Prozentpunkte geringeres durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum haben. In Spezifikation (2) beträgt der geschätzte Koeffizient -0,421 und ist damit im Betrag in etwa halb so groß, wie in den restlichen Spezifikationen. Eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Spezifikationen bringt weitere Erkenntnisse insbesondere über die Schwankungen des geschätzten Koeffizienten defekter Demokratien.

In den Spezifikationen (1) bis (5) werden die Variablen aus dem Solow-Modell in verschiedenen Kombinationen hinzugefügt. In Spezifikation (1) ist der Effekt defekter Demokratien signifikant (5%). Wird das logarithmierte Pro-Kopf-BIP aus dem Jahr 1990³³ aus der Regression ausgeschlossen, dann halbiert sich der geschätzte

³³ Um den Lesefluss zu erleichtern wird im weiteren Verlauf das logarithmierte Pro-Kopf-BIP aus dem Jahr 1990 als Ausgangsniveau des BIPs bezeichnet.

Tab. 6.1: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demokratien
(Basismodell)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Defekte Demokratie	-0,931** (0,4317)	-0,421 (0,3587)	-1,038** (0,4205)	-0,879** (0,3700)	-0,864** (0,3751)	-1,041*** (0,3932)	-0,765** (0,3725)	-0,995*** (0,3707)	-0,913** (0,3827)	-1,086*** (0,3937)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,416 (0,2855)		-0,854*** (0,2769)	-0,861*** (0,2657)	-0,844*** (0,2711)	-0,921*** (0,2798)	-0,904*** (0,2272)	-0,946*** (0,2261)	-0,875*** (0,2686)	-1,039*** (0,2538)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,021 (0,0198)		0,028 (0,0188)	0,027 (0,0193)	0,035* (0,0187)	0,013 (0,0204)	0,020 (0,0199)	0,028 (0,0188)	0,019 (0,0195)
Einschulungsquote		0,008 (0,0080)	0,023*** (0,0086)	0,021** (0,0086)	0,017 (0,0119)	0,020** (0,0081)	0,022*** (0,0081)	0,022*** (0,0074)	0,021** (0,0087)	0,020* (0,0111)
Bevölkerungswachstum					-0,193 (0,4469)					-0,103 (0,4334)
Pro-Kopf-Staatsquote						-0,047* (0,0277)				-0,051* (0,0278)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,012*** (0,0039)	0,049*** (0,0135)		0,047*** (0,0145)
log(Bev.Gr.)								0,523*** (0,1415)		0,388** (0,1498)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,004** (0,0017)		-0,004** (0,0018)
GUS									1,110* (0,6008)	1,193* (0,6783)
Afrika	-0,274 (0,8277)	0,911* (0,5401)	-0,308 (0,7606)	-0,566 (0,7855)	-0,523 (0,8084)	-0,525 (0,8495)	-1,011 (0,7699)	-0,145 (0,8201)	-0,592 (0,7932)	-0,525 (0,8319)
Asien	0,340 (0,5528)	1,444*** (0,4450)	0,678 (0,5126)	0,391 (0,5309)	0,394 (0,5294)	0,699 (0,5207)	0,093 (0,5246)	0,662 (0,4949)	0,378 (0,5327)	0,680 (0,4892)
Zentraleuropa	1,608*** (0,4432)	2,600*** (0,4089)	1,470*** (0,4839)	1,384*** (0,4743)	1,125 (0,7338)	1,534*** (0,4977)	0,885* (0,5043)	1,669*** (0,5145)	1,324*** (0,4962)	1,313 (0,8000)
Südamerika	0,622 (0,4350)	1,207*** (0,3956)	0,619 (0,4213)	0,414 (0,4808)	0,376 (0,4628)	0,582 (0,5099)	-0,070 (0,5061)	0,788 (0,5730)	0,404 (0,4836)	0,497 (0,5489)
Skandinavien	0,289 (0,1895)	0,041 (0,2414)	-0,083 (0,2872)	-0,085 (0,2796)	-0,126 (0,3032)	0,073 (0,2865)	-0,352 (0,3669)	0,801* (0,4494)	-0,083 (0,2816)	0,528 (0,4516)
Naher Osten	0,958** (0,3721)	1,240*** (0,4439)	1,063** (0,4774)	0,943* (0,4843)	1,082** (0,5129)	1,084** (0,4251)	0,762 (0,6221)	1,382*** (0,4431)	0,950* (0,4929)	1,363*** (0,4567)
Westeuropa	0,466* (0,2376)	0,373 (0,2654)	0,323 (0,2876)	0,261 (0,2889)	0,214 (0,3160)	0,326 (0,3026)	-0,267 (0,3325)	0,226 (0,2893)	0,260 (0,2904)	0,049 (0,3236)
Konstante	5,587* (2,8709)	0,226 (0,7369)	7,859*** (2,5832)	7,484*** (2,3674)	7,917*** (2,3837)	8,399*** (2,5663)	7,588*** (2,1375)	2,166 (2,6934)	7,621*** (2,4045)	5,445* (2,9817)
Länder	116	122	115	115	115	115	115	115	115	115
Regionen-Signifikanz ^b	0,000	0,000	0,007	0,008	0,012	0,002	0,020	0,001	0,013	0,000
Beobachtungen	402	391	374	374	374	374	374	374	374	374
R ²	0,038	0,075	0,080	0,089	0,091	0,102	0,116	0,143	0,089	0,156
korrigiertes R ²	0,016	0,051	0,055	0,061	0,061	0,073	0,086	0,110	0,059	0,115

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Nordamerika.

Koeffizient auf -0,421 und ist nicht einmal mehr auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant. Der Einschluss der Einschulungsquote und der Pro-Kopf-Investitionsquote scheint wirkungslos zu bleiben, da beide geschätzten Koeffizienten einzeln und gemeinsam insignifikant bleiben.³⁴ Der Einschluss des Ausgangsniveaus des BIPs in Spezifikation (3) zeigt, dass sowohl die Einschulungsquote, als auch das Ausgangsniveau des BIPs ausgelassen Variablen darstellen. Defekte Demokratien haben nun ein im Schnitt um 1,038 Prozentpunkte niedrigeres durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum *ceteris paribus*. Gleichzeitig sind sowohl die Einschulungsquote, als auch das Ausgangsniveau des BIPs auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Die hohe Korrelation zwischen der Einschulungsquote und des Ausgangsniveaus des BIPs in Höhe von 0,819 (vgl. Tab. A.9) verdeutlicht, dass der Effekt des Ausgangsniveaus nach oben verzerrt ist, wenn die Einschulungsquote als Kontrollvariable ausgelassen wird. Der Einschluss der Pro-Kopf-Investitionsquote in Spezifikation (4) verbessert leicht das korrigierte R^2 um 0,06 auf 0,061 und lässt den geschätzten Koeffizienten defekter Demokratien auf -0,879 steigen. Angesichts der negativen Korrelation zwischen der Pro-Kopf-Investitionsquote und dem Defekte-Demokratie-Dummy (-0,258; vgl. Tab. A.9) deutet das auf eine Verzerrung des Effekts defekter Demokratien nach unten hin, denn beide Variablen sind auch mit der abhängigen Variablen korreliert (vgl. Tab. A.9). Der Einschluss des Bevölkerungswachstums in Spezifikation (5) schließlich führt zu keiner Veränderung des geschätzten Koeffizienten defekter Demokratien, lässt jedoch die geschätzten Effekte der Einschulungsquote und der Pro-Kopf-Investitionsquote insignifikant werden. Gemeinsam sind die drei Variablen auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden, was auf nicht-perfekte Multikollinearität hindeutet.³⁵ Da der Fit der Schätzung in Spezifikation (5) keine Veränderung gegenüber der Regression ohne Bevölkerungswachstum aufweist, wird die zum theoretischen Framework des Solow-Modells gehörende Variable, ausgeschlossen.

Bis hierhin wurden damit drei Kontrollvariablen identifiziert, die ausgelassene Variablen darstellen und dessen Ausschluss zu einer Verzerrung des Effekts defekter Demokratien auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum führen. In den Spezifikationen (6) bis (9) werden, aufbauend auf Spezifikation (4), vier weitere Variablen, welche in Abschnitt 6.1.2 vorgestellt wurden, eingeschlossen. In Spezifikation (6) führt der Einschluss der Pro-Kopf-Staatsquote dazu, dass der geschätzte Unterschied des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums zwischen Demokratien und defekten Demokratien im Betrag größer wird und an Signifikanz hin-

³⁴ F-Test auf gemeinsame Signifikanz: $F(2, 121) = 1,58$; p-Wert = 0,211

³⁵ F-Test auf gemeinsame Signifikanz: $F(3, 114) = 3,35$; p-Wert = 0,022

zugewinnt (1%-Niveau). Damit haben in dieser Spezifikation defekte Demokratien ein im Schnitt um 1,041 Prozentpunkte niedrigeres durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum als Demokratien *ceteris paribus*. Der geschätzte Koeffizient der Pro-Kopf-Investitionsquote ist ebenfalls signifikant von Null verschieden auf dem 10-Prozent-Niveau. Der Effekt eines Anstiegs der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt *ceteris paribus* ist auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant.

Spezifikationen (7) und (8) zeigen die geschätzten Effekte des Pro-Kopf-Öffnungsgrades, der logarithmierten Bevölkerungsgröße und des Interaktionsterms aus beiden. Der Interaktionsterm drückt den Effekt der logarithmierten Landesgröße auf den Effekt des Pro-Kopf-Öffnungsgrades auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum. Die Intuition dahinter ist, dass größere Länder einen geringeren Vorteil von Außenhandel haben. Grund dafür ist, dass die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung in größeren Ländern unabhängig von Außenhandel größer und der Effekt des Pro-Kopf-Öffnungsgrades geringer ist. Wird für den Pro-Kopf-Öffnungsgrad kontrolliert, dann steigt der geschätzte Wachstumsunterschied defekter Demokratien auf -0,765 Prozentpunkte *ceteris paribus*. Der Effekt des Öffnungsgrades ist auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Wird für die logarithmierte Bevölkerungsgröße und dem Interaktionsterm der beiden kontrolliert, dann sinkt der geschätzte Wachstumsunterschied zwischen beiden politischen Systemen im Schnitt auf -0,995 Prozentpunkte *ceteris paribus*. Der Pro-Kopf-Öffnungsgrad hat weiterhin einen signifikanten Effekt auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum (1%), der geschätzte Koeffizient vervierfacht sich von 0,012 auf 0,049 von Spezifikation (7) zu Spezifikation (8), was auf das Problem ausgelassener Variablen hindeutet. Die Korrelation zwischen der logarithmierten Bevölkerungsgröße und dem Pro-Kopf-Öffnungsgrad beträgt -0,587 und verstärkt die Zweifel, dass Spezifikation (7) fehlspezifiziert ist. Beide Variablen sind mit der abhängigen Variablen korreliert (vgl. A.9). Die logarithmierte Bevölkerungsgröße ist ein signifikanter Erklärungsfaktor (1%). Der Interaktionsterm beider Variablen, welcher als Effekt der logarithmierten Bevölkerungsgröße auf den Effekt des Pro-Kopf-Öffnungsgrades interpretiert werden kann, ist auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant. Die drei Koeffizienten sind ebenfalls gemeinsam auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden.³⁶ Der Erklärungsgehalt steigt von 0,061 in Spezifikation (4) auf 0,110 in (8).

In Spezifikation (9) wird schließlich für Wachstumseffekte durch den Zerfall der ehemaligen Sowjetunion kontrolliert. Der Dummy für die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ist auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant.

³⁶ F-Test auf gemeinsame Signifikanz: $F(3, 114) = 9,56$; p-Wert = 0,000

Der Einschluss dieser Kontrollvariable lässt den Effekt defekter Demokratien auf die abhängige Variable nahezu unverändert. In Spezifikation (10) werden schließlich alle Kontrollvariablen eingeschlossen, damit sichergestellt wird, dass durch die Einschluss-Systematik nicht Variablen fälschlicherweise ausgelassen wurden. Die Befunde bleiben alle bestehen und der Pro-Kopf-Wachstumsunterschied zwischen defekten und nicht-defekten Demokratien liegt im Schnitt bei -1,086 Prozentpunkten *ceteris paribus* zu Gunsten nicht-defekter Demokratien.

Die Schätzungen mit dem Basismodell konnten bisher die Hypothese, dass defekte Demokratien ein signifikant niedrigeres Wirtschaftswachstum aufweisen, bestätigen. Der Unterschied war in neun von zehn Spezifikationen mindestens auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Spezifikation (2) stellte sich als fehlspezifiziert heraus, sodass die Insignifikanz des Unterschieds die Geltungskraft der Aussage nicht schmälert. Von einem robusten Zusammenhang kann allerdings noch nicht gesprochen werden. Zwei potentielle Probleme wurden bisher nicht berücksichtigt: Autokorrelation und Periodeneffekte. In Tabelle 6.2 werden die Ergebnisse der Schätzungen, mit dem um den Lag der abhängigen Variablen erweiterten Basismodells, zusammengefasst.

Der Lag der abhängigen Variablen ist lediglich in Spezifikation (1) auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. In den weiteren Spezifikationen ist der geschätzte Koeffizient insignifikant auf dem 10-Prozent-Niveau und vom Betrag her nahe Null. Damit scheint kein Problem der Autokorrelation vorzuliegen. Die Befunde durch die Schätzungen von Tabelle 6.1 verändern sich lediglich geringfügig. Der geschätzte Pro-Kopf-Wachstumsunterschied zwischen defekten und nicht-defekten Demokratien ist in sieben der zehn Spezifikationen mindestens auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden und negativ. In diesen Spezifikationen schwankt der geschätzte Koeffizient defekter Demokratien zwischen -0,732 und -1,077. Zusätzlich zur bereits diskutierten Spezifikation (2) kommen nun die Spezifikationen (1) und (7), in denen der geschätzte Unterschied insignifikant ist, hinzu. In Spezifikation (1) wird neben den Regionen lediglich für das Ausgangsniveau des BIPs kontrolliert. Durch den Einschluss der Einschulungsquote in Spezifikation (3) kann vermutet werden, dass in Spezifikation (1) das Problem ausgelassener Variablen vorliegt. Die geschätzten Koeffizienten der Einschulungsquote, des Ausgangsniveaus des BIPs und der Defekte-Demokratie-Dummy werden auf gängigen Niveaus einzeln signifikant. Sowohl das Ausgangsniveau des BIPs, als auch die Einschulungsquote sind stark mit dem Defekte-Demokratie-Dummy korreliert (-0,481 bzw. -0,437; vgl. Tab. A.9). Alle drei Variablen sind, wenn auch schwach, ebenfalls mit der abhängigen Variablen korreliert, sodass das Problem ausgelassener

Tab. 6.2: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demokratien
(Basismodell mit Lag)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Lag abh. Variable ^b	0.139** (0,0610)	0,094 (0,0773)	0,094 (0,0723)	0,072 (0,0845)	0,069 (0,0793)	0,051 (0,0792)	0,061 (0,0813)	0,046 (0,0747)	0,077 (0,0850)	0,031 (0,0665)
Defekte Demokratie	-0,582 (0,4265)	-0,128 (0,3855)	-0,837* (0,4713)	-0,740* (0,4138)	-0,732* (0,4169)	-0,923** (0,4485)	-0,649 (0,4148)	-0,900** (0,4194)	-0,838** (0,4114)	-1,077** (0,4352)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,368 (0,2585)		-0,793*** (0,2685)	-0,810*** (0,2715)	-0,798*** (0,2770)	-0,880*** (0,2965)	-0,858*** (0,2375)	-0,914*** (0,2399)	-0,851*** (0,2669)	-1,045*** (0,2682)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,018 (0,0231)		0,023 (0,0228)	0,022 (0,0230)	0,031 (0,0232)	0,010 (0,0232)	0,018 (0,0227)	0,024 (0,0226)	0,020 (0,0221)
Einschulungsquote		0,008 (0,0077)	0,021** (0,0081)	0,020** (0,0082)	0,017 (0,0118)	0,019** (0,0079)	0,021*** (0,0076)	0,021*** (0,0071)	0,020** (0,0082)	0,020* (0,0111)
Bevölkerungswachstum					-0,157 (0,4340)					-0,069 (0,4239)
Pro-Kopf-Staatsquote						-0,044 (0,0272)				-0,050* (0,0271)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,012*** (0,0039)	0,051*** (0,0141)		0,048*** (0,0147)
log(Bev.Gr.)								0,548*** (0,1510)		0,401*** (0,1500)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,004** (0,0017)		-0,004** (0,0017)
GUS									6,396*** (0,6184)	6,370*** (0,7457)
Afrika	-0,233 (0,7298)	0,880* (0,5280)	-0,264 (0,7143)	-0,481 (0,8091)	-0,450 (0,8270)	-0,471 (0,8720)	-0,916 (0,8060)	-0,040 (0,8450)	-0,571 (0,8083)	-0,531 (0,8555)
Asien	0,282 (0,4777)	1,322*** (0,4244)	0,619 (0,4694)	0,400 (0,5155)	0,401 (0,5153)	0,679 (0,4982)	0,115 (0,5086)	0,695 (0,4993)	0,343 (0,5108)	0,651 (0,4798)
Zentraleuropa	1,652*** (0,4758)	2,672*** (0,4759)	1,401*** (0,5060)	1,339*** (0,5096)	1,129 (0,7466)	1,460*** (0,5328)	0,871 (0,5418)	1,675*** (0,5838)	1,124** (0,4716)	1,184 (0,7861)
Südamerika	0,595 (0,3857)	1,138*** (0,3823)	0,602 (0,3906)	0,439 (0,4823)	0,407 (0,4665)	0,585 (0,5013)	-0,022 (0,5138)	0,852 (0,5788)	0,399 (0,4824)	0,513 (0,5525)
Skandinavien	0,245 (0,1660)	0,016 (0,2383)	-0,080 (0,2674)	-0,082 (0,2649)	-0,116 (0,2871)	0,062 (0,2750)	-0,334 (0,3463)	0,861* (0,4651)	-0,074 (0,2684)	0,576 (0,4497)
Naher Osten	0,791*** (0,2495)	0,969*** (0,3487)	0,956** (0,3949)	0,878** (0,4110)	0,994** (0,4593)	1,023*** (0,3762)	0,715 (0,5517)	1,365*** (0,3981)	0,891** (0,4320)	1,327*** (0,4414)
Westeuropa	0,364* (0,2053)	0,310 (0,2521)	0,265 (0,2625)	0,228 (0,2671)	0,192 (0,2966)	0,298 (0,2814)	-0,263 (0,3128)	0,260 (0,3016)	0,222 (0,2693)	0,074 (0,3230)
Konstante	4,852* (2,6344)	0,098 (0,7215)	7,263*** (2,5645)	7,063*** (2,4126)	7,431*** (2,4104)	8,022*** (2,7123)	7,230*** (2,2106)	1,665 (2,7625)	7,461*** (2,3827)	5,283* (2,9834)
Länder (Cluster)	116	121	115	115	115	115	115	115	115	115
Regionen-Signifikanz ^c	0,000	0,000	0,012	0,016	0,012	0,004	0,035	0,002	0,024	0,000
Beobachtungen	395	379	368	368	368	368	368	368	368	368
R ²	0,056	0,091	0,085	0,091	0,092	0,102	0,115	0,144	0,104	0,167
korrigiertes R ²	0,032	0,064	0,057	0,060	0,059	0,069	0,082	0,108	0,072	0,124

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b Durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in der Vorperiode.

^c P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Nordamerika.

sener Variablen sehr wahrscheinlich vorliegt.³⁷ Damit muss die Aussage über den Wachstumsunterschied zwischen beiden Systemen nicht in Frage gestellt werden.

In Spezifikation (7) ist der Wachstumsunterschied zwischen defekten und nicht-defekten Demokratien ebenfalls insignifikant. Auch hier stellt sich die Frage, ob ein Anzeichen für fehlende Persistenz des Wachstumsunterschieds vorliegt. Ein Vergleich von Spezifikation (7) und (8) deutet jedoch, wie bereits oben diskutiert, auf eine Fehlspezifikation hin. Der Einschluss von logarithmierter Bevölkerungsgröße und Interaktionsterm mit dem Pro-Kopf-Öffnungsgrad lässt den geschätzten Effekt defekter Demokratien von -0,649 auf -0,9 sinken und auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden werden. Gleichzeitig wird der geschätzte Koeffizient des Pro-Kopf-Öffnungsgrades erneut im Betrag mehr als viermal so groß. Die zwei Variablen und der gemeinsame Interaktionsterm sind einzeln und gemeinsam auf allen gängigen Niveaus signifikant von Null verschieden.³⁸ Damit kann auch Spezifikation (7) aufgrund der Fehlspezifikation als Argument gegen die Robustheit des Wachstumsunterschieds abgelehnt werden.

Die weiteren Befunde bleiben weitestgehend bestehen. Einschulungsquote, Pro-Kopf-Investitionen und Bevölkerungswachstum bleiben weiterhin auf dem 5-Prozent-Niveau gemeinsam signifikant von Null verschieden in Spezifikation (5).³⁹ Der geschätzte Koeffizient der Pro-Kopf-Staatsquote verliert in Spezifikation (6) die Signifikanz, in Spezifikation (10) ist er jedoch weiterhin auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant. Der GUS-Dummy gewinnt durch die Kontrolle für den Lag der abhängigen Variablen im Betrag und ist signifikant (1%). Allerdings ist der geschätzte Koeffizient aufgrund wegfallender Beobachtungen mit Vorsicht zu interpretieren. Die Regionen-Dummies bleiben weiterhin auf mindestens 5-Prozent-Niveau gemeinsam signifikant von null verschieden (vgl. Tab. 6.2).

Damit kann auch unter Kontrolle für Autokorrelation der negative Effekt defekter Demokratien auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum bestätigt werden. Laut Spezifikation (10) haben defekte Demokratien ein um im Schnitt 1,077 Prozentpunkte niedrigeres Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum als nicht-defekte Demokratien *ceteris paribus*. Damit bleibt der Unterschied persistent. Im nächsten Schritt werden die Spezifikationen mit dem Basismodell erweitert um Periodeneffekte geschätzt, um auch für dieses potentielle Problem zu kontrollieren. Tabelle 6.3 umfasst erneut die Ergebnisse der zehn Spezifikationen, diesmal mit Periodeneffek-

³⁷ Die Korrelation zwischen der abhängigen Variablen und der Einschulungsquote liegt bei 0,099. Die gemeinsame Korrelation mit dem Ausgangsniveau des BIPs liegt bei -0,029 und mit dem Defekte-Demokratie-Dummy bei -0,030 (vgl. Tab. A.9).

³⁸ F-Test auf gemeinsame Signifikanz: $F(3, 114) = 8,60$; p-Wert = 0,000

³⁹ F-Test auf gemeinsame Signifikanz: $F(3, 114) = 2,72$; p-Wert = 0,048

ten.

Die Ergebnisse zeigen, dass auch unter der Kontrolle für Periodeneffekte der Wachstumsunterschied persistent bleibt. Der Unterschied ist erneut über neun der zehn Spezifikationen hinweg auf mindestens 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Lediglich in der bereits oben diskutierten Spezifikation (2) ist der Unterschied der durchschnittlichen Wachstumsraten nicht signifikant auf dem 10-Prozent-Niveau. In den restlichen Spezifikationen bewegt sich der geschätzte Unterschied im Intervall zwischen -0,779 und -1,088. In Spezifikation (10) beträgt der Wachstumsunterschied zwischen Demokratien und nicht-defekten Demokratien 1,088 Prozentpunkte *ceteris paribus*. Die Perioden-Dummies sind in den Spezifikationen (8) und (10) gemeinsam insignifikant auf dem 10-Prozent-Niveau. In den restlichen acht Spezifikationen sind sie mindestens auf dem 10-Prozent-Niveau gemeinsam signifikant (vgl. Tab. 6.3). Im Vergleich zu den Ergebnissen des Basismodells fallen zwei weitere Unterschiede auf: Neben dem GUS-Dummy verliert auch der geschätzte Koeffizient der Einschulungsquote an Signifikanz. Während der geschätzte Koeffizient der Einschulungsquote im Basismodell in sieben Spezifikationen mindestens auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant war, ist er hier in lediglich zwei Spezifikationen signifikant (10%).

Zum Schluss wurden die diskutierten Spezifikationen mit dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum über die beiden Zeiträume 1990 bis 1999 und 2000 bis 2009 als abhängige Variable mit und ohne Periodeneffekt geschätzt. Die Ergebnisse sind aus Platzgründen in Tabelle A.13 und A.14 im Anhang zusammengefasst.⁴⁰ Erneut ist der Koeffizient der Politikvariablen in allen Spezifikationen, bis auf die bereits diskutierte zweite Spezifikation, signifikant von Null verschieden auf gängigen Niveaus. Damit ist auch über einen Vergleichszeitraum von zehn Jahren der durchschnittliche Effekt defekter Demokratien auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum negativ und signifikant gegeben den restlichen Kontrollvariablen. Der geschätzte Koeffizient bewegt sich im Intervall von -0,720 und -1,055 in den Spezifikationen ohne Periodeneffekt und zwischen -0,729 und -1,065 in den Spezifikationen mit Periodeneffekt. Somit kann auch über diesen langen Beobachtungszeitraum ein Wachstumsunterschied bestätigt werden.

Drei weitere Beobachtungen können aus diesen zusätzlichen Robustheitskontrollen gemacht werden: erstens verflüchtigt sich der Effekt der Einschulungsquote und der Pro-Kopf-Investitionen in der langen Frist. Im Modell ohne Periodeneffekt ist der Effekt der Einschulungsquote fünf der neun Spezifikationen auf 5- bzw. 10-

⁴⁰ Aufgrund von Datenlücken konnte die Spezifikation (9) aus Tabelle 6.1 nicht über diesen langen Zeitraum geschätzt werden. Somit ist der GUS-Dummy auch in der letzten Spezifikation nicht enthalten.

Tab. 6.3: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demokratien
(Basismodell mit Periodeneffekte)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Defekte Demokratie	-0,874** (0,4147)	-0,481 (0,3587)	-1,032** (0,4188)	-0,879** (0,3686)	-0,866** (0,3745)	-1,040*** (0,3917)	-0,779** (0,3748)	-0,997*** (0,3725)	-0,908** (0,3804)	-1,088*** (0,3942)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,408 (0,2757)		-0,721** (0,3028)	-0,731** (0,2928)	-0,718** (0,2956)	-0,790** (0,3076)	-0,800*** (0,2469)	-0,859*** (0,2442)	-0,743** (0,2952)	-0,948*** (0,2677)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,020 (0,0194)		0,027 (0,0185)	0,026 (0,0190)	0,034* (0,0182)	0,014 (0,0199)	0,020 (0,0197)	0,027 (0,0185)	0,019 (0,0193)
Einschulungsquote		0,001 (0,0087)	0,016 (0,0101)	0,014 (0,0100)	0,011 (0,0126)	0,013 (0,0093)	0,017* (0,0093)	0,017** (0,0087)	0,014 (0,0100)	0,015 (0,0116)
Bevölkerungswachstum					-0,167 (0,4523)					-0,076 (0,4411)
Pro-Kopf-Staatsquote						-0,047* (0,0274)				-0,053* (0,0275)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,011*** (0,0040)	0,049*** (0,0134)		0,048*** (0,0146)
log(Bev.Gr.)								0,518*** (0,1403)		0,382** (0,1512)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,004** (0,0017)		-0,004** (0,0018)
GUS									0,941 (0,5733)	1,031 (0,6614)
D1995	1,407*** (0,4384)	1,223*** (0,4651)	1,226*** (0,4598)	1,216*** (0,4605)	1,200** (0,4582)	1,199** (0,4671)	1,120** (0,4488)	1,077** (0,4557)	1,208*** (0,4612)	1,068** (0,4590)
D2000	1,179*** (0,4070)	1,280*** (0,4798)	0,869* (0,4861)	0,845* (0,4886)	0,841* (0,4888)	0,809* (0,4874)	0,696 (0,4817)	0,618 (0,4871)	0,836* (0,4877)	0,626 (0,4856)
D2005	1,655*** (0,4133)	1,361*** (0,4627)	1,136** (0,4882)	1,117** (0,4826)	1,106** (0,4837)	1,133** (0,4739)	0,892* (0,4768)	0,829* (0,4872)	1,116** (0,4824)	0,889* (0,4824)
Afrika	-0,335 (0,8190)	0,533 (0,5642)	-0,377 (0,7786)	-0,626 (0,7988)	-0,588 (0,8246)	-0,585 (0,8644)	-1,017 (0,7740)	-0,190 (0,8396)	-0,647 (0,8059)	-0,585 (0,8518)
Asien	0,435 (0,5571)	1,351*** (0,4219)	0,740 (0,5338)	0,460 (0,5589)	0,462 (0,5574)	0,767 (0,5542)	0,165 (0,5360)	0,692 (0,5237)	0,448 (0,5608)	0,722 (0,5187)
Zentraleuropa	1,530*** (0,4367)	2,451*** (0,3859)	1,469*** (0,4694)	1,383*** (0,4641)	1,160 (0,7432)	1,536*** (0,4955)	0,913* (0,4914)	1,673*** (0,5160)	1,333*** (0,4841)	1,375* (0,8199)
Südamerika	0,659 (0,4467)	1,092*** (0,3930)	0,636 (0,4304)	0,437 (0,4903)	0,404 (0,4752)	0,604 (0,5270)	-0,013 (0,5023)	0,795 (0,5867)	0,428 (0,4930)	0,508 (0,5642)
Skandinavien	0,359* (0,2164)	0,241 (0,2401)	0,072 (0,3028)	0,065 (0,2981)	0,029 (0,3250)	0,223 (0,3115)	-0,219 (0,3706)	0,885* (0,4535)	0,067 (0,3000)	0,629 (0,4666)
Naher Osten	1,007*** (0,3755)	1,216*** (0,3933)	1,081** (0,4603)	0,963** (0,4692)	1,084** (0,5126)	1,104*** (0,4201)	0,792 (0,5974)	1,385*** (0,4342)	0,969** (0,4766)	1,348*** (0,4587)
Westeuropa	0,538** (0,2612)	0,468* (0,2543)	0,391 (0,2939)	0,329 (0,2992)	0,288 (0,3292)	0,394 (0,3227)	-0,174 (0,3338)	0,300 (0,3120)	0,328 (0,3008)	0,138 (0,3534)
Konstante	4,374 (2,7512)	-0,174 (0,6805)	6,337** (2,7396)	6,004** (2,5358)	6,390** (2,5699)	6,923** (2,7475)	6,375*** (2,2302)	1,227 (2,7547)	6,126** (2,5667)	4,458 (3,0814)
Länder (Cluster)	116	122	115	115	115	115	115	115	115	115
Regionen-Signifikanz ^b	0,001	0,000	0,004	0,005	0,009	0,001	0,019	0,001	0,007	0,000
Perioden-Signifikanz ^c	0,001	0,024	0,051	0,052	0,054	0,048	0,090	0,116	0,053	0,103
Beobachtungen	402	391	374	374	374	374	374	374	374	374
R ²	0,084	0,104	0,105	0,113	0,115	0,127	0,134	0,161	0,113	0,173
korrigiertes R ²	0,056	0,074	0,072	0,078	0,078	0,090	0,098	0,120	0,076	0,126

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Nordamerika.

^c P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Perioden-Dummies.

Prozent-Niveau signifikant. Im Modell mit Periodeneffekt verflüchtigt sich die Signifikanz gänzlich. Die Pro-Kopf-Investitionsquote ist keine der 18 Schätzungen signifikant von Null verschieden auf dem 10-Prozent-Niveau. Zweitens das durchschnittliche Bevölkerungswachstum in der langen Frist an Bedeutung für das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum. In den Spezifikationen (5) und (9) des Modells mit Periodeneffekt beträgt der geschätzte Koeffizient $-0,763$ und $-0,675$. Damit führt ein Anstieg der durchschnittlichen Wachstumsrate der Bevölkerung um einen Prozentpunkt im Schnitt zu einem Rückgang des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums um $-0,763$ und $-0,675$ Prozentpunkte *ceteris paribus*. Drittens verliert der Effekt der logarithmierten Bevölkerungsgröße und des Interaktionsterms mit dem Pro-Kopf-Öffnungsgrad ebenfalls an Bedeutung in der langen Frist. Der Interaktionsterm ist in beiden Modellen nicht signifikant auf gängigen Niveaus und die logarithmierte Bevölkerungsgröße verliert die Signifikanz, sobald alle Kontrollvariablen eingeschlossen werden.

Die diskutierten Ergebnisse haben gezeigt, dass defekte Demokratien im Vergleich mit liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien ein signifikant niedrigeres durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum aufweisen. Dieser Zusammenhang erweist sich als robust in verschiedenen Spezifikationen des Basismodells mit unterschiedlichen Kontrollvariablen. Der Zusammenhang bleibt unter der Kontrolle von Staatsquote, Pro-Kopf-Öffnungsgrad der Volkswirtschaft, Bevölkerungswachstum, logarithmiertes Ausgangsniveau des Bruttoinlandsprodukts, Einschulungsquote, Pro-Kopf-Investitionsquote, sieben Regionen-Dummies und der logarithmierten Bevölkerungsgröße persistent.

Neben der Kontrolle von ökonomisch relevanten Einflussfaktoren wurden mittels verschiedener Spezifikationen versucht, Probleme wie Autokorrelation und Periodeneffekte unter Kontrolle zu bringen. Der Einschluss des ersten Lags der abhängigen Variablen hat den Effekt defekter Demokratien in zwei Spezifikationen insignifikant werden lassen, jedoch waren diese Spezifikationen aus anderen Gründen problematisch. Durch die Aufnahme von Perioden-Dummies sollte für Stationarität kontrolliert werden. Auch hier blieben die Erkenntnisse über den Effekt defekter Demokratien auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum unberührt. Zuletzt wurden längere Beobachtungsperioden eingeführt, indem die abhängige Variable über einen Beobachtungszeitraum von zehn Jahren gemittelt wurde. Defekte Demokratien haben dabei weiterhin ein signifikant niedrigeres durchschnittliches Pro-Kopf-Wachstum aufgewiesen. Eine weitere Analyse mit einem Perioden-Dummy im zehnjährigen Modell bestätigt die Ergebnisse ebenfalls als robust. Die Effekte sind allesamt im Bereich von ein- bis zehnprozentiger Signifikanz. Dar-

aus können zwei Schlussfolgerungen gezogen werden: Erstens kann die Nullhypothese, dass defekte Demokratien keinen Effekt auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum haben verworfen werden. Zweitens und damit spezifischer, wurde gezeigt, dass defekte Demokratien *ceteris paribus* einen negativen Effekt auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wachstum haben. Im Gegensatz zu einigen ökonomischen Kontrollvariablen konnte dieser Zusammenhang mit verschiedenen Spezifikationen und Abwandlungen des Basismodells bestätigt werden. Ein weiterer Punkt, der bisher nicht diskutiert wurde ist die ökonomische Signifikanz. Der Wachstumsunterschied betrug in allen Spezifikationen mindestens 0,7 bis maximal 1 Prozentpunkt. Damit ist der geschätzte Effekt von mittlerer ökonomischer Bedeutung, verglichen mit der Standardabweichung der abhängigen Variablen (2,903, vgl. Tab. A.4). Gleichzeitig ist diese Punktschätzung mit relativ großen Standardfehlern verbunden (vgl. 6.1 bis 6.3 sowie A.13 und A.14). Als nächstes wird der Effekt der Pro-Kopf-Staatsquote auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien untersucht. In den bisherigen Spezifikationen konnte ein negativer, signifikanter Effekt dieser Variable gezeigt werden. Nun wird ihr Effekt nach Regime-Typen separiert.

6.3.2 Wirtschaftswachstum, Staatsausgaben und defekte Demokratie

In diesem Abschnitt werden die Hypothesen über den Effekt der Staatsausgaben auf das Wirtschaftswachstum und den zusätzlichen Effekt im Vergleich zu Demokratien untersucht. Dafür wird das erweiterte Basismodell mit einem Interaktionsterm aus Pro-Kopf-Staatsquote⁴¹ und Defekte-Demokratie-Dummy verwendet. Im zweiten Schritt wird das Modell um einen Lag der abhängigen Variablen und im dritten Schritt um Perioden-Dummies erweitert. Dabei wird zunächst die Frage nach dem Unterschied des Effekts in defekten Demokratien im Vergleich zu Demokratien und anschließend die Frage nach dem Gesamteffekt in defekten Demokratien diskutiert.⁴²

In Tabelle 6.4 sind die Ergebnisse von neun Spezifikationen mit dem Basismodell zusammengefasst. In Bezug auf den Effekt-Unterschied der Staatsquote zwischen defekten und nicht-defekten Demokratien kann folgende Beobachtung gemacht

⁴¹ Um den Lesefluss zu erleichtern wird der Begriff „Staatsquote“ als perfektes Substitut für den Begriff „Pro-Kopf-Staatsquote“ verwendet.

⁴² Auch hier kann erneut der direkte Effekt defekter Demokratien diskutiert werden. Dazu muss die Signifikanz der Linearkombination aus Defekte-Demokratie-Dummy mit dem Interaktionsterm diskutiert werden. Um Redundanzen zu vermeiden, wird an dieser Stelle auf eine erneute Diskussion dieses Unterschieds verzichtet.

werden: Der Interaktionsterm aus Staatsquote und defekter Demokratie ist in den Spezifikationen (2) bis (9) mindestens auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden und negativ. Der geschätzte Koeffizient schwankt zwischen -0,145 und -0,100, d. h. eine Erhöhung der Staatsquote pro Kopf um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt führt zu einem zusätzlichen Rückgang des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums um im Schnitt bis zu 0,145 Prozentpunkten in defekten Demokratien im Vergleich zu Demokratien.

Nähere Betrachtung der Spezifikationen zeigt auch hier bekannte Ergebnisse. In den Spezifikationen (1) bis (5) werden die *Steady State*-Variablen aus dem Solow-Modell nach und nach eingeschlossen. Im Zusammenspiel sind das Ausgangsniveau des BIPs, Einschulungsquote und Pro-Kopf-Investitionsquote einzeln signifikante (1-, 5- und 10%) Erklärungsfaktoren des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums. Das korrigierte R^2 steigt von Spezifikation (1) bis (4) von 0,037 auf 0,083. Parallel dazu pendelt sich der geschätzte zusätzliche Effekt der Staatsausgaben in defekten Demokratien auf -0,107 ein. Der Einschluss des Bevölkerungswachstums führt zu einer sehr geringen Veränderung des zusätzlichen Effekts und lässt das korrigierte R^2 auf 0,081 sinken. Der Koeffizient ist gemeinsam mit der Pro-Kopf-Investitionsquote und der Einschulungsquote auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden.⁴³

Die weiteren drei Spezifikationen lassen den geschätzten Koeffizienten des Interaktionsterms nur geringfügig in der dritten Nachkommastelle schwanken. In Spezifikation (10) werden erneut alle Kontrollvariablen eingeschlossen. Der zusätzliche geschätzte Effekt ist weiterhin auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden und beträgt -0,1. Damit kann die Hypothese, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien, im Vergleich zu eingebetteten Demokratien, einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben, vorerst angenommen werden.

Die zweite Hypothese lautete, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien einen negativen Gesamteffekt auf das Wirtschaftswachstum haben. Um diese Hypothese zu prüfen, muss der Gesamteffekt in defekten Demokratien auf Signifikanz geprüft werden. Dieser setzt sich zusammen aus dem geschätzten Koeffizient der Staatsquote und des Interaktionsterms des Defekte-Demokratie-Dummys mit der Pro-Kopf-Staatsquote. In Tabelle 6.4 ist der Test dieser Linearkombination enthalten. Der Gesamteffekt eines Anstiegs der Pro-Kopf-Staatsquote in defekten Demokratien ist in allen Spezifikationen, außer der Ersten, mindestens auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Der geschätzte Koeffizient schwankt in

⁴³ F-Test auf gemeinsame Signifikanz: $F(3, 114) = 3,33$; p-Wert = 0,022

Tab. 6.4: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten Demokratien und Demokratien (Basismodell)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Defekte Demokratie	-1,159** (0,5036)	-0,712* (0,3636)	-1,263*** (0,4533)	-1,112*** (0,4065)	-1,098*** (0,4172)	-1,029** (0,3951)	-1,132*** (0,3746)	-1,152*** (0,4222)	-1,154*** (0,4003)
Pro-Kopf-Staatsquote ²	-0,039* (0,0215)	-0,004 (0,0293)	-0,012 (0,0272)	-0,021 (0,0261)	-0,021 (0,0261)	-0,036 (0,0269)	-0,023 (0,0279)	-0,022 (0,0262)	-0,024 (0,0276)
D. Dem. * Staatsquote ^b	-0,059 (0,0711)	-0,145*** (0,0544)	-0,116** (0,0579)	-0,107* (0,0560)	-0,104* (0,0562)	-0,105* (0,0539)	-0,102* (0,0516)	-0,106* (0,0560)	-0,100* (0,0519)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,409 (0,3167)		-0,800*** (0,2937)	-0,825*** (0,2857)	-0,816*** (0,2890)	-0,896*** (0,2415)	-0,931*** (0,2326)	-0,842*** (0,2898)	-0,940*** (0,2461)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,022 (0,0193)		0,031* (0,0186)	0,031 (0,0193)	0,016 (0,0194)	0,017 (0,0193)	0,032* (0,0186)	0,017 (0,0196)
Einschulungsquote		0,008 (0,0080)	0,022** (0,0085)	0,020** (0,0085)	0,017 (0,0119)	0,021*** (0,0075)	0,021*** (0,0073)	0,020** (0,0085)	0,020* (0,0112)
Bevölkerungswachstum					-0,125 (0,4474)				-0,069 (0,4363)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad						0,014*** (0,0036)	0,047*** (0,0146)		0,045*** (0,0154)
log(Bev.Gr.)							0,405*** (0,1517)		0,387** (0,1585)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)							-0,004** (0,0017)		-0,004* (0,0018)
GUS								1,239* (0,6431)	1,100 (0,6768)
Afrika	0,019 (0,9318)	0,964 (0,6041)	-0,142 (0,8542)	-0,420 (0,8789)	-0,396 (0,8976)	-0,933 (0,8376)	-0,356 (0,7939)	-0,449 (0,8897)	-0,395 (0,8319)
Asien	0,848 (0,5181)	1,414*** (0,4668)	0,796 (0,5287)	0,550 (0,5290)	0,550 (0,5270)	0,299 (0,5310)	0,581 (0,4955)	0,539 (0,5304)	0,558 (0,4995)
Zentraleuropa	1,794*** (0,4613)	2,536*** (0,4114)	1,545*** (0,4975)	1,480*** (0,4823)	1,312* (0,7464)	0,940* (0,5267)	1,499*** (0,4929)	1,415*** (0,5045)	1,321 (0,7999)
Südamerika	0,901* (0,4666)	1,299*** (0,4303)	0,788* (0,4646)	0,593 (0,4973)	0,565 (0,4807)	0,076 (0,5264)	0,600 (0,5180)	0,584 (0,5000)	0,551 (0,5247)
Skandinavien	0,399** (0,2005)	0,048 (0,2448)	-0,039 (0,2829)	-0,010 (0,2782)	-0,037 (0,3003)	-0,273 (0,3879)	0,522 (0,4159)	-0,005 (0,2812)	0,475 (0,4519)
Naher Osten	0,968*** (0,3089)	1,016** (0,4143)	0,816** (0,3398)	0,738** (0,3481)	0,836* (0,4603)	0,576 (0,4879)	0,981*** (0,3447)	0,750** (0,3545)	1,027** (0,4446)
Westeuropa	0,530** (0,2472)	0,376 (0,2701)	0,348 (0,2857)	0,295 (0,2885)	0,264 (0,3133)	-0,307 (0,3627)	0,071 (0,2703)	0,295 (0,2905)	0,034 (0,3032)
Konstante	5,305* (3,1818)	0,178 (0,7964)	7,352*** (2,7802)	7,061*** (2,5958)	7,356*** (2,6168)	7,292*** (2,3169)	3,393 (2,7310)	7,223*** (2,6467)	3,864 (3,0099)
Staatsquote + D. Dem. * Staatsquote ^{b, c}	-0,098 (0,070)	-0,149*** (0,051)	-0,128** (0,055)	-0,128** (0,055)	-0,125** (0,055)	-0,142*** (0,051)	-0,125** (0,048)	-0,128** (0,055)	-0,124** (0,048)
Länder (Cluster)	116	122	115	115	115	115	115	115	115
Regionen-Signifikanz ^d	0,000	0,000	0,007	0,007	0,009	0,012	0,002	0,010	0,002
Beobachtungen	402	391	374	374	374	374	374	374	374
R ²	0,063	0,105	0,105	0,115	0,116	0,151	0,165	0,116	0,166
korrigiertes R ²	0,037	0,077	0,075	0,083	0,081	0,118	0,127	0,081	0,124

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau. Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b Variable Pro-Kopf-Staatsquote wurde auf ihren Mittelwert zentriert.

^c Koeffizient der Summe der geschätzten Koeffizienten von Pro-Kopf-Staatsquote und dem Interaktionsterm mit defekter Demokratie. Standardfehler in Klammer.

^d P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Nordamerika.

den Spezifikationen (2) bis (10) zwischen -0,149 und -0,124. Die Schwankung des Effekts erklärt sich durch die Schwankung des zusätzlichen geschätzten Effekts der Pro-Kopf-Staatsquote und wird hier nicht erneut thematisiert. Somit führt ein Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt über den Durchschnitt zu einem durchschnittlichen Rückgang des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums um bis zu 0,149 Prozentpunkte. Somit kann auch diese Hypothese, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien einen negativen Effekt haben, angenommen werden. Im nächsten Schritt werden nun die Befunde auf Robustheit geprüft. Das bedeutet, wie bereits in Abschnitt 6.3.1, dass die zehn Spezifikationen zunächst mit einem Lag der abhängigen Variablen und anschließend mit Perioden-Dummies geschätzt werden.

Die wiederholte Schätzung der zehn Spezifikationen mit dem ersten Lag der abhängigen Variablen ist in Tabelle 6.5 zusammengefasst. Der geschätzte Koeffizient des Lags ist in Spezifikation (1) signifikant von Null verschieden (5%). Sobald für Pro-Kopf-Investitionen und Einschulungsquote kontrolliert wird, verflüchtigt sich die Signifikanz. Die Befunde über den Effekt-Unterschied der Staatsquote auf das Wirtschaftswachstum in defekten im Vergleich zu nicht-defekten Demokratien können bestätigt werden. Der Unterschied des geschätzten Effekts der Staatsquote auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum ist erneut in den Spezifikationen (2) bis (9) auf gängigen Signifikanzniveaus (5% und 10%) von Null verschieden. Der Effekt-Unterschied schwankt in diesen Spezifikationen zwischen -0,147 und -0,102 Prozentpunkte *ceteris paribus*. Die starke Schwankung erklärt sich insbesondere durch die iterative Vorgehensweise bei dem Einschluss der Solow-Variablen in den Spezifikationen (2) bis (5). Wenn, neben den verschiedenen Regionen, für das Ausgangsniveau des BIPs, der Einschulungsquote sowie der Pro-Kopf-Investitionsquote kontrolliert wird, dann schwankt der geschätzte Koeffizient zwischen -0,107 und -0,102. Für Spezifikation (9), in welcher alle Kontrollvariablen eingeschlossen werden, kann somit geschlossen werden, dass ein Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt über den Durchschnitt in den folgenden fünf Jahren *ceteris paribus* zu einem im Schnitt um 0,102 Prozentpunkte zusätzlich geringerem durchschnittlichem Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum führt.

Die Koeffizienten des GUS-Dummys in (8) und (9) müssen erneut mit Vorsicht interpretiert werden. Aufgrund fehlender Daten des Lags der abhängigen Variablen fallen einige GUS-Länder aus der Regression heraus, was zur unpräzisen Schätzung des Effekts führt. In Spezifikation (5) sind die Schätzer des Bevölkerungswachstums, der Einschulungsquote und der Pro-Kopf-Investitionsquote gemeinsam

signifikant auf dem 10-Prozent-Niveau.⁴⁴

Der Befund über den Gesamteffekt der Staatsquote in defekten Demokratien kann ebenso bestätigt werden. Die Linearkombination aus dem Defekte-Demokratie-Dummy und dem Interaktionsterm mit der Pro-Kopf-Staatsquote ist in den Spezifikationen (2) bis (9) mindestens auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Der geschätzte Effekt schwankt zwischen -0,145 und -0,121. Somit führt ein Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote in defekten Demokratien um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt im Schnitt zu einem Rückgang des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums um 0,125 Prozentpunkte *ceteris paribus* in Spezifikation (10). Die Hypothese, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben, kann somit auch im Modell mit Lag der abhängigen Variablen angenommen werden.

Zum Schluss wurden die neun Spezifikationen mit Periodeneffekten geschätzt (vgl. Tab. A.15). Die Befunde der vorangegangenen Schätzungen bleiben auch unter Kontrolle für Periodeneffekte gültig. In allen Spezifikationen, bis auf die erste, ist der Interaktionsterm aus defekter Demokratie und Pro-Kopf-Staatsquote auf dem 10-Prozent-Niveau (Spez. (2): 5%) signifikant von Null verschieden. Der geschätzte Koeffizient schwankt in den Spezifikationen (2) bis (9) von -0,132 bis -0,093. Damit beträgt der zusätzliche Effekt einer Erhöhung der Staatsquote um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien im Schnitt, bis zu 0,132 Prozentpunkte gegeben allen anderen Kontrollfaktoren (Spez. (2)).

Der Gesamteffekt ist ebenfalls in den acht von neun Spezifikationen auf mindestens 5-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden und schwankt zwischen -0,139 und -0,119 Prozentpunkte *ceteris paribus*. Für Spezifikation (10) inkl. Periodeneffekte bedeutet das: Ein Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt führt zu einem im Schnitt um 0,121 Prozentpunkte niedrigerem durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum *ceteris paribus* (vgl. Tab. A.15).

Es wurden neun Spezifikationen mit drei verschiedenen Modellen geschätzt und dabei unterschiedliche Kombinationen von Kontrollvariablen, welche aus der ökonomischen Theorie hervorgegangen sind, hinzugefügt. Die Ergebnisse der insgesamt 27 Schätzungen zeigen Persistenz und können als robust bezeichnet werden. Sowohl im einfachen Modell mit Regionen-Dummies, als auch im Modell mit Lag der abhängigen Variablen und mit Periodeneffekten ist der zusätzliche Effekt der Staatsquote auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien im Vergleich zu eingebetteten Demokratien signifikant negativ. Dar-

⁴⁴ F-Test auf gemeinsame Signifikanz: $F(3, 114) = 2,58$; p-Wert = 0,0571

Tab. 6.5: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten Demokratien und Demokratien (Basismodell mit Lag)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Lag abh. Variable ^b	0,120** (0,0554)	0,074 (0,0728)	0,078 (0,0657)	0,050 (0,0785)	0,048 (0,0752)	0,028 (0,0722)	0,028 (0,0692)	0,054 (0,0789)	0,031 (0,0669)
Defekte Demokratie	-0,817 (0,5061)	-0,427 (0,3960)	-1,078** (0,5026)	-0,995** (0,4584)	-0,987** (0,4673)	-0,953** (0,4449)	-1,060** (0,4234)	-1,105** (0,4622)	-1,150** (0,4398)
Pro-Kopf-Staatsquote ^c	-0,031 (0,0196)	0,002 (0,0267)	-0,008 (0,0248)	-0,017 (0,0249)	-0,017 (0,0249)	-0,033 (0,0256)	-0,017 (0,0269)	-0,019 (0,0246)	-0,022 (0,0262)
D. Dem. * Staatsquote ^c	-0,057 (0,0670)	-0,147*** (0,0548)	-0,116** (0,0566)	-0,108* (0,0550)	-0,106* (0,0552)	-0,107** (0,0535)	-0,104** (0,0509)	-0,108* (0,0545)	-0,102** (0,0510)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,360 (0,2944)		-0,745** (0,2884)	-0,782** (0,2993)	-0,777** (0,3027)	-0,868*** (0,2621)	-0,900*** (0,2520)	-0,830*** (0,2961)	-0,944*** (0,2579)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,020 (0,0230)		0,027 (0,0230)	0,027 (0,0234)	0,014 (0,0224)	0,017 (0,0222)	0,029 (0,0227)	0,018 (0,0222)
Einschulungsquote		0,009 (0,0079)	0,020** (0,0082)	0,019** (0,0082)	0,017 (0,0118)	0,020*** (0,0073)	0,021*** (0,0072)	0,019** (0,0082)	0,020* (0,0113)
Bevölkerungswachstum					-0,096 (0,4401)				-0,033 (0,4278)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad						0,014*** (0,0037)	0,049*** (0,0150)		0,046*** (0,0156)
log(Bev.Gr.)							0,444*** (0,1591)		0,401** (0,1583)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)							-0,004** (0,0018)		-0,004** (0,0018)
GUS								6,635*** (0,7055)	6,330*** (0,7476)
Afrika	0,022 (0,8366)	0,904 (0,5836)	-0,114 (0,8117)	-0,364 (0,8999)	-0,348 (0,9159)	-0,882 (0,8743)	-0,232 (0,8393)	-0,458 (0,9077)	-0,396 (0,8548)
Asien	0,709 (0,4467)	1,248*** (0,4453)	0,716 (0,4845)	0,527 (0,5085)	0,529 (0,5078)	0,293 (0,5172)	0,607 (0,4981)	0,484 (0,5046)	0,528 (0,4889)
Zentraleuropa	1,793*** (0,4979)	2,605*** (0,4725)	1,454*** (0,5190)	1,408*** (0,5201)	1,280* (0,7682)	0,895 (0,5695)	1,510*** (0,5762)	1,193** (0,4832)	1,190 (0,7849)
Südamerika	0,837** (0,4128)	1,201*** (0,4086)	0,755* (0,4297)	0,596 (0,4907)	0,574 (0,4781)	0,097 (0,5316)	0,685 (0,5412)	0,562 (0,4916)	0,571 (0,5287)
Skandinavien	0,338* (0,1750)	0,005 (0,2484)	-0,050 (0,2677)	-0,022 (0,2693)	-0,042 (0,2922)	-0,268 (0,3754)	0,607 (0,4289)	-0,005 (0,2747)	0,524 (0,4488)
Naher Osten	0,796*** (0,2406)	0,600** (0,2899)	0,714** (0,2833)	0,674** (0,3019)	0,750* (0,4199)	0,539 (0,4509)	0,983*** (0,3257)	0,698** (0,3138)	0,986** (0,4243)
Westeuropa	0,430** (0,2127)	0,313 (0,2601)	0,294 (0,2615)	0,267 (0,2693)	0,244 (0,2973)	-0,295 (0,3488)	0,123 (0,2786)	0,263 (0,2731)	0,060 (0,3013)
Konstante	4,634 (2,9840)	0,069 (0,7855)	6,826** (2,7712)	6,717** (2,6946)	6,954** (2,7014)	7,077*** (2,4606)	2,728 (2,9353)	7,157*** (2,6874)	3,687 (3,0049)
Staatsquote + D. Dem. * Staatsquote ^{c · d}	-0,089 (0,067)	-0,145*** (0,053)	-0,123** (0,054)	-0,125** (0,055)	-0,123** (0,055)	-0,140*** (0,052)	-0,121** (0,048)	-0,127** (0,054)	-0,125*** (0,048)
Länder (Cluster)	116	121	115	115	115	115	115	115	115
Regionen-Signifikanz ^e	0,000	0,000	0,009	0,012	0,010	0,023	0,004	0,017	0,003
Beobachtungen	395	379	368	368	368	368	368	368	368
R ²	0,075	0,120	0,108	0,115	0,116	0,148	0,164	0,130	0,178
korrigiertes R ²	0,046	0,088	0,075	0,080	0,078	0,112	0,124	0,093	0,133

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b Lag abh. Variable: durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in der Vorperiode.

^c Variable Pro-Kopf-Staatsquote wurde auf ihren Mittelwert zentriert.

^d Koeffizient der Summe der geschätzten Koeffizienten von Pro-Kopf-Staatsquote.

und dem Interaktionsterm mit defekter Demokratie. Standardfehler in Klammer.

^e P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Nordamerika.

über hinaus ist der Gesamteffekt der Pro-Kopf-Staatsquote ebenfalls in den diskutierten Spezifikationen, wenn für relevante ökonomische Kontrollvariablen kontrolliert wird, signifikant auf gängigen Niveaus, negativ und robust. Weiterhin kann ein zusätzlicher Befund gemacht werden: Die Pro-Kopf-Staatsquote hat in Demokratien keinen negativen Effekt. Der geschätzte Koeffizient war lediglich in der ersten Spezifikation im Basismodell signifikant auf dem 10-Prozent-Niveau. Somit kann eine weitere Schlussfolgerung gezogen werden: Während Staatsausgaben in Demokratien keinen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben, ist der Effekt in defekten Demokratien signifikant negativ. Das bestätigt die These, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien im Vergleich zu eingebetteten Demokratien wachstumshemmend sind.

Die Stärke des Effekts muss erneut betrachtet werden. In der letzten Spezifikation im Modell mit Periodeneffekten ließ ein Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum im Schnitt um 0,14 Prozentpunkte sinken. Dieser Effekt ist verglichen mit der Standardabweichung der abhängigen Variablen nicht besonders groß und kann nicht als ökonomisch signifikant bezeichnet werden.

6.4 Defekte Demokratie und Autokratie

Im folgenden Abschnitt werden die Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, defekter Demokratie und Autokratie untersucht. Dabei wird äquivalent zum vorherigen Kapitel vorgegangen. Für beide Hypothesen werden jeweils zunächst zehn (für den Effekt-Unterschied der Staatsquote neun) Spezifikationen geschätzt und diskutiert. Im weiteren Verlauf werden diese Spezifikationen mit den Erweiterungen des Basismodells geschätzt und Unterschiede bzw. Änderungen in den Ergebnissen diskutiert.

6.4.1 Wirtschaftswachstum und defekte Demokratie

Die Hypothese über den Unterschied des Wirtschaftswachstums in defekten Demokratien im Vergleich zu Autokratien war, dass es keinen Unterschied gibt. D. h., dass der Koeffizient des Defekte-Demokratie-Dummys insignifikant ist. In Tabelle 6.6 sind die Ergebnisse der zehn Spezifikationen mit dem Basismodell zusammengefasst.

Der Koeffizient des Defekte-Demokratie-Dummys ist in allen Spezifikationen negativ. Er schwankt im Bereich von $-0,380$ und $-0,536$, ist jedoch über alle Spezifikationen hinweg insignifikant von Null verschieden. Eine nähere Betrachtung der Spezifikationen zeigt, dass auch unter Kontrolle signifikanter ökonomischer Erklärungsfaktoren der Unterschied nicht signifikant wird. In den Spezifikationen (1) bis (5) werden erneut die Solow-Variablen iterativ in das Regressionsmodell eingeschlossen. Identisch, zum Vergleich von defekten Demokratien und Demokratien in Abschnitt 6.3.1, ist das Zusammenspiel des logarithmierten BIP pro Kopf im Jahr 1990 und der Einschulungs- und Pro-Kopf-Investitionsquote zu beobachten. Wenn alle drei Variablen eingeschlossen werden, dann ist der Effekt des Ausgangsniveaus des BIPs negativ und auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Da viele autokratische Regime von Erdölexporten profitieren und zum Zusammenschluss der erdölexportierenden Länder (OPEC) gehören, wurde in Spezifikation (4) ein OPEC-Dummy hinzugefügt. Der Kontrollfaktor ist auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant und lässt Einschulungsquote und Pro-Kopf-Investitionsquote signifikant werden (10%). In den restlichen Spezifikationen erweist sich der Einfluss der OPEC-Mitgliedschaft als bedeutend. Der Koeffizient ist in allen weiteren Spezifikationen auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant. Der Einschluss des Bevölkerungswachstums lässt die Pro-Kopf-Investitionsquote und die Einschulungsquote insignifikant werden. Gemeinsam sind die drei Koeffizienten jedoch auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant, was auf nicht-perfekte Multikollinearität der drei Va-

riablen hindeutet.⁴⁵

Der Einschluss der Pro-Kopf-Staatsquote und des Pro-Kopf-Öffnungsgrades führt zu keinen neuen Erkenntnissen. Auch in diesem Sample von Ländern wird deutlich, dass die logarithmierte Bevölkerungsgröße eine ausgelassene Variable in Spezifikation (7) darstellt. Durch den Einschluss des Interaktionsterms steigt der geschätzte Koeffizient des Pro-Kopf-Öffnungsgrades von 0,018 auf 0,058. Die negative Korrelation der log. Bevölkerungsgröße mit der abhängigen Variablen und mit dem Pro-Kopf-Öffnungsgrad verstärkt diese Vermutung (vgl. Tab. A.10). Da der geschätzte Koeffizient des Pro-Kopf-Öffnungsgrads einzeln signifikant ist (5%), hilft ein F-Test auf gemeinsame Signifikanz nicht, um zu prüfen, ob nicht-perfekte Multikollinearität mit der logarithmierten Bevölkerungsgröße vorliegt, die Korrelation beider Variablen mit der abhängigen Variablen sowie die gemeinsame Korrelation stützt jedoch diese Vermutung. Der Einfluss des Dummys für die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), welcher im Vergleich zwischen defekten und nicht-defekten Demokratien in einigen Spezifikationen festgestellt werden konnte ist im Subsample von Autokratien und defekten Demokratien nicht signifikant auf gängigen Niveaus (vgl. Spez. (9) und (10)).

Um auszuschließen, dass die fehlende Signifikanz des Wachstumsunterschieds zwischen defekter Demokratie und Autokratie auf Autokorrelation zurückzuführen ist, wurden die zehn Spezifikationen mit einem Lag der abhängigen Variablen erneut geschätzt. In Tabelle 6.7 sind die Ergebnisse zusammengefasst. Im Gegensatz zu den Schätzungen zwischen Demokratien und defekten Demokratien, scheint hier Autokorrelation vorzuliegen. Der Lag der abhängigen Variablen ist in allen Spezifikationen auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Der geschätzte Koeffizient schwankt zwischen 0,227 und 0,276. Damit kann von schwacher Autokorrelation ausgegangen werden. Doch auch nach dem Einschluss des Lags bleibt die Politikvariable in allen Spezifikationen insignifikant auf dem 10-Prozent-Niveau. D. h. auch unter Kontrolle von Autokorrelation und der weiteren Kontrollvariablen bleibt der Unterschied des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums in Autokratien und defekten Demokratien insignifikant von Null verschieden.

Verglichen mit der vorherigen Schätzung wird der Effekt des Pro-Kopf-Öffnungsgrades und der Bevölkerungsgröße insignifikant. Hier liegt vermutlich ein Problem nicht-perfekter Multikollinearität vor, denn die drei Größen sind gemeinsam auf dem 5- bzw. 1-Prozent-Niveau in den Spezifikationen (8) und (10) signifikant von

⁴⁵ F-Test auf gemeinsame Signifikanz: $F(2, 100) = 2,60$; p-Wert = 0,079

Tab. 6.6: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Autokratien
(Basismodell)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Defekte Demokratie	-0,344 (0,5623)	-0,536 (0,4976)	-0,497 (0,5395)	-0,477 (0,5463)	-0,534 (0,5266)	-0,473 (0,5990)	-0,380 (0,5511)	-0,460 (0,5244)	-0,422 (0,5602)	-0,474 (0,5562)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,336 (0,3032)		-0,940* (0,4764)	-1,236*** (0,4661)	-1,141** (0,5033)	-1,238*** (0,4493)	-1,512*** (0,5087)	-1,678** (0,7429)	-1,228** (0,4682)	-1,630** (0,7826)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,049 (0,0361)	0,051 (0,0344)	0,057* (0,0340)	0,052 (0,0340)	0,057* (0,0337)	0,031 (0,0320)	0,028 (0,0292)	0,057* (0,0339)	0,018 (0,0267)
Einschulungsquote		0,005 (0,0108)	0,030 (0,0187)	0,031* (0,0186)	0,026 (0,0211)	0,031* (0,0180)	0,029 (0,0183)	0,027 (0,0175)	0,031 (0,0187)	0,017 (0,0173)
OPEC				2,082*** (0,6239)	2,037*** (0,6283)	2,081*** (0,6277)	2,110*** (0,6012)	2,471*** (0,8370)	2,085*** (0,6234)	2,590*** (0,9785)
Bevölkerungswachstum					-0,322 (0,3426)					-0,448 (0,3465)
Pro-Kopf-Staatsquote						0,001 (0,0312)				-0,019 (0,0539)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,018*** (0,0067)	0,058** (0,0258)		0,064** (0,0251)
log(Bev.Gr.)								0,224 (0,3826)		0,163 (0,5054)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,005* (0,0028)		-0,005* (0,0027)
GUS									1,092 (1,4811)	1,957 (2,0414)
Afrika	-2,189*** (0,6513)	-1,347 (1,0628)	-1,268 (1,0212)	-1,585 (1,0045)	-1,373 (0,9778)	-1,584 (1,0031)	-1,684* (0,9713)	-1,881*** (0,7031)	-1,575 (1,0054)	-1,705*** (0,6279)
Zentraleuropa	-0,234 (0,9006)	1,953** (0,9006)	0,146 (0,8136)	0,323 (0,8284)	-0,069 (0,8489)	0,320 (0,8403)	0,934 (0,9011)	1,212 (0,9442)	-0,123 (1,0821)	0,074 (1,1780)
Nordamerika	-1,243** (0,5193)	-1,226** (0,4987)	-0,030 (0,7237)	0,397 (0,6845)	0,242 (0,7317)	0,410 (0,6605)	1,717* (0,9452)	1,729 (1,6788)	0,413 (0,6823)	1,756 (1,6325)
Südamerika	-1,621** (0,6923)	-1,136 (0,6979)	-0,624 (0,7993)	-0,667 (0,7804)	-0,696 (0,7709)	-0,669 (0,7988)	-0,336 (0,8468)	-0,217 (0,8415)	-0,690 (0,7841)	-0,213 (0,8592)
Naher Osten	-0,485 (0,5307)	-0,675 (0,6152)	-0,060 (0,5646)	-0,508 (0,5481)	-0,229 (0,6274)	-0,502 (0,5711)	-0,219 (0,5718)	-0,083 (0,6414)	-0,495 (0,5489)	0,324 (0,6772)
Konstante	6,018** (2,4706)	1,729 (1,2278)	7,664*** (2,6302)	9,738*** (2,5031)	9,944*** (2,4762)	9,731*** (2,6087)	11,061*** (2,7078)	10,512 (7,5570)	9,653*** (2,5277)	12,300 (9,8283)
Länder (Cluster)	106	111	101	101	101	101	101	101	101	101
Regionen-Signifikanz ^b	0,002	0,000	0,561	0,007	0,182	0,058	0,001	0,001	0,007	0,003
Beobachtungen	353	350	321	321	321	321	321	321	321	321
R ²	0,029	0,061	0,054	0,068	0,075	0,068	0,084	0,090	0,069	0,104
korrigiertes R ²	0,010	0,039	0,027	0,038	0,042	0,035	0,052	0,052	0,035	0,057

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Asien.

Null verschieden.⁴⁶ Ein weiterer Unterschied findet sich in den Spezifikationen (9) und (10), da der GUS-Dummy nun auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant ist und der Betrag des Koeffizienten stark ansteigt, im Vergleich zu den vorherigen Schätzungen. Allerdings ist dieses Ergebnis mit Vorsicht zu bewerten, da aufgrund fehlender Daten Beobachtungen wegfallen und somit de facto keine Vergleichbarkeit erlaubt ist, wie schon beim Vergleich von eingebetteten und defekten Demokratien in diesem Fall diskutiert wurde.

Um auch Periodeneffekte als treibende Kräfte ausschließen zu können, wurden die zehn Spezifikationen schließlich mit drei Periodendummies geschätzt. Die Ergebnisse der Schätzungen sind im Anhang in Tabelle A.16 zusammengefasst. Der Pro-Kopf-Wachstumsunterschied ist in allen Spezifikationen weiterhin insignifikant von Null verschieden auf dem 10-Prozent-Niveau. Im Vergleich zu den Spezifikationen aus Tabelle 6.6 verliert das logarithmierte Ausgangsniveau des Pro-Kopf-BIPs im Modell mit Periodeneffekten an Signifikanz. Der geschätzte Koeffizient ist in vier der zehn Spezifikationen insignifikant (10%). In Spezifikation (5) ist der geschätzte Koeffizient des Ausgangsniveaus des BIPs gemeinsam mit dem geschätzten Koeffizienten der Einschulungsquote signifikant (5%), was auf nicht-perfekte Multikollinearität hindeutet.⁴⁷ Die Einschulungsquote und die Pro-Kopf-Investitionsquote ihrerseits sind in keiner der Spezifikationen einzeln und gemeinsam signifikant.

Zuletzt wurden die Spezifikationen mit dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum über zehn Jahre einmal mit und einmal ohne Periodeneffekt geschätzt. Die Ergebnisse sind im Anhang in den Tabellen A.17 und A.18 zusammengefasst. Der Pro-Kopf-Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien und Autokratien bleibt weiterhin insignifikant. Der Effekt der Investitionsquote pro Kopf und der Einschulungsquote schwindet und wird insignifikant in allen Spezifikationen. Grund dafür ist, dass eine Veränderung des Vorjahreswertes einen immer geringeren Einfluss hat, je länger die nachfolgende Periode ist, in der das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum beobachtet wird.

Als Letztes stellt sich die Frage wie diese Ergebnisse im Bezug auf die Nullhypothese, dass die Ausgestaltung des politischen Systems im Vergleich von Autokratien und defekten Demokratien keinen signifikanten Einfluss auf das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum hat, zu bewerten sind. Der Unterschied des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wachstums zwischen den beiden Regimetypen wurde mit insgesamt fünf Modellen à 10 Spezifikationen getestet. Ergebnis ist, dass unter der Kontrolle ver-

⁴⁶ F-Test auf gemeinsame Signifikanz in Spez. (8): $F(3, 99) = 3,45$; p-Wert = 0,020

F-Test auf gemeinsame Signifikanz in Spez. (10): $F(3, 98) = 3,98$; p-Wert = 0,01

⁴⁷ F-Test auf gemeinsame Signifikanz in Spez. (8): $F(2, 100) = 4,69$; p-Wert = 0,011

Tab. 6.7: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Autokratien
(Basismodell mit Lag)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Lag abh. Variable ^b	0,276*** (0,0677)	0,250*** (0,0773)	0,255*** (0,0730)	0,245*** (0,0759)	0,242*** (0,0776)	0,247*** (0,0753)	0,239*** (0,0717)	0,235*** (0,0734)	0,243*** (0,0765)	0,227*** (0,0708)
Defekte Demokratie	-0,104 (0,4766)	-0,438 (0,4861)	-0,346 (0,4827)	-0,344 (0,4841)	-0,382 (0,4733)	-0,282 (0,5164)	-0,256 (0,4917)	-0,302 (0,4684)	-0,211 (0,5001)	-0,189 (0,5030)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,244 (0,2552)		-0,824* (0,4337)	-1,073*** (0,4068)	-1,002** (0,4443)	-1,098*** (0,3997)	-1,339*** (0,4345)	-1,506** (0,6226)	-1,064** (0,4059)	-1,481** (0,6585)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,029 (0,0249)	0,027 (0,0236)	0,032 (0,0231)	0,029 (0,0219)	0,032 (0,0229)	0,008 (0,0242)	0,006 (0,0225)	0,035 (0,0230)	0,001 (0,0197)
Einschulungsquote		0,006 (0,0099)	0,027 (0,0167)	0,028* (0,0167)	0,024 (0,0193)	0,029* (0,0164)	0,027 (0,0166)	0,025 (0,0162)	0,028 (0,0167)	0,018 (0,0169)
OPEC				1,834*** (0,5664)	1,794*** (0,5679)	1,819*** (0,5572)	1,854*** (0,5393)	2,214*** (0,6948)	1,851*** (0,5656)	2,305*** (0,7997)
Bevölkerungswachstum					-0,253 (0,3554)					-0,372 (0,3625)
Pro-Kopf-Staatsquote						0,018 (0,0237)				-0,003 (0,0426)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,017*** (0,0062)	0,044 (0,0291)		0,049 (0,0308)
log(Bev.Gr.)								0,099 (0,4766)		0,050 (0,5767)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,003 (0,0031)		-0,004 (0,0032)
GUS									3,253* (1,7969)	3,864* (2,2592)
Afrika	-1,490** (0,5994)	-0,930 (0,9713)	-0,852 (0,9188)	-1,147 (0,9300)	-0,983 (0,9207)	-1,139 (0,9254)	-1,249 (0,9052)	-1,468** (0,6369)	-1,122 (0,9338)	-1,301** (0,5852)
Zentraleuropa	0,863 (0,9180)	3,493*** (1,0249)	0,703 (0,9766)	0,817 (1,0031)	0,484 (1,0358)	0,783 (1,0108)	1,392 (1,0317)	1,606 (1,0743)	-0,388 (1,2019)	-0,200 (1,2836)
Nordamerika	-0,620 (0,4578)	-0,760 (0,4579)	0,293 (0,6816)	0,627 (0,6470)	0,506 (0,6998)	0,839 (0,6422)	1,849** (0,8277)	2,012 (1,6125)	0,678 (0,6445)	2,187 (1,5845)
Südamerika	-0,986 (0,6150)	-0,586 (0,6443)	-0,179 (0,7328)	-0,245 (0,7311)	-0,276 (0,7356)	-0,271 (0,7463)	0,055 (0,7645)	0,121 (0,7192)	-0,295 (0,7354)	0,057 (0,7443)
Naher Osten	0,022 (0,4747)	-0,254 (0,5567)	0,278 (0,5162)	-0,097 (0,5149)	0,116 (0,6032)	0,002 (0,5220)	0,158 (0,5315)	0,276 (0,5890)	-0,066 (0,5166)	0,681 (0,6471)
Konstante	4,382** (2,0328)	1,467 (1,0229)	6,742*** (2,5418)	8,508*** (2,3039)	8,692*** (2,2748)	8,383*** (2,3590)	9,813*** (2,4662)	10,427 (7,7825)	8,358*** (2,3108)	11,714 (9,4872)
Länder (Cluster)	104	110	100	100	100	100	100	100	100	100
Regionen-Signifikanz ^c	0,024	0,001	0,448	0,007	0,202	0,018	0,003	0,000	0,006	0,002
Beobachtungen	342	332	313	313	313	313	313	313	313	313
R ²	0,103	0,142	0,109	0,119	0,123	0,120	0,133	0,137	0,122	0,150
korrigiertes R ²	0,081	0,118	0,079	0,087	0,088	0,085	0,098	0,096	0,087	0,101

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b Durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in der Vorperiode.

^c P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Asien.

schiedener Kombinationen von ökonomischen Kontrollvariablen kein signifikanter Unterschied des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wachstums festgestellt werden kann. Das Vorzeichen des geschätzten Koeffizienten ist in der Mehrzahl der Spezifikationen negativ, jedoch ist dieses Ergebnis in keiner Spezifikation wenigstens auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant. Im Modell mit zehnjährigem Durchschnittswachstum als abhängige Variable wechselt der Koeffizient sogar sein Vorzeichen. Die Nullhypothese, dass kein signifikanter Unterschied des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums in Autokratien im Vergleich zu defekten Demokratien existiert, muss somit angenommen werden.

6.4.2 Wirtschaftswachstum, Staatsausgaben und defekte Demokratie

Die Pro-Kopf-Staatsquote hat in keiner der Spezifikationen des vergangenen Abschnitts einen signifikanten Einfluss auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum. Im folgenden Abschnitt wird die Hypothese überprüft, ob Staatsausgaben in defekten Demokratien im Vergleich zu Autokratien einen zusätzlichen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben. Damit wird unterstellt, dass Staatsausgaben, je nach Regimetyp, einen unterschiedlichen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben. Äquivalent zum Verfahren in Abschnitt 6.3.2 wird das Basismodell um die Pro-Kopf-Staatsquote und einen Interaktionsterm der Pro-Kopf-Staatsquote mit dem Defekte-Demokratie-Dummy erweitert. In Tabelle 6.8 sind die Ergebnisse der Schätzungen der zehn Spezifikationen mit dem Basismodell zusammengefasst.

Ein Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote über den Durchschnitt hat in Autokratien keinen Effekt auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum der folgenden 5 Jahre. Der geschätzte Koeffizient ist in keiner der neun Spezifikationen auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. Anders verhält es sich mit dem Unterschied des Effekts zwischen Autokratie und defekter Demokratie. Der Interaktionsterm ist in neun der zehn Spezifikationen auf dem 5- bzw. 10-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden und schwankt zwischen $-0,163$ und $-0,123$. Lediglich in der ersten Regression ist er insignifikant. Der Gesamteffekt der Staatsausgaben in defekten Demokratien ist in diesem Sample ebenfalls signifikant auf gängigen Niveaus. Die Linearkombination der Pro-Kopf-Staatsquote und des Interaktionsterms ist in den acht der neun Spezifikationen signifikant (5 bzw. 10%). Der Effekt schwankt dabei zwischen $-0,153$ und $-0,097$. Für Spezifikation (9) bedeutet das: Ein Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt über

den Durchschnitt hat im Schnitt ein um 0,153 Prozentpunkte niedrigeres durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum zur Folge *ceteris paribus*.

Die restlichen Befunde werden weitestgehend bestätigt. Der geschätzte Koeffizient des logarithmierten Ausgangsniveaus des BIPs pro Kopf ist in den Spezifikationen (3) bis (9) signifikant (5% bzw. 10%-Niveau). Der Effekt der Pro-Kopf-Investitionsquote ist in den Spezifikationen (4) und (8) signifikant (10%). Die Einschulungsquote hat in den Spezifikationen (3) und (4), sowie (6) bis (8) einen auf dem 10-Prozent-Niveau signifikanten Einfluss auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum *ceteris paribus*. In Spezifikation (9) liegt vermutlich der Fall nicht-perfekter Multikollinearität vor, da die Variable hohe Korrelationen mit dem Bevölkerungswachstum, dem Ausgangsniveau des BIP und mit dem Pro-Kopf-Öffnungsgrad aufweist (vgl. Tab. A.10). Ein F-Test auf gemeinsame Signifikanz hilft an dieser Stelle aufgrund einzelner Signifikanz von zwei der Variablen nicht weiter. Der OPEC-Dummy erweist sich weiterhin als signifikanter Erklärungsfaktor und ist in allen Spezifikationen mindestens auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant, genauso wie der geschätzte Koeffizient des Pro-Kopf-Öffnungsgrades (1% bzw. 5%). Das Bevölkerungswachstum, der GUS-Dummy sowie die logarithmierte Bevölkerungsgröße sind hingegen insignifikant auf dem 10-Prozent-Niveau. Der Interaktionsterm der logarithmierten Bevölkerungsgröße mit dem Pro-Kopf-Öffnungsgrad ist lediglich in der letzten Spezifikation signifikant (10%).

In Tabelle 6.9 werden die Ergebnisse der neun Schätzungen mit Lag der abhängigen Variablen zusammengefasst. Der Lag der abhängigen Variablen ist auch in diesen Spezifikationen auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant. Der geschätzte Koeffizient liegt im Intervall von 0,225 bis 0,278, sodass von schwacher Autokorrelation ausgegangen werden kann. Im Wesentlichen werden die Resultate trotz dieser Tatsache bestätigt. Der Unterschied des Effekts einer Erhöhung der Staatsquote zwischen beiden Regimen ist auf gängigen Niveaus in acht der neun Spezifikationen signifikant von null verschieden auf dem 5- bzw. 10-Prozentniveau. Es wird deutlich, dass der Effekt der Staatsquote, ohne Kontrolle des logarithmierten Ausgangsniveaus des Pro-Kopf-Einkommens, der Einschulungs- und Pro-Kopf-Investitionsquote, nach oben verzerrt ist. In Spezifikation (2) beträgt der geschätzte Koeffizient des Interaktionsterms -0,118 und in Spezifikation (3) -0,154. Wenn zusätzlich für Erdöl-exporte, Öffnungsgrad, logarithmierte Bevölkerungsgröße und Interaktionsterm aus beiden Variablen kontrolliert wird, dann sinkt der geschätzte Effekt-Unterschied abermals auf -0,162 (Spez. (7)). Unter Einschluss des Bevölkerungswachstums und des GUS-Dummies sinkt der geschätzte Koeffizient des Interaktionsterms schließlich auf -0,164. Somit hat ein Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozent-

Tab. 6.8: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten Demokratien und Autokratien (Basismodell)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Defekte Demokratie	-0,456 (0,6722)	-0,869 (0,5439)	-0,740 (0,5892)	-0,686 (0,5954)	-0,726 (0,5799)	-0,639 (0,5892)	-0,754 (0,5925)	-0,633 (0,6055)	-0,712 (0,5407)
Pro-Kopf-Staatsquote ^b	0,018 (0,0361)	-0,009 (0,0378)	0,033 (0,0340)	0,026 (0,0343)	0,026 (0,0340)	0,024 (0,0338)	0,013 (0,0491)	0,025 (0,0345)	0,007 (0,0515)
D. Dem. * Staatsquote ^b	-0,103 (0,0785)	-0,125* (0,0633)	-0,156** (0,0626)	-0,130* (0,0676)	-0,123* (0,0666)	-0,151** (0,0658)	-0,163** (0,0678)	-0,130* (0,0676)	-0,160** (0,0667)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,317 (0,3003)		-0,953** (0,4550)	-1,210*** (0,4537)	-1,122** (0,4880)	-1,494*** (0,4941)	-1,712** (0,7669)	-1,200*** (0,4554)	-1,658** (0,7841)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,050 (0,0357)	0,055 (0,0341)	0,059* (0,0336)	0,055 (0,0338)	0,031 (0,0316)	0,027 (0,0272)	0,060* (0,0336)	0,018 (0,0267)
Einschulungsquote		0,006 (0,0112)	0,031* (0,0182)	0,032* (0,0182)	0,027 (0,0207)	0,030* (0,0178)	0,027* (0,0155)	0,032* (0,0183)	0,018 (0,0174)
OPEC				1,832*** (0,6393)	1,801*** (0,6424)	1,827*** (0,6208)	2,299** (0,9502)	1,836*** (0,6396)	2,371** (0,9636)
Bevölkerungswachstum					-0,306 (0,3481)				-0,436 (0,3538)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad						0,020*** (0,0069)	0,058** (0,0288)		0,064** (0,0283)
log(Bev.Gr.)							0,129 (0,4758)		0,096 (0,5245)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)							-0,005 (0,0031)		-0,005* (0,0030)
GUS								1,091 (1,5681)	2,174 (2,1576)
Afrika	-2,130*** (0,6831)	-1,260 (1,0814)	-1,158 (1,0341)	-1,456 (1,0103)	-1,261 (0,9833)	-1,543 (0,9777)	-1,834*** (0,6500)	-1,446 (1,0117)	-1,628** (0,6483)
Zentraleuropa	-0,275 (0,9260)	1,910** (0,9022)	0,101 (0,8855)	0,268 (0,8961)	-0,105 (0,9225)	0,936 (0,9579)	1,286 (1,0493)	-0,175 (1,1362)	0,017 (1,1930)
Nordamerika	-1,054* (0,6045)	-1,268** (0,6032)	0,386 (0,6917)	0,674 (0,6579)	0,528 (0,6971)	2,071** (0,8708)	2,221 (1,6123)	0,681 (0,6562)	2,314 (1,7119)
Südamerika	-1,569** (0,7474)	-0,861 (0,6982)	-0,392 (0,7980)	-0,467 (0,7826)	-0,506 (0,7822)	-0,064 (0,8557)	0,087 (0,8953)	-0,488 (0,7846)	0,057 (0,8738)
Naher Osten	-0,421 (0,5480)	-0,698 (0,6451)	0,086 (0,5806)	-0,341 (0,5696)	-0,076 (0,6532)	-0,034 (0,5695)	0,086 (0,6164)	-0,332 (0,5706)	0,538 (0,6910)
Konstante	5,821** (2,4582)	1,656 (1,2186)	7,529*** (2,5455)	9,368*** (2,4919)	9,589*** (2,4532)	10,697*** (2,6760)	11,552 (8,9185)	9,277*** (2,5112)	12,673 (9,3777)
Staatsquote + D. Dem. * Staatsquote ^{b, c}	-0,085 0,071	-0,134** 0,052	-0,123** 0,052	-0,104* 0,056	-0,097* 0,056	-0,127** 0,056	-0,150* 0,077	-0,104* 0,056	-0,153* 0,080
Länder (Cluster)	106	111	101	101	101	101	101	101	101
Regionen-Signifikanz ^d	0,001	0,002	0,627	0,049	0,409	0,001	0,001	0,054	0,002
Beobachtungen	353	350	321	321	321	321	321	321	321
R ²	0,034	0,070	0,065	0,075	0,081	0,094	0,101	0,075	0,115
korrigiertes R ²	0,009	0,042	0,031	0,039	0,042	0,055	0,057	0,036	0,065

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau. Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b Variable Pro-Kopf-Staatsquote wurde auf ihren Mittelwert zentriert.

^c Koeffizient der Summe der geschätzten Koeffizienten von Pro-Kopf-Staatsquote und dem Interaktionsterm mit defekter Demokratie. Standardfehler in Klammer.

^d P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Asien.

punkt in defekten Demokratien einen zusätzlichen negativen Effekt in Höhe von 0,164 Prozentpunkten im Vergleich zu Autokratien *ceteris paribus* in Spezifikation (9).

Die Linearkombination aus Pro-Kopf-Staatsquote und Interaktionsterm mit dem Defekte-Demokratie-Dummy ist in sieben der neun Spezifikationen auf dem 5- bzw. 10-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden. In Spezifikation (1) ist der Effekt aufgrund ausgelassener Variablen (Pro-Kopf-Investitionen und Einschulungsquote, s. oben) insignifikant. In Spezifikation (5) liegt das Problem nicht-perfekter Multikollinearität vor. Gemeinsam mit dem geschätzten Koeffizienten der Einschulungsquote sind Schätzer der Effekte von Staatsquote und Interaktionsterm auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant von Null verschieden.⁴⁸

Die Befunde über die ökonomischen Kontrollvariablen verändern sich geringfügig. In den Spezifikationen (7) und (9) verliert der Pro-Kopf-Öffnungsgrad die Signifikanz. Gemeinsam mit der logarithmierten Bevölkerungsgröße und dem Interaktionsterm der Beiden sind die Variablen jedoch signifikant (5%), was auf nicht-perfekte Multikollinearität hindeutet.⁴⁹ Der GUS-Dummy ist erneut auf 10-Prozent-Niveau signifikant, allerdings fallen wieder Beobachtungen im Vergleich zur Schätzung mit dem Basismodell weg. Dieses Ergebnis darf somit nicht überinterpretiert werden, da es mit großen Unsicherheiten behaftet ist, wenn der Standardfehler (1,967 und 2,442) mit dem geschätzten Koeffizienten (3,314 und 4,252) verglichen wird.

Zuletzt bleibt der Test der Hypothese im Modell mit Periodeneffekten. Die Resultate der Schätzungen sind im Anhang in Tabelle A.19 zusammengefasst. Der Effekt der Staatsquote in Autokratien bleibt weiterhin insignifikant (10 %). Der Unterschied des Effekts der Erhöhung der Staatsquote ist zwischen beiden Regimen in den Spezifikationen (3), (7) und (9) signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau, in Spezifikation (6) auf dem 10-Prozent-Niveau. In diesen Spezifikationen schwankt der Effekt zwischen -0,129 und -0,143. Somit ist er in den Spezifikationen, die sich aus den vorangegangenen Schätzungen als unverzerrt herausgestellt haben (insbesondere Spez. (7) und (9)), signifikant von Null verschieden.

Der Gesamteffekt ist in beiden Spezifikationen ebenfalls auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant und beträgt -0,138 bzw. -0,140. Ein Anstieg der Staatsquote um einen Prozentpunkt über den Durchschnitt führt somit zu einem zusätzlichen Rückgang des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wachstums in defekten Demokratien im Vergleich zu Autokratien um im Schnitt 0,14 Prozentpunkte in Spezifikation (9). Damit

⁴⁸ F-Test auf gemeinsame Signifikanz in Spezifikation (5): $F(2, 100) = 2,39$; p-Wert = 0,073

⁴⁹ F-Test auf gemeinsame Signifikanz in Spezifikation (7): $F(3, 99) = 3,2$; p-Wert = 0,027

F-Test auf gemeinsame Signifikanz in Spezifikation (9): $F(3, 99) = 3,84$; p-Wert = 0,012

Tab. 6.9: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten Demokratien und Autokratien (Basismodell mit Lag)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Lag abh. Variable ^b	0,278*** (0,0692)	0,246*** (0,0773)	0,254*** (0,0748)	0,246*** (0,0769)	0,243*** (0,0786)	0,239*** (0,0727)	0,233*** (0,0712)	0,244*** (0,0775)	0,225*** (0,0712)
Defekte Demokratie	-0,158 (0,5556)	-0,707 (0,5282)	-0,540 (0,5241)	-0,506 (0,5277)	-0,532 (0,5201)	-0,466 (0,5222)	-0,557 (0,5148)	-0,382 (0,5407)	-0,439 (0,4903)
Staatsquote ^c	0,035 (0,0264)	0,009 (0,0339)	0,049* (0,0286)	0,043 (0,0281)	0,043 (0,0278)	0,041 (0,0278)	0,031 (0,0398)	0,042 (0,0281)	0,024 (0,0411)
D. Dem. * Staatsquote ^c	-0,102 (0,0694)	-0,118* (0,0652)	-0,154** (0,0606)	-0,132** (0,0637)	-0,127* (0,0639)	-0,151** (0,0628)	-0,162** (0,0649)	-0,134** (0,0633)	-0,164** (0,0649)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,241 (0,2559)		-0,869** (0,4213)	-1,078*** (0,4016)	-1,013** (0,4330)	-1,351*** (0,4275)	-1,540** (0,6471)	-1,065*** (0,4007)	-1,522** (0,6618)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,031 (0,0251)	0,031 (0,0235)	0,034 (0,0229)	0,031 (0,0220)	0,010 (0,0237)	0,006 (0,0216)	0,037 (0,0228)	0,002 (0,0198)
Einschulungsquote		0,006 (0,0105)	0,030* (0,0167)	0,030* (0,0167)	0,027 (0,0191)	0,029* (0,0165)	0,026* (0,0147)	0,030* (0,0167)	0,019 (0,0170)
OPEC				1,568*** (0,5598)	1,540*** (0,5612)	1,558*** (0,5458)	1,979** (0,7846)	1,583*** (0,5612)	2,093*** (0,7900)
Bevölkerungswachstum					-0,238 (0,3650)				-0,358 (0,3729)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad						0,018*** (0,0064)	0,045 (0,0319)		0,049 (0,0332)
log(Bev.Gr.)							0,050 (0,5547)		-0,019 (0,5932)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)							-0,003 (0,0034)		-0,004 (0,0035)
GUS								3,314* (1,9665)	4,252* (2,4415)
Afrika	-1,461** (0,6244)	-0,866 (0,9899)	-0,744 (0,9367)	-1,012 (0,9402)	-0,861 (0,9306)	-1,104 (0,9166)	-1,375** (0,6011)	-0,985 (0,9451)	-1,229** (0,6173)
Zentraleuropa	0,758 (0,9574)	3,457*** (1,0506)	0,569 (1,0645)	0,684 (1,0797)	0,373 (1,1162)	1,295 (1,1027)	1,547 (1,1574)	-0,542 (1,2597)	-0,378 (1,3175)
Nordamerika	-0,245 (0,4759)	-0,635 (0,5286)	0,900 (0,6712)	1,114* (0,6482)	0,998 (0,6906)	2,392*** (0,8299)	2,582 (1,5894)	1,151* (0,6436)	2,771* (1,6683)
Südamerika	-0,995 (0,6684)	-0,372 (0,6636)	0,027 (0,7604)	-0,061 (0,7549)	-0,099 (0,7660)	0,299 (0,7872)	0,399 (0,7780)	-0,105 (0,7561)	0,337 (0,7780)
Naher Osten	0,184 (0,4811)	-0,228 (0,5779)	0,512 (0,5289)	0,164 (0,5185)	0,363 (0,6191)	0,428 (0,5237)	0,518 (0,5509)	0,189 (0,5215)	0,900 (0,6625)
Konstante	4,305** (2,0384)	1,362 (1,0333)	6,775*** (2,4713)	8,289*** (2,2861)	8,479*** (2,2540)	9,601*** (2,4331)	10,914 (8,9302)	8,120*** (2,2965)	12,392 (9,1975)
Staatsquote + D. Dem. * Staatsquote ^{c, d}	-0,067 (0,062)	-0,109** (0,053)	-0,105** (0,051)	-0,088* (0,053)	-0,084 (0,054)	-0,110** (0,053)	-0,131* (0,070)	-0,092* (0,053)	-0,141* (0,073)
Länder (Cluster)	104	110	100	100	100	100	100	100	100
Regionen-Signifikanz ^e	0,041	0,006	0,245	0,017	0,152	0,002	0,000	0,019	0,001
Beobachtungen	342	332	313	313	313	313	313	313	313
R ²	0,109	0,148	0,120	0,127	0,131	0,143	0,147	0,130	0,160
korrigiertes R ²	0,082	0,119	0,084	0,089	0,090	0,102	0,101	0,089	0,109

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b Lag abh. Variable: durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in der Vorperiode.

^c Variable Pro-Kopf-Staatsquote wurde auf ihren Mittelwert zentriert.

^d Koeffizient der Summe der geschätzten Koeffizienten von Pro-Kopf-Staatsquote.

und dem Interaktionsterm mit defekter Demokratie. Standardfehler in Klammer.

^e P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Asien.

bleibt der Effekt weiterhin auf einem stabilen Niveau trotz der Kontrolle für Periodeneffekte.

Es stellt sich die Frage, was aus dem Effekt der Pro-Kopf-Staatsquote auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien verglichen mit Autokratien geschlossen werden kann. Zunächst kann geschlossen werden, dass Staatsausgaben in Autokratien, wie auch in Demokratien (vgl. Abschnitt 6.3.2), keinen signifikanten Einfluss auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum haben. Der Effekt war lediglich in einer der 27 verschiedenen Spezifikationen signifikant (vgl. Tab. 6.9). Zweitens wurde in Abschnitt 6.3.2 und hier erneut gezeigt, dass eine Erhöhung der Staatsquote mit einem im Schnitt niedrigeren durchschnittlichem Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien einhergeht. Die Nullhypothese, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien verglichen mit Autokratien einen negativen Effekt auf das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum haben kann somit in zweifacher Weise bestätigt werden: Erstens ist der Effekt per se in defekten Demokratien negativ. Zweitens ist der Unterschied des Effekts in der Mehrzahl der geschätzten Spezifikationen eindeutig negativ und auf gängigen Niveaus signifikant von Null verschieden. Damit kann die Nullhypothese nicht verworfen werden. Nichtsdestotrotz bleibt erneut das Problem, dass statistische Signifikanz nicht ökonomische Signifikanz bedeutet. Der Anstieg der Pro-Kopf-Staatsquote um einen Prozentpunkt lässt das durchschnittliche Wachstum um gerade einmal 0,14 Prozentpunkte sinken. Bei einer Standardabweichung der abhängigen Variablen von 5,05 in diesem Sample (vgl. A.5) ist dieser Effekt zu vernachlässigen.

7 Zusammenfassung und Ausblick

In der Einleitung wurde die Frage aufgeworfen, ob defekte Demokratien ein niedrigeres Wirtschaftswachstum haben als andere politische Systeme? Damit einher gingen auch Fragen nach dem theoretischen Zugang zu einem Wachstumsunterschied, dem Transmissionskanal des Wachstumsunterschieds, Messung defekter Demokratien sowie der ökonometrischen Herangehensweise.

Im zweiten Teil wurde der theoretische Zugang zu Wirtschaftswachstum und politischen Regimen mit den Arbeiten Mancur Olsons und Bueno de Mesquita et al. gelegt. Dabei wurde die Situation in einer Demokratie gegenüber der Autokratie gegenübergestellt. Aus Olson's Sicht war der Anreiz in Demokratien öffentliche Güter bereitzustellen größer als in Autokratien. Gleichzeitig wurde die andere Seite der Medaille in Demokratien gezeigt: Das wohlfahrtsmindernde Rent-Seeking-Verhalten von Interessengruppen in der Gesellschaft, welches durch funktionierende checks und balances eingedämmt wird. Autokratien hingegen hatten das Problem, dass die Gefahr eines kurzen Planungshorizonts seitens des Autokraten ihm den Anreiz gab, sich wie ein umherziehender Bandit zu verhalten. Gleichzeitig sind Autokratien anfällig für Nachfolgekrisen gewesen. Anschließend wurde die Selektorat-Theorie vorgestellt, welche Olsons Ansatz ergänzte indem die Umverteilung des Einkommens durch die Regierung konkretisiert wurde. In der Selektorat-Theorie wurde zugelassen, dass das Ausmaß der Umverteilung von der Größe der erforderlichen Mehrheit, der *Winning Coalition* abhängt und die Umverteilung aus einer Mischung aus privaten und öffentlichen Gütern besteht.

Im dritten Teil wurden die vier Typen defekter Demokratien ausgehend von der dreidimensionalen Demokratie-Definition nach Merkel et al. (2003) herausgearbeitet. Im vierten Teil wurden dann die Auswirkungen demokratischer Defekte auf den Einfluss von Interessengruppen in einer Gesellschaft und auf das Verhalten der umverteilenden Regierung diskutiert. Dabei wurde der Vergleich zu einer intakten Demokratie und zu Autokratien gezogen und Hypothesen über den Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien und Demokratien sowie Autokratien, und über den Effekt und Effekt-Unterschied des staatlichen Sektors auf das Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien im Vergleich zu den beiden anderen Regimen

aufgestellt. Ein kurzer Überblick über den Forschungsstand zu Wirtschaftswachstum und politischen Regimen verdeutlichte, dass die zentrale Forschungsfrage aus dieser Perspektive bisher nicht untersucht wurde.

In Teil fünf wurde die Frage der Messung defekter Demokratien diskutiert und mittels dem *Freedom in the World*-Rating und der *Electoral Democracy*-Auszeichnung ein Vorschlag zur Identifikation defekter Demokratien mittels der Erhebungen von Freedom House gemacht. Der Vergleich des Index mit dem Bertelsmann Transformation Index konnte der neuen Index-Konstruktion eine ausreichende Qualität bestätigen. Die Diskussion zeigte eine Schwäche der Demokratiemessung auf. Keiner der vorhandenen Demokratie-Indizes war für die Identifikation einzelner Defekte geeignet. Während einige Indizes Schwächen in der Demokratie-Konzeption hatten und Kernelemente der Demokratie nicht berücksichtigten, maßen andere die Verfassungsnorm und ließen die Verfassungsrealität unberücksichtigt. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass wenn ein Index überhaupt hybride Regime berücksichtigt, die Schwellenwerte nicht theoretisch fundiert sind. Auch das neu entwickelte Demokratiebarometer, welches die Funktionalität einzelner Demokratie-Bereiche misst verzichtet, sogar bewusst, auf Schwellenwerte. Somit bleibt die Frage der Identifikation defekter Demokratien und insbesondere des Defekt-Typs mittels eines Indizes nur unbefriedigend beantwortet. Der hier vorgestellte Ansatz war eine für die Analyse ausreichende Lösung, jedoch im Generellen keine befriedigende Lösung des allgemeinen Problems.

Schließlich wurde im sechsten Teil die empirische Prüfung der Hypothesen behandelt. Der Pro-Kopf-Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien und Demokratien wurde mittels 50 Regressionen untersucht. Unter der Kontrolle verschiedener Kombinationen ökonomischer Einflussfaktoren sowie Regionen-Dummies war der Unterschied signifikant auf gängigen Niveaus und negativ. Die wiederholte Schätzung der Regressionen mit Lag der abhängigen sowie mit Periodeneffekten bestätigte das bis zu einem Prozentpunkt niedrigere durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum defekter Demokratien gegenüber liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien. Der zusätzliche Vergleich des durchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums über zehn Jahren bestätigte ebenfalls diesen Unterschied. Somit konnte die Hypothese, dass das Wirtschaftswachstum in defekten Demokratien gegenüber liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien niedriger ist, bestätigt werden. Der Wachstumsunterschied zwischen autokratischen und defekt-demokratischen Systemen wurde ebenfalls mit 50 Regressionen untersucht. Im Gegensatz zum Vergleich mit Demokratien war der Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien und Autokratien jedoch in keiner Schätzung signifikant. Gemäß der theo-

retischen Überlegungen war das Wirtschaftswachstum in Autokratien identisch mit dem von defekten Demokratien.

Somit ist Antwort auf die Frage nach dem Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien und anderen politischen Systemen differenziert und fügt sich in das Bild über die bisherigen Ergebnissen zum Thema Wirtschaftswachstum und politische Regime. Während der Wachstumsunterschied zwischen defekten Demokratien und Autokratien nicht vorhanden ist, ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Wachstum von defekten gegenüber liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien signifikant niedriger. Bisherige Analysen haben sich auf den Wachstumsunterschied zwischen Autokratie und Demokratie gerichtet und konnten kein einheitliches Bild über den Wachstumsunterschied feststellen. Wenn defekte Demokratien separat betrachtet werden, dann zeigt sich, dass der Unterschied zwischen den Wachstumsraten zu liberalen, rechtsstaatlichen Demokratien signifikant ist. Gleichzeitig zeigt sich, dass defekte Demokratien und Autokratien keinen signifikanten Wachstumsunterschied aufweisen. Offen bleibt die Frage, ob, wenn defekte Demokratien separiert werden, Autokratien ein niedrigeres Wirtschaftswachstum haben, als Demokratien.

Der Transmissionskanal über den staatlichen Sektor wurde ebenfalls mit insgesamt je 27 Schätzungen pro Regime-Paar untersucht. Der Effekt der staatlichen Ausgaben war unter der Kontrolle von Regionen-Dummies und verschiedenen Kombinationen ökonomischer Kontrollvariablen im Basismodell und unter Kontrolle von Autokorrelation sowie Periodendummies auf gängigen Niveaus signifikant von Null verschieden. Ein Anstieg der Staatsquote um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt führte zu einem im Schnitt um 0,14 Prozentpunkte niedrigeres durchschnittliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum in den nachfolgenden fünf Jahren. Der Effekt ist somit, gemäß der aufgestellten Hypothese, negativ und auf gängigen Niveaus signifikant von Null verschieden. Während Staatsausgaben in defekten Demokratien einen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben, ist der Effekt in Autokratien und Demokratien hingegen insignifikant gewesen. Damit bestätigt die Analyse, dass Staatsausgaben in defekten Demokratien wachstumshemmend sind, wie aus der theoretischen Perspektive heraus angenommen wurde. Ebenfalls angenommen wurde, dass Staatsausgaben, aufgrund der Mischung aus privaten und öffentlichen Gütern, in defekten Demokratien im Vergleich zu den beiden anderen politischen Regimen einen zusätzlichen negativen Effekt haben. Diese Hypothese konnte ebenfalls bestätigt werden, da der Unterschied des Einflusses auf gängigen Niveaus signifikant und negativ war. Nicht überprüft wurden weitere Transmissionskanäle, wie beispielsweise über die Investitionen.

Schließlich hinterlässt die Untersuchung viele methodische Probleme. Ein Pro-

blem ist, dass politische Systeme einem kontinuierlichen Wandel unterliegen. Die Verwendung des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums über mehrere Jahre führt allerdings dazu, dass die Auswirkungen eines Wandels in diesem Zeitraum nicht berücksichtigt werden. Veränderte sich ein politisches System von einer Autokratie binnen zwei Jahren zu einer defekten Demokratie, in der vorliegenden Arbeit, so ging diese Beobachtung als defekte Demokratie in die Untersuchung ein. De facto wird somit ein Teil der Varianz in der Politik-Variablen ignoriert. Eine Möglichkeit dieses Problem zu umgehen ist ein natürliches Experiment mithilfe von Fixed Effects-Regressionen. Dadurch könnte der Wachstumsunterschied, sowie der Transmissionskanal über die Staatsausgaben, vor und nach einer Transformation verglichen werden. Leider ist der Einsatz dieses Verfahrens jedoch aufgrund der begrenzten Fallzahlen nicht möglich. Die Anzahl der Transformation politischer Systeme ist zu gering, um zuverlässige statistische Inferenzen mit diesem Verfahren zu erhalten.

Ein weiteres Problem ist der vergleichsweise kurze Beobachtungszeitraum. Dieser umfasste den Zeitraum von 1990 bis 2009 und wurde aufgrund der Datenverfügbarkeit insbesondere der *Electoral Democracy*-Auszeichnung gewählt. Dieses Problem wird sich somit in den kommenden Jahren per Definition relativieren. Doch die Datenverfügbarkeit bleibt nichtsdestotrotz ein Problem. Die vorliegende Analyse hat gezeigt, dass die Untersuchung des Wachstumsunterschieds zwischen politischen Systemen unter Kontrolle ökonomischer Variablen erfolgen muss. Internationale Organisationen wie die Weltbank stellen eine Fülle an Variablen zur Verfügung, jedoch sind die Zeitreihen unvollständig und bei weitem nicht für alle Länder verfügbar. Somit stellt die Datenverfügbarkeit in zweifacher Hinsicht ein Problem dar.

Schließlich bleibt die Frage, ob die Ergebnisse dieser Arbeit von praktischer Relevanz sind. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass liberale, rechtsstaatliche Demokratien gemessen am Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum ceteris paribus eine bessere Performanz aufweisen. Für die praktische Relevanz bedeutet dies, dass der Arbeit internationaler Organisationen zur Demokratie-Entwicklung und Förderung von Demokratisierungsprozessen im Hinblick auf den gesellschaftlichen Wohlstand besondere Bedeutung zukommt. Die kritische Begleitung von demokratischen Wahlen durch die OSZE oder die Europäische Union ist dabei genauso wichtig, wie die Förderung der Entwicklung eines allgemein akzeptierten und respektierten Rechtsstaats in jungen Demokratien, sowie die Belohnung von guter Regierungsführung und Bekämpfung von Drogenkartellen oder anderen kriminellen Organisationen. Die Ergebnisse haben somit praktische Relevanz und untermauern die Bedeutung

der internationalen Anstrengungen zur Förderung und Konsolidierung von Demokratien. Anstrengungen in diesen Bereichen seitens der Entwicklungspolitik können daher mit einer Investition für einen Anstieg des weltweiten Wohlstands verglichen werden, da ein steigender Demokratisierungsgrad förderlich für das weltweite Wirtschaftswachstum ist.

Anhang

Tab. A.1: Ländersample

Ägypten	Äquatorialguinea	Äthiopien	Afghanistan
Albanien	Algerien	Angola	Antigua und Barbuda
Argentinien	Armenien	Aserbaidshan	Australien
Bahamas	Bahrain	Bangladesch	Barbados
Belgien	Belize	Benin	Bhutan
Bolivien	Botswana	Brasilien	Brunei
Bulgarien	Burkina Faso	Burundi	Chile
Costa Rica	Dänemark	Deutschland	Dominica
Dominik. Republik	Dschibuti	Ecuador	El Salvador
Elfenbeinküste	Eritrea	Estland	Fidschi
Finnland	Frankreich	Gabun	Gambia
Georgien	Ghana	Grenada	Griechenland
Guatemala	Guinea	Guayana	Haiti
Honduras	Indien	Indonesien	Irak
Iran	Irland	Island	Israel
Italien	Jamaika	Japan	Jemen
Jordanien	Kambodscha	Kamerun	Kanada
Kap Verde	Kasachstan	Katar	Kenia
Kirgistan	Kiribati	Kolumbien	Komoren
Kongo, Dem. Rep.	Kongo, Rep.	Korea, Rep.	Kroatien
Kuba	Kuwait	Laos	Lesotho
Lettland	Libanon	Libyen	Litauen
Luxemburg	Madagaskar	Malawi	Malaysia
Malediven	Mali	Malta	Marokko
Marschallinseln	Mauritanien	Mauritius	Mazedonien
Mexiko	Mikronesien	Moldawien	Mongolei
Mosambik	Namibien	Nepal	Nicaragua
Niederlande	Niger	Nigeria	Neuseeland
Norwegen	Österreich	Oman	Pakistan
Palau	Panama	Papua-Neuguinea	Paraguay
Peru	Philippinen	Polen	Portugal
Ruanda	Rumänien	Russland	Salomon-Inseln
Sambia	Samoa	São Tomé und Príncipe	Saudi Arabien
Schweden	Schweiz	Senegal	Seychellen
Sierra Leone	Singapur	Simbabwe	Slowakei
Slowenien	Somalia	Spanien	Sri Lanka
St. Kitts und Nevis	St. Lucia	St. Vincent & Grenadinen	Sudan
Südafrika	Suriname	Swasiland	Syrien
Tadschikistan	Taiwan	Tansania	Thailand
Togo	Tonga	Trinidad und Tobago	Tschad
Tschechische Republik	Türkei	Tunesien	Turkmenistan
Vanuatu	Venezuela	Ver. Arab. Emirate	Ver. Königreich
Vietnam	Uganda	Ukraine	Ungarn
Uruguay	USA	Usbekistan	Weißrussland
	Zentralafr. Republik	Zypern	

Tab. A.2: Ländersample zum Vergleich von FHI und BTI

Ägypten	Äthiopien	Afghanistan	Albanien
Algerien	Angola	Argentinien	Armenien
Aserbaidshan	Bahrain	Bangladesch	Benin
Bhutan	Bolivien	Botswana	Brasilien
Bulgarien	Burkina Faso	Burundi	Chile
Costa Rica	Dominik. Republik	Ecuador	El Salvador
Elfenbeinküste	Eritrea	Estland	Georgien
Ghana	Guatemala	Guinea	Haiti
Honduras	Indien	Indonesien	Irak
Iran	Jamaika	Jemen	Jordanien
Kambodscha	Kamerun	Kasachstan	Katar
Kenia	Kirgistan	Kolumbien	Kongo, Dem. Rep.
Kongo, Rep.	Korea, Rep.	Kroatien	Kuba
Kuwait	Laos	Lesotho	Lettland
Libanon	Libyen	Litauen	Madagaskar
Malawi	Malaysia	Mali	Marokko
Mauritanien	Mazedonien	Mexiko	Moldawien
Mongolei	Mosambik	Namibien	Nepal
Nicaragua	Niger	Nigeria	Oman
Pakistan	Panama	Papua-Neuguinea	Paraguay
Peru	Philippinen	Polen	Ruanda
Rumänien	Russland	Sambia	Saudi Arabien
Senegal	Sierra Leone	Singapur	Simbabwe
Slowakei	Slowenien	Somalia	Sri Lanka
Südafrika	Syrien	Tadschikistan	Taiwan
Tansania	Thailand	Togo	Tschad
Tschechische Republik	Türkei	Tunesien	Turkmenistan
Venezuela	Ver. Arab. Emirate	Vietnam	Uganda
Ukraine	Ungarn	Uruguay	Usbekistan
	Weißrussland	Zentralafr. Republik	

Tab. A.3: Globale Datenbeschreibung

Variable	MW	Std. Abw.
durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum (5 J.)	2,331	4,157
Lag durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum (5 J.)	1,900	4,110
durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum (10 J.)	2,360	3,173
durchschnittl. Bevölkerungswachstum (5 J.)	1,596	1,433
durchschnittl. Bevölkerungswachstum (10 J.)	1,641	1,268
log. Bevölkerungsgröße	8,609	2,005
Pro-Kopf-Investitionsquote	22,679	10,711
Pro-Kopf-Staatsquote	12,805	9,124
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	79,910	46,352
Einschulungsquote	63,970	33,357
log. BIP pro Kopf 1990	8,397	1,286
Defekte Demokratie (Dummy 5 J.)	0,161	0,368
Defekte Demokratie (Dummy 10 J.)	0,076	0,265
Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)	-0,329	9,124
Defekte Demokratie (5 J.) * Pro-Kopf-Staatsquote	-0,314	2,805
log. Bevölkerungsgröße * Pro-Kopf-Öffnungsgrad	646,515	357,204

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.4: Datenbeschreibung Defekte Demokratie und liberale, rechtsstaatliche Demokratie (Fünfjahresintervalle)

Variable	MW	Std. Abw.
durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum	2,322	2,903
Lag durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum	2,031	3,004
durchschnittl. Bevölkerungswachstum	1,124	1,122
log. Bevölkerungsgröße	8,459	2,183
Pro-Kopf-Investitionsquote	23,780	10,16
Pro-Kopf-Staatsquote	12,633	8,689
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	78,325	39,905
Einschulungsquote	74,584	30,544
log. BIP pro Kopf 1990	8,742	1,151
Defekte Demokratie (Dummy)	0,267	0,443
Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)	-0,501	8,689
Defekte Demokratie * Pro-Kopf-Staatsquote	-0,521	3,598
log. Bevölkerungsgröße * Pro-Kopf-Öffnungsgrad	611,487	266,984

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.5: Datenbeschreibung defekte Demokratie und Autokratie (Fünfjahresintervalle)

Variable	MW	Std. Abw.
durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum	2,296	5,050
Lag durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum	1,498	4,926
durchschnittl. Bevölkerungswachstum	2,098	1,516
log. Bevölkerungsgröße	8,952	1,703
Pro-Kopf-Investitionsquote	20,555	10,672
Pro-Kopf-Staatsquote	12,523	9,031
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	77,575	50,586
Einschulungsquote	48,706	29,73
log. BIP 1990	7,834	1,209
Defekte Demokratie (Dummy)	0,289	0,454
Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)	-0,611	9,031
Defekte Demokratie * Pro-Kopf-Staatsquote	-0,563	3,738
log. Bevölkerungsgröße * Pro-Kopf-Öffnungsgrad	663,162	414,010

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.6: Datenbeschreibung defekte Demokratie und liberale, rechtsstaatliche Demokratie (Zehnjahresintervalle)

Variable	MW	Std. Abw.
durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum	2,367	2,110
durchschnittl. Bevölkerungswachstum	1,172	1,054
log, Bevölkerungsgröße	8,560	2,079
Pro-Kopf-Investitionsquote	23,373	10,581
Pro-Kopf-Staatsquote	12,741	8,968
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	80,162	44,245
Einschulungsquote	68,517	32,461
log, BIP 1990	8,528	1,246
Defekte Demokratie (Dummy)	0,093	0,291
log, Bevölkerungsgröße * Pro-Kopf-Öffnungsgrad	641,801	330,585

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.7: Datenbeschreibung defekte Demokratie und Autokratie (Zehnjahresintervalle)

Variable	MW	Std. Abw.
durchschnittl. Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum	2,289	3,898
durchschnittl. Bevölkerungswachstum	2,192	1,214
log, Bevölkerungsgröße	8,726	1,914
Pro-Kopf-Investitionsquote	21,801	10,762
Pro-Kopf-Staatsquote	12,738	9,199
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	79,864	47,900
Einschulungsquote	59,695	33,229
log, BIP 1990	8,209	1,287
Defekte Demokratie (Dummy)	0,096	0,296
log, Bevölkerungsgröße * Pro-Kopf-Öffnungsgrad	659,958	380,089

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.8: Globale Korrelationstabelle

	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (5 J.)	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (10 J.)	Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (5 J.)	Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (10 J.)	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (5 J.)	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (10 J.)	Lag durchschnittliches pro Kopf Wachstum	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (5 J.)	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (10 J.)	Pro-Kopf-Investitionsquote	Pro-Kopf-Staatsquote	Pro-Kopf-Öffnungsgrad	log. Bevölkerungsgröße	Pro-Kopf-Öffnungsgrad * log. Bevölkerungsgröße	Einschulungsquote	log. BIP pro Kopf 1990	Defekte Demokratie (5 J.)	Defekte Demokratie (10 J.)	Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)	
Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (5 J.)	1,000																			
Lag durchschnittliches pro Kopf Wachstum	0,258	1,000																		
Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (10 J.)	0,730	0,305	1,000																	
Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (5 J.)	-0,157	-0,153	-0,178	1,000																
Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (10 J.)	-0,233	-0,146	-0,187	0,917	1,000															
Pro-Kopf-Investitionsquote	0,101	0,239	0,099	-0,116	-0,153	1,000														
Pro-Kopf-Staatsquote	-0,066	-0,099	-0,042	0,079	0,091	0,097	1,000													
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	0,156	0,160	0,166	-0,020	0,016	0,357	0,076	1,000												
log. Bevölkerungsgröße	-0,026	-0,052	-0,045	0,020	0,015	-0,314	-0,481	-0,446	1,000											
Pro-Kopf-Öffnungsgrad * log. Bevölkerungsgröße	0,153	0,135	0,155	-0,009	0,037	0,223	-0,130	0,887	-0,033	1,000										
Einschulungsquote	0,103	0,156	0,160	-0,548	-0,610	0,152	-0,176	0,176	-0,089	0,139	1,000									
log. BIP pro Kopf 1990	-0,014	0,056	-0,020	-0,355	-0,397	0,129	-0,098	0,223	-0,136	0,163	0,830	1,000								
Defekte Demokratie (5 J.)	-0,016	-0,094	0,046	-0,009	-0,042	-0,132	-0,078	-0,133	0,137	-0,090	-0,151	-0,202	1,000							
Defekte Demokratie (10 J.)	-0,063	-0,052	-0,030	0,058	0,044	-0,086	-0,044	-0,127	0,079	-0,105	-0,149	-0,135	0,473	1,000						
Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)	-0,066	-0,099	-0,042	0,079	0,091	0,097	1,000	0,076	-0,481	-0,130	-0,176	-0,098	-0,078	-0,044	1,000					
Defekte Demokratie (5 J.) * Pro-Kopf-Staatsquote	-0,075	-0,026	-0,101	0,054	0,016	0,042	0,307	0,106	-0,226	0,024	0,031	0,080	-0,256	-0,044	0,307	1,000				
Defekte Demokratie (10 J.) * Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)																				

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.9: Korrelationen defekte Demokratie und liberale, rechtsstaatliche Demokratie (Fünfjahresintervalle)

	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (5 J.)	Lag durchschnittliches pro Kopf Wachstum	Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (5 J.)	Pro-Kopf-Investitionsquote	Pro-Kopf-Staatsquote	Pro-Kopf-Öffnungsgrad	log: Bevölkerungsgröße	Pro-Kopf-Öffnungsgrad * log: Bevölkerungsgröße	Einschulungsquote	log: BIP pro Kopf 1990	Defekte Demokratie (5 J.)	Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)	
Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (5 J.)	1,000												
Lag durchschnittliches pro Kopf Wachstum	0,164	1,000											
Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (5 J.)	-0,187	-0,242	1,000										
Pro-Kopf-Investitionsquote	0,039	0,284	-0,050	1,000									
Pro-Kopf-Staatsquote	-0,106	-0,123	0,112	0,281	1,000								
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	0,177	0,166	-0,119	0,313	0,201	1,000							
log: Bevölkerungsgröße	-0,014	-0,038	0,028	-0,388	-0,584	-0,587	1,000						
Pro-Kopf-Öffnungsgrad * log: Bevölkerungsgröße	0,188	0,175	-0,126	0,087	-0,133	0,820	-0,087	1,000					
Einschulungsquote	0,099	0,221	-0,648	0,076	-0,138	0,094	0,013	0,123	1,000				
log: BIP pro Kopf 1990	-0,029	0,129	-0,514	0,031	-0,157	0,100	0,014	0,107	0,819	1,000			
Defekte Demokratie (5 J.)	-0,030	-0,202	0,239	-0,258	-0,101	-0,188	0,215	-0,087	-0,437	-0,481	1,000		
Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)	-0,106	-0,123	0,112	0,281	1,000	0,201	-0,584	-0,133	-0,138	-0,157	-0,101	1,000	
Defekte Demokratie (5 J.) * Pro-Kopf-Staatsquote (mittelwertzentriert)	-0,139	-0,040	0,028	0,073	0,414	0,153	-0,279	0,023	0,104	0,152	-0,240	0,414	1,000

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.11: Korrelationen defekte Demokratie und liberale rechtsstaatliche Demokratie (Zehnjahresintervalle)

	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (10 J.)	Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (10 J.)	log. Bevölkerungsgröße	Pro-Kopf-Investitionsquote	Pro-Kopf-Staatsquote	Pro-Kopf-Öffnungsgrad	Einschulungsquote	log. BIP pro Kopf 1990	Defekte Demokratie (10 J.)	Pro-Kopf-Öffnungsgrad * log. Bevölkerungsgröße
Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (10 J.)	1,000									
Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (10 J.)	-0,294	1,000								
log. Bevölkerungsgröße	-0,062	0,047	1,000							
Pro-Kopf-Investitionsquote	0,110	-0,099	-0,341	1,000						
Pro-Kopf-Staatsquote	-0,044	0,092	-0,526	0,152	1,000					
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	0,226	-0,129	-0,483	0,324	0,111	1,000				
Einschulungsquote	0,107	-0,703	-0,060	0,120	-0,170	0,155	1,000			
log. BIP pro Kopf 1990	-0,076	-0,545	-0,092	0,082	-0,113	0,172	0,830	1,000		
Defekte Demokratie (10 J.)	-0,064	0,335	0,093	-0,119	-0,048	-0,151	-0,217	-0,190	1,000	
Pro-Kopf-Öffnungsgrad * log. Bevölkerungsgröße	0,212	-0,126	-0,037	0,164	-0,139	0,867	0,140	0,125	-0,123	1,000

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.12: Korrelationen defekte Demokratie und Autokratie (Zehnjahresintervalle)

	Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (10 J.)	Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (10 J.)	log. Bevölkerungsgröße	Pro-Kopf-Investitionsquote	Pro-Kopf-Staatsquote	Pro-Kopf-Öffnungsgrad	Einschulungsquote	log. BIP pro Kopf 1990	Defekte Demokratie (10 J.)	Pro-Kopf-Öffnungsgrad * log. Bevölkerungsgröße
Durchschnittliches pro Kopf Wachstum (10 J.)	1,000									
Durchschnittliches Bevölkerungswachstum (10 J.)	-0,224	1,000								
log. Bevölkerungsgröße	-0,026	-0,081	1,000							
Pro-Kopf-Investitionsquote	0,095	-0,075	-0,262	1,000						
Pro-Kopf-Staatsquote	-0,076	0,080	-0,455	0,041	1,000					
Pro-Kopf-Öffnungsgrad	0,137	0,089	-0,404	0,379	0,040	1,000				
Einschulungsquote	0,243	-0,391	-0,147	0,172	-0,156	0,238	1,000			
log. BIP pro Kopf 1990	0,006	-0,070	-0,199	0,153	-0,059	0,290	0,826	1,000		
Defekte Demokratie (10 J.)	-0,024	-0,220	0,074	-0,072	-0,048	-0,140	-0,128	-0,107	1,000	
Pro-Kopf-Öffnungsgrad * log. Bevölkerungsgröße	0,133	0,053	-0,027	0,282	-0,133	0,906	0,177	0,214	-0,124	1,000

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tab. A.13: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demokratien
(Basismodell über 10 Jahre)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Defekte Demokratie	-0,927* (0,5072)	-0,380 (0,3918)	-0,928** (0,4402)	-0,862** (0,4070)	-0,720* (0,3690)	-1,055** (0,4218)	-0,722* (0,3959)	-0,829** (0,4008)	-0,794** (0,3752)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,406 (0,2926)		-0,599** (0,2898)	-0,602** (0,2876)	-0,550** (0,2739)	-0,644** (0,2944)	-0,629** (0,2549)	-0,612** (0,2459)	-0,637*** (0,2387)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,006 (0,0205)		0,012 (0,0209)	0,006 (0,0210)	0,022 (0,0199)	-0,000 (0,0220)	0,009 (0,0225)	0,004 (0,0211)
Einschulungsquote		0,007 (0,0058)	0,016** (0,0070)	0,015** (0,0068)	0,001 (0,0068)	0,012* (0,0068)	0,016** (0,0067)	0,014** (0,0067)	0,000 (0,0068)
Bevölkerungswachstum					-0,776*** (0,2423)				-0,687*** (0,2443)
Pro-Kopf-Staatsquote						-0,062*** (0,0210)			-0,065*** (0,0236)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,010*** (0,0035)	0,032*** (0,0119)	0,025** (0,0114)
log(Bev.Gr.)								0,368** (0,1462)	0,159 (0,1572)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,002 (0,0015)	-0,001 (0,0014)
Afrika	-0,038 (0,8748)	1,167** (0,5414)	0,223 (0,7141)	0,093 (0,7787)	0,313 (0,7730)	0,081 (0,8057)	-0,273 (0,7426)	0,396 (0,7385)	0,078 (0,7804)
Asien	0,462 (0,5696)	1,454*** (0,4368)	0,856 (0,5293)	0,743 (0,5491)	0,675 (0,5475)	1,117* (0,5698)	0,465 (0,5343)	0,898* (0,5407)	0,887 (0,5608)
Zentraleuropa	1,381*** (0,4647)	2,762*** (0,5253)	1,344*** (0,5083)	1,299** (0,5097)	0,278 (0,5669)	1,440*** (0,5351)	0,953* (0,5088)	1,538*** (0,5407)	0,361 (0,6512)
Südamerika	0,541 (0,4224)	1,148*** (0,4016)	0,709* (0,3967)	0,627 (0,4402)	0,480 (0,4130)	0,858* (0,4458)	0,240 (0,4303)	0,957** (0,4761)	0,511 (0,4907)
Skandinavien	0,288 (0,1910)	0,055 (0,2371)	-0,008 (0,2676)	-0,016 (0,2643)	-0,183 (0,2771)	0,198 (0,2720)	-0,219 (0,3247)	0,669 (0,4554)	0,152 (0,4664)
Naher Osten	0,963** (0,3853)	1,118** (0,4314)	1,102** (0,4949)	1,054** (0,4905)	1,563*** (0,2771)	1,255*** (0,3717)	0,894 (0,5854)	1,361*** (0,4666)	1,690*** (0,3743)
Westeuropa	0,466* (0,2400)	0,427 (0,2734)	0,399 (0,2666)	0,367 (0,2724)	0,157 (0,3377)	0,435 (0,2809)	-0,055 (0,2944)	0,296 (0,2646)	-0,109 (0,3511)
Konstante	5,486* (2,9416)	0,600 (0,5968)	5,987** (2,5894)	5,840** (2,4952)	7,578*** (2,4155)	6,785** (2,6550)	5,873*** (2,2381)	1,408 (2,7617)	6,707** (3,0992)
Länder (Cluster)	110	112	106	106	106	106	106	106	106
Regionen-Signifikanz ^b	0,005	0,000	0,053	0,065	0,000	0,011	0,195	0,044	0,000
Beobachtungen	199	187	181	181	181	181	181	181	181
R ²	0,061	0,130	0,106	0,109	0,173	0,155	0,146	0,182	0,270
korrigiertes R ²	0,016	0,080	0,054	0,051	0,114	0,095	0,085	0,113	0,199

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Nordamerika.

Tab. A.14: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Demokratien
(Basismodell mit Periodeneffekt über 10 Jahre)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Defekte Demokratie	-0,887* (0,5011)	-0,448 (0,3881)	-0,932** (0,4364)	-0,869** (0,4075)	-0,729** (0,3664)	-1,065** (0,4220)	-0,743* (0,3943)	-0,837** (0,3995)	-0,808** (0,3692)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,407 (0,2921)		-0,497 (0,3203)	-0,501 (0,3191)	-0,454 (0,2996)	-0,540 (0,3275)	-0,546* (0,2871)	-0,544* (0,2792)	-0,569** (0,2679)
Pro-Kopf-Investitionen		0,006 (0,0197)		0,011 (0,0203)	0,006 (0,0202)	0,021 (0,0188)	0,001 (0,0214)	0,009 (0,0220)	0,004 (0,0203)
Einschulungsquote		0,001 (0,0066)	0,009 (0,0089)	0,009 (0,0087)	-0,005 (0,0086)	0,005 (0,0086)	0,011 (0,0085)	0,010 (0,0083)	-0,004 (0,0083)
Bevölkerungswachstum					-0,763*** (0,2385)				-0,675*** (0,2389)
Pro-Kopf-Investitionsquote						-0,063*** (0,0202)			-0,068*** (0,0231)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,009** (0,0037)	0,032*** (0,0121)	0,025** (0,0116)
log(Bev.Gr.)								0,370** (0,1447)	0,155 (0,1556)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,002 (0,0015)	-0,002 (0,0015)
D2000	0,696** (0,2850)	0,822** (0,3330)	0,621* (0,3461)	0,617* (0,3482)	0,585* (0,3454)	0,639* (0,3472)	0,486 (0,3528)	0,433 (0,3669)	0,460 (0,3643)
Afrika	-0,040 (0,8864)	0,836 (0,5363)	0,143 (0,7212)	0,019 (0,7786)	0,239 (0,7732)	0,004 (0,8140)	-0,291 (0,7500)	0,361 (0,7495)	0,018 (0,7892)
Asien	0,525 (0,5778)	1,364*** (0,4162)	0,906 (0,5467)	0,797 (0,5660)	0,727 (0,5661)	1,179* (0,6024)	0,539 (0,5495)	0,946* (0,5676)	0,942 (0,5936)
Zentraleuropa	1,340*** (0,4584)	2,620*** (0,4976)	1,381*** (0,4935)	1,338*** (0,4974)	0,332 (0,5544)	1,482*** (0,5358)	1,022** (0,5016)	1,593*** (0,5423)	0,426 (0,6516)
Südamerika	0,590 (0,4392)	1,057*** (0,4014)	0,728* (0,4076)	0,649 (0,4508)	0,503 (0,4297)	0,884* (0,4758)	0,301 (0,4346)	0,979* (0,4941)	0,525 (0,5125)
Skandinavien	0,357 (0,2183)	0,269 (0,2310)	0,171 (0,2883)	0,162 (0,2896)	-0,011 (0,3077)	0,386 (0,3248)	-0,056 (0,3414)	0,794* (0,4648)	0,276 (0,4864)
Naher Osten	1,012** (0,3879)	1,122*** (0,3735)	1,127** (0,4646)	1,080** (0,4626)	1,580*** (0,3039)	1,286*** (0,3710)	0,932* (0,5502)	1,380*** (0,4412)	1,699*** (0,4149)
Westeuropa	0,536** (0,2629)	0,521** (0,2588)	0,478* (0,2766)	0,447 (0,2865)	0,237 (0,3564)	0,520 (0,3238)	0,056 (0,3055)	0,393 (0,2944)	-0,011 (0,3858)
Konstante	5,082* (2,9652)	0,691 (0,5900)	5,180* (2,8046)	5,043* (2,7168)	6,792** (2,5980)	5,976** (2,8814)	5,241** (2,4590)	0,947 (2,9431)	6,325* (3,2122)
Länder (Cluster)	110	112	106	106	106	106	106	106	106
Regionen-Signifikanz ^b	0,011	0,000	0,026	0,032	0,000	0,008	0,164	0,024	0,000
Beobachtungen	199	187	181	181	181	181	181	181	181
R ²	0,090	0,164	0,129	0,131	0,193	0,179	0,159	0,192	0,282
korrigiertes R ²	0,041	0,112	0,072	0,069	0,130	0,115	0,094	0,119	0,207

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1999, 2000 - 2009.

^b P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Nordamerika.

Tab. A.15: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekte Demokratien und Demokratien (Basismodell mit Periodeneffekte)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Defekte Demokratie	-1,092** (0,4791)	-0,754** (0,3650)	-1,254*** (0,4509)	-1,106*** (0,4048)	-1,094*** (0,4162)	-1,034** (0,3976)	-1,131*** (0,3749)	-1,142*** (0,4195)	-1,152*** (0,4009)
Pro-Kopf-Staatsquote ^b	-0,036 (0,0218)	-0,007 (0,0289)	-0,013 (0,0274)	-0,023 (0,0263)	-0,023 (0,0263)	-0,037 (0,0269)	-0,027 (0,0278)	-0,023 (0,0264)	-0,028 (0,0276)
D. Dem. * Staatsquote ^b	-0,055 (0,0687)	-0,132** (0,0548)	-0,108* (0,0581)	-0,099* (0,0566)	-0,097* (0,0565)	-0,099* (0,0545)	-0,095* (0,0523)	-0,099* (0,0566)	-0,093* (0,0523)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,403 (0,3063)		-0,680** (0,3247)	-0,707** (0,3179)	-0,700** (0,3199)	-0,808*** (0,2670)	-0,854*** (0,2563)	-0,723** (0,3214)	-0,863*** (0,2673)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,021 (0,0188)		0,031* (0,0182)	0,030 (0,0189)	0,016 (0,0190)	0,017 (0,0191)	0,031* (0,0182)	0,017 (0,0195)
Einschulungsquote		0,002 (0,0085)	0,015 (0,0100)	0,013 (0,0097)	0,011 (0,0126)	0,016* (0,0087)	0,017* (0,0085)	0,013 (0,0097)	0,016 (0,0118)
Bevölkerungswachstum					-0,101 (0,4526)				-0,044 (0,4438)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad						0,013*** (0,0037)	0,047*** (0,0146)		0,046*** (0,0155)
log(Bev.Gr.)							0,396** (0,1519)		0,382** (0,1595)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)							-0,004** (0,0018)		-0,004** (0,0019)
GUS								1,096* (0,6180)	0,948 (0,6640)
D1995	1,369*** (0,4423)	1,161** (0,4623)	1,174** (0,4602)	1,164** (0,4642)	1,156** (0,4601)	1,044** (0,4583)	1,045** (0,4605)	1,155** (0,4654)	1,033** (0,4580)
D2000	1,090*** (0,4050)	1,186** (0,4703)	0,807* (0,4796)	0,778 (0,4859)	0,777 (0,4857)	0,589 (0,4807)	0,596 (0,4838)	0,767 (0,4848)	0,584 (0,4847)
D2005	1,593*** (0,4120)	1,287*** (0,4494)	1,098** (0,4829)	1,084** (0,4781)	1,078** (0,4785)	0,817* (0,4711)	0,833* (0,4851)	1,084** (0,4778)	0,828* (0,4864)
Afrika	-0,060 (0,9183)	0,617 (0,6219)	-0,213 (0,8681)	-0,485 (0,8898)	-0,465 (0,9113)	-0,944 (0,8434)	-0,422 (0,8114)	-0,510 (0,9000)	-0,459 (0,8499)
Asien	0,903* (0,5306)	1,359*** (0,4487)	0,868 (0,5512)	0,624 (0,5596)	0,625 (0,5582)	0,360 (0,5430)	0,623 (0,5227)	0,615 (0,5611)	0,603 (0,5252)
Zentraleuropa	1,705*** (0,4614)	2,417*** (0,3962)	1,548*** (0,4878)	1,483*** (0,4772)	1,347* (0,7570)	0,962* (0,5182)	1,507*** (0,4962)	1,427*** (0,4970)	1,375* (0,8190)
Südamerika	0,916* (0,4828)	1,200*** (0,4274)	0,805* (0,4751)	0,613 (0,5124)	0,590 (0,4983)	0,121 (0,5288)	0,596 (0,5330)	0,605 (0,5151)	0,558 (0,5394)
Skandinavien	0,456* (0,2334)	0,248 (0,2407)	0,114 (0,2981)	0,138 (0,2957)	0,116 (0,3206)	-0,157 (0,3919)	0,606 (0,4226)	0,142 (0,2987)	0,569 (0,4626)
Naher Osten	1,013*** (0,3301)	1,029*** (0,3821)	0,858** (0,3404)	0,781** (0,3515)	0,860* (0,4659)	0,616 (0,4767)	1,006*** (0,3503)	0,791** (0,3576)	1,034** (0,4473)
Westeuropa	0,592** (0,2760)	0,470* (0,2597)	0,415 (0,2942)	0,361 (0,3032)	0,336 (0,3296)	-0,225 (0,3652)	0,144 (0,2945)	0,361 (0,3055)	0,115 (0,3302)
Konstante	4,174 (3,0935)	-0,212 (0,7240)	5,955** (2,9899)	5,697** (2,8059)	5,943** (2,8380)	6,236** (2,4494)	2,590 (2,8348)	5,847** (2,8507)	2,969 (3,1216)
Staatsquote + D. Dem. * Staatsquote ^{b, c}	-0,091 (0,067)	-0,139*** (0,051)	-0,122** (0,055)	-0,122** (0,055)	-0,119*** (0,055)	-0,136*** (0,052)	-0,121** (0,049)	-0,122** (0,055)	-0,121** (0,048)
Länder (Cluster)	116	122	115	115	115	115	115	115	115
Regionen-Signifikanz ^d	0,001	0,000	0,005	0,005	0,008	0,014	0,002	0,007	0,001
Perioden-Signifikanz ^e	0,002	0,032	0,058	0,060	0,058	0,123	0,127	0,061	0,123
Beobachtungen	402	391	374	374	374	374	374	374	374
R ²	0,106	0,131	0,127	0,137	0,138	0,167	0,181	0,138	0,182
korrigiertes R ²	0,074	0,096	0,091	0,099	0,097	0,128	0,137	0,097	0,133

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b Variable Pro-Kopf-Staatsquote wurde auf ihren Mittelwert zentriert.

^c Koeffizient der Summe der geschätzten Koeffizienten von Pro-Kopf-Staatsquote und dem Interaktionsterm mit defekter Demokratie. Standardfehler in Klammer.

^d P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Nordamerika.

^e P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Perioden-Dummies.

Tab. A.16: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Autokratien
(Basismodell mit Periodeneffekte)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Defekte Demokratie	-0,473 (0,5606)	-0,552 (0,4857)	-0,533 (0,5442)	-0,517 (0,5502)	-0,568 (0,5284)	-0,516 (0,6029)	-0,444 (0,5555)	-0,516 (0,5266)	-0,493 (0,5680)	-0,562 (0,5617)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,315 (0,3060)		-0,643 (0,5355)	-0,922* (0,5303)	-0,837 (0,5643)	-0,922* (0,5132)	-1,156* (0,5836)	-1,361* (0,7932)	-0,919* (0,5326)	-1,320 (0,8270)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,045 (0,0345)	0,049 (0,0329)	0,054 (0,0327)	0,050 (0,0329)	0,054 (0,0324)	0,034 (0,0299)	0,031 (0,0271)	0,054 (0,0326)	0,021 (0,0250)
Einschulungsquote		-0,009 (0,0115)	0,010 (0,0225)	0,012 (0,0225)	0,008 (0,0246)	0,012 (0,0218)	0,012 (0,0223)	0,009 (0,0208)	0,012 (0,0226)	-0,000 (0,0197)
OPEC				1,883*** (0,5800)	1,842*** (0,5835)	1,883*** (0,5850)	1,921*** (0,5726)	2,387*** (0,8277)	1,884*** (0,5803)	2,507** (0,9707)
Bevölkerungswachstum					-0,291 (0,3197)					-0,406 (0,3234)
Pro-Kopf-Staatsquote						0,000 (0,0291)				-0,022 (0,0524)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,014** (0,0064)	0,058** (0,0262)		0,064** (0,0259)
log(Bev.Gr.)								0,201 (0,3909)		0,145 (0,5142)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,005* (0,0028)		-0,006** (0,0027)
GUS									0,468 (1,2436)	1,421 (1,8686)
D1995	2,341*** (0,8364)	2,266*** (0,8584)	2,562*** (0,8622)	2,566*** (0,8636)	2,507*** (0,8836)	2,566*** (0,8640)	2,515*** (0,8541)	2,507*** (0,8726)	2,560*** (0,8683)	2,402*** (0,8854)
D2000	2,584*** (0,6747)	3,298*** (0,7044)	2,912*** (0,6765)	2,867*** (0,6769)	2,871*** (0,6734)	2,867*** (0,6785)	2,725*** (0,6398)	2,772*** (0,6542)	2,860*** (0,6785)	2,739*** (0,6458)
D2005	3,442*** (0,6241)	3,977*** (0,7017)	3,586*** (0,7820)	3,496*** (0,7749)	3,461*** (0,7542)	3,496*** (0,7735)	3,295*** (0,7703)	3,441*** (0,7250)	3,491*** (0,7763)	3,389*** (0,6964)
Afrika	-2,177*** (0,6511)	-1,633 (1,0670)	-1,463 (1,0498)	-1,740* (1,0272)	-1,549 (0,9936)	-1,740* (1,0255)	-1,802* (1,0018)	-2,094*** (0,7237)	-1,736* (1,0274)	-1,948*** (0,6366)
Zentraleuropa	-0,382 (0,7977)	1,880** (0,8460)	0,306 (0,7124)	0,453 (0,7043)	0,101 (0,7121)	0,453 (0,7085)	0,900 (0,7943)	1,246 (0,8558)	0,262 (0,9418)	0,385 (1,1231)
Nordamerika	-0,432 (0,5723)	0,098 (0,4954)	0,660 (0,6658)	1,022 (0,6320)	0,889 (0,6683)	1,024 (0,6502)	1,983** (0,9101)	2,150 (1,6567)	1,028 (0,6318)	2,128 (1,6194)
Südamerika	-1,507** (0,7019)	-0,861 (0,6959)	-0,524 (0,8305)	-0,562 (0,8128)	-0,589 (0,8022)	-0,562 (0,8301)	-0,311 (0,8884)	-0,190 (0,8824)	-0,572 (0,8176)	-0,172 (0,8956)
Naher Osten	-0,583 (0,5475)	-0,476 (0,5618)	-0,076 (0,5369)	-0,479 (0,5056)	-0,227 (0,5850)	-0,479 (0,5238)	-0,259 (0,5336)	-0,088 (0,6285)	-0,474 (0,5066)	0,252 (0,6639)
Konstante	3,850 (2,3555)	0,147 (1,4300)	4,138 (2,7699)	6,092** (2,6511)	6,305** (2,5869)	6,091** (2,7524)	7,306** (2,9180)	7,381 (7,6197)	6,062** (2,6694)	9,170 (9,8206)
Länder (Cluster)	106	111	101	101	101	101	101	101	101	101
Regionen-Signifikanz ^b	0,022	0,032	0,087	0,001	0,011	0,014	0,000	0,000	0,001	0,000
Perioden-Signifikanz ^c	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Beobachtungen	353	350	321	321	321	321	321	321	321	321
R ²	0,097	0,137	0,122	0,133	0,139	0,133	0,143	0,151	0,133	0,163
korrigiertes R ²	0,071	0,109	0,088	0,097	0,099	0,094	0,103	0,106	0,094	0,110

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.
Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Asien.

^c P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Perioden-Dummies.

Tab. A.17: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Autokratien
(Basismodell über 10 Jahre)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Defekte Demokratie	-0,214 (0,6140)	-0,207 (0,5736)	-0,056 (0,5667)	-0,119 (0,5554)	-0,124 (0,5517)	-0,118 (0,5944)	-0,027 (0,5639)	-0,127 (0,5719)	0,049 (0,5674)	0,050 (0,6124)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,280 (0,3082)		-0,469 (0,3351)	-0,762** (0,2917)	-0,654** (0,3196)	-0,763*** (0,2791)	-0,958*** (0,3414)	-0,997** (0,4112)	-0,751** (0,2886)	-0,936** (0,4169)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,041 (0,0391)	0,050 (0,0381)	0,054 (0,0372)	0,051 (0,0372)	0,054 (0,0373)	0,035 (0,0324)	0,031 (0,0290)	0,058 (0,0374)	0,024 (0,0269)
Einschulungsquote		-0,005 (0,0084)	0,007 (0,0109)	0,009 (0,0107)	0,003 (0,0141)	0,009 (0,0105)	0,009 (0,0109)	0,007 (0,0104)	0,008 (0,0107)	-0,002 (0,0131)
OPEC				1,966*** (0,5733)	1,920*** (0,5773)	1,966*** (0,5755)	1,945*** (0,5758)	2,079*** (0,6849)	1,975*** (0,5729)	2,135*** (0,7186)
Bevölkerungswachstum					-0,347 (0,3696)					-0,518 (0,3773)
Pro-Kopf-Staatsquote						0,000 (0,0287)				0,002 (0,0317)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,012** (0,0059)	0,065 (0,0395)		0,073* (0,0387)
log(Bev.Gr.)								0,492* (0,2775)		0,477* (0,2506)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,006 (0,0040)		-0,006 (0,0040)
GUS									3,241** (1,3301)	2,947** (1,3960)
Afrika	-2,081*** (0,6737)	-1,959*** (0,7297)	-1,813*** (0,6843)	-2,160*** (0,6688)	-1,876*** (0,6641)	-2,160*** (0,6713)	-2,245*** (0,6494)	-2,189*** (0,6565)	-2,105*** (0,6743)	-1,818*** (0,6383)
Zentraleuropa	1,407* (0,7655)	4,412*** (1,1613)	1,652* (0,9341)	1,772* (0,9734)	1,349 (0,9798)	1,770* (0,9844)	2,109** (1,0421)	2,386** (0,9670)	0,471 (0,5538)	0,691 (0,8888)
Nordamerika	-1,251** (0,5444)	-1,031* (0,5361)	-0,385 (0,6440)	-0,022 (0,5645)	-0,129 (0,5907)	-0,017 (0,6167)	0,837 (0,8250)	0,307 (0,9177)	0,061 (0,5622)	0,572 (0,9231)
Südamerika	-2,187*** (0,6273)	-1,796*** (0,6630)	-1,549** (0,7240)	-1,603** (0,6966)	-1,604** (0,6733)	-1,603** (0,7110)	-1,300* (0,7687)	-1,055 (0,8464)	-1,660** (0,7043)	-1,024 (0,8561)
Naher Osten	-0,488 (0,5556)	-0,422 (0,5903)	-0,099 (0,5634)	-0,554 (0,5295)	-0,223 (0,6356)	-0,552 (0,5619)	-0,410 (0,5463)	-0,313 (0,6125)	-0,501 (0,5325)	0,316 (0,7032)
Konstante	5,518** (2,5379)	2,357** (1,0955)	5,129** (2,1452)	7,264*** (1,8805)	7,350*** (1,8798)	7,262*** (1,9289)	8,243*** (2,0664)	3,982 (2,9376)	7,055*** (1,8851)	4,832 (3,2880)
Länder (Cluster)	97	101	92	92	92	92	92	92	92	92
Regionen-Signifikanz ^b	0,000	0,000	0,004	0,000	0,010	0,000	0,000	0,000	0,000	0,008
Beobachtungen	173	166	157	157	157	157	157	157	157	157
R ²	0,069	0,233	0,135	0,167	0,178	0,167	0,185	0,203	0,175	0,230
korrigiertes R ²	0,029	0,194	0,082	0,110	0,115	0,104	0,123	0,130	0,112	0,142

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^aAbhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^bP-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Asien.

Tab. A.18: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum, defekte Demokratien und Autokratien
(Basismodell mit Periodeneffekt über 10 Jahre)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
Defekte Demokratie	-0,231 (0,6059)	-0,207 (0,5332)	-0,037 (0,5298)	-0,095 (0,5220)	-0,100 (0,5164)	-0,086 (0,5633)	-0,038 (0,5263)	-0,140 (0,5358)	0,032 (0,5367)	-0,003 (0,5777)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,264 (0,3113)		-0,242 (0,3358)	-0,515* (0,2886)	-0,404 (0,3074)	-0,519* (0,2775)	-0,647* (0,3348)	-0,718* (0,3949)	-0,509* (0,2860)	-0,655 (0,3966)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,038 (0,0358)	0,048 (0,0349)	0,052 (0,0343)	0,049 (0,0342)	0,052 (0,0343)	0,040 (0,0302)	0,035 (0,0264)	0,055 (0,0346)	0,028 (0,0247)
Einschulungsquote		-0,015 (0,0082)	-0,009 (0,0108)	-0,007 (0,0107)	-0,013 (0,0132)	-0,007 (0,0105)	-0,006 (0,0110)	-0,008 (0,0110)	-0,007 (0,0107)	-0,017 (0,0127)
OPEC				1,803*** (0,5373)	1,756*** (0,5400)	1,802*** (0,5385)	1,794*** (0,5434)	1,995*** (0,6543)	1,811*** (0,5381)	2,027*** (0,6858)
Bevölkerungswachstum					-0,355 (0,3290)					-0,506 (0,3386)
Pro-Kopf-Staatsquote						0,002 (0,0265)				0,005 (0,0294)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad							0,008 (0,0053)	0,066* (0,0389)		0,075* (0,0385)
log(Bev.Gr.)								0,504* (0,2715)		0,515** (0,2537)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)								-0,006 (0,0040)		-0,007* (0,0040)
GUS									2,463* (1,3711)	2,095 (1,4994)
D2000	1,702*** (0,4511)	2,437*** (0,4910)	2,410*** (0,4876)	2,365*** (0,4849)	2,370*** (0,4767)	2,366*** (0,4873)	2,288*** (0,4657)	2,319*** (0,4782)	2,340*** (0,4833)	2,291*** (0,4645)
Afrika	-2,093*** (0,6817)	-2,191*** (0,6809)	-1,995*** (0,6454)	-2,310*** (0,6310)	-2,020*** (0,6259)	-2,310*** (0,6335)	-2,359*** (0,6141)	-2,346*** (0,6282)	-2,267*** (0,6372)	-1,974*** (0,6199)
Zentraleuropa	0,847 (0,7795)	3,742*** (1,0496)	1,373 (0,8300)	1,488* (0,8412)	1,054 (0,8289)	1,481* (0,8532)	1,712* (0,9297)	2,024** (0,9330)	0,502 (0,8344)	0,676 (1,1771)
Nordamerika	-0,472 (0,6041)	0,261 (0,5904)	0,656 (0,6900)	0,970 (0,6307)	0,862 (0,6514)	0,999 (0,6833)	1,483* (0,8533)	1,016 (0,9866)	1,022 (0,6339)	1,218 (1,0042)
Südamerika	-2,125*** (0,6373)	-1,585** (0,6445)	-1,462** (0,7146)	-1,513** (0,6972)	-1,513** (0,6723)	-1,517** (0,7140)	-1,323* (0,7674)	-1,055 (0,8363)	-1,557** (0,7048)	-1,013 (0,8493)
Naher Osten	-0,555 (0,5713)	-0,317 (0,5592)	-0,114 (0,5581)	-0,531 (0,5144)	-0,192 (0,6076)	-0,517 (0,5450)	-0,440 (0,5279)	-0,317 (0,6040)	-0,491 (0,5179)	0,294 (0,6941)
Konstante	4,594* (2,5943)	1,672 (1,0493)	2,939 (2,2119)	4,938** (1,9166)	5,021*** (1,8959)	4,927** (1,9614)	5,636*** (2,0544)	1,539 (2,7440)	4,804** (1,9148)	2,079 (3,0987)
Länder (Cluster)	97	101	92	92	92	92	92	92	92	92
Regionen-Signifikanz ^b	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,002
Beobachtungen	173	166	157	157	157	157	157	157	157	157
R ²	0,120	0,346	0,269	0,296	0,307	0,296	0,303	0,324	0,300	0,348
korrigiertes R ²	0,078	0,308	0,219	0,243	0,250	0,237	0,245	0,257	0,242	0,268

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^aAbhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1999, 2000 - 2009.

^bP-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Asien.

Tab. A.19: Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum und Staatsquote in defekten Demokratien und Autokratien (Basismodell mit Periodeneffekte)^a

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Defekte Demokratie	-0,551 (0,6530)	-0,839 (0,5396)	-0,745 (0,5937)	-0,697 (0,5996)	-0,733 (0,5824)	-0,663 (0,5986)	-0,790 (0,5990)	-0,674 (0,6124)	-0,769 (0,5498)
log(BIP/Kopf) 1990	-0,304 (0,3019)		-0,658 (0,5154)	-0,901* (0,5202)	-0,822 (0,5517)	-1,147** (0,5714)	-1,397* (0,8122)	-0,897* (0,5222)	-1,349 (0,8303)
Staatsquote ^b	0,023 (0,0346)	-0,012 (0,0378)	0,028 (0,0310)	0,021 (0,0318)	0,022 (0,0314)	0,020 (0,0317)	0,005 (0,0476)	0,021 (0,0318)	0,001 (0,0498)
D. Dem. * Staatsquote ^b	-0,095 (0,0711)	-0,101 (0,0646)	-0,135** (0,0618)	-0,111 (0,0674)	-0,105 (0,0656)	-0,129* (0,0669)	-0,143** (0,0692)	-0,111 (0,0675)	-0,141** (0,0678)
Pro-Kopf-Investitionsquote		0,045 (0,0339)	0,052 (0,0325)	0,056* (0,0322)	0,052 (0,0327)	0,034 (0,0294)	0,029 (0,0251)	0,056* (0,0322)	0,021 (0,0251)
Einschulungsquote		-0,009 (0,0116)	0,012 (0,0218)	0,013 (0,0219)	0,009 (0,0240)	0,013 (0,0216)	0,008 (0,0185)	0,013 (0,0220)	0,000 (0,0198)
OPEC				1,671*** (0,6104)	1,642*** (0,6111)	1,683*** (0,6057)	2,261** (0,9528)	1,673*** (0,6112)	2,316** (0,9662)
Bevölkerungswachstum					-0,278 (0,3248)				-0,396 (0,3308)
Pro-Kopf-Öffnungsgrad						0,015** (0,0066)	0,058** (0,0292)		0,064** (0,0289)
log(Bev.Gr.)							0,102 (0,4826)		0,086 (0,5320)
Öffnungsgrad * log(Bev.Gr.)							-0,005* (0,0031)		-0,006* (0,0031)
GUS								0,478 (1,2862)	1,625 (1,9491)
D1995	2,328*** (0,8396)	2,236** (0,8723)	2,512*** (0,8699)	2,524*** (0,8719)	2,470*** (0,8906)	2,460*** (0,8624)	2,452*** (0,8768)	2,518*** (0,8758)	2,348*** (0,8853)
D2000	2,554*** (0,6680)	3,244*** (0,7026)	2,855*** (0,6729)	2,824*** (0,6746)	2,831*** (0,6712)	2,662*** (0,6357)	2,706*** (0,6454)	2,817*** (0,6757)	2,673*** (0,6342)
D2005	3,441*** (0,6248)	3,932*** (0,7050)	3,526*** (0,7812)	3,458*** (0,7768)	3,425*** (0,7573)	3,233*** (0,7724)	3,410*** (0,7220)	3,452*** (0,7781)	3,339*** (0,7051)
Afrika	-2,135*** (0,6787)	-1,556 (1,0764)	-1,365 (1,0526)	-1,629 (1,0233)	-1,452 (0,9905)	-1,680* (0,9996)	-2,071*** (0,6461)	-1,625 (1,0240)	-1,878*** (0,6475)
Zentraleuropa	-0,430 (0,8182)	1,844** (0,8423)	0,267 (0,7403)	0,408 (0,7373)	0,072 (0,7546)	0,904 (0,8231)	1,341 (0,9241)	0,214 (0,9510)	0,331 (1,1074)
Nordamerika	-0,184 (0,6841)	-0,006 (0,6565)	0,998 (0,6624)	1,244* (0,6365)	1,118* (0,6640)	2,275*** (0,8562)	2,551 (1,5936)	1,245* (0,6374)	2,613 (1,6904)
Südamerika	-1,486* (0,7515)	-0,629 (0,6936)	-0,324 (0,8213)	-0,391 (0,8084)	-0,427 (0,8062)	-0,080 (0,8962)	0,085 (0,9333)	-0,400 (0,8118)	0,064 (0,9101)
Naher Osten	-0,487 (0,5614)	-0,516 (0,5933)	0,047 (0,5399)	-0,340 (0,5183)	-0,101 (0,6050)	-0,102 (0,5272)	0,036 (0,6027)	-0,336 (0,5195)	0,442 (0,6805)
Konstante	3,727 (2,3502)	0,125 (1,3995)	4,078 (2,6847)	5,813** (2,6498)	6,038** (2,5763)	7,069** (2,9021)	8,554 (8,9198)	5,780** (2,6649)	9,486 (9,3760)
Staatsquote + D. Dem. * Staatsquote ^{b, c}	-0,072 0,065	-0,114 0,054	-0,107 0,053	-0,090 0,057	-0,084 0,056	-0,109 0,058	-0,138 0,077	-0,090 0,057	-0,140 0,080
Länder (Cluster)	106	111	101	101	101	101	101	101	101
Regionen-Signifikanz ^d	0,039	0,052	0,197	0,010	0,099	0,001	0,000	0,011	0,000
Perioden-Signifikanz ^e	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Beobachtungen	353	350	321	321	321	321	321	321	321
R ²	0,101	0,143	0,130	0,138	0,143	0,149	0,160	0,138	0,171
korrigiertes R ²	0,070	0,110	0,090	0,096	0,098	0,104	0,110	0,093	0,115

***signifikant auf 1%-Niveau, **signifikant auf 5%-Niveau, *signifikant auf 10%-Niveau.

Unstandardisierter Koeffizient. Cluster-Standardfehler auf Länderebene in Klammern.

^a Abhängige Variable: durchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Kopf 1990 - 1994, 1995 - 1999, 2000 - 2004 und 2005 - 2009.

^b Variable Pro-Kopf-Staatsquote wurde auf ihren Mittelwert zentriert.

^c Koeffizient der Summe der geschätzten Koeffizienten von Pro-Kopf-Staatsquote.

und dem Interaktionsterm mit defekter Demokratie. Standardfehler in Klammer.

^d P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Regionen-Dummies. Ausgelassen: Asien.

^e P-Wert des F-Tests auf gemeinsame Signifikanz der Perioden-Dummies.

Literaturverzeichnis

- Abrams, Burton A.; Lewis, Kenneth A. 1995: Cultural and Institutional Determinants of Economic Growth. A Cross-Section Analysis. In: *Public Choice*, 83 (3/4), S. 273-289.
- Agell, Jonas; Lindh, Thomas; Ohlsson, Henry (1997): Growth and the Public Sector: A Critical Review Essay. In: *European Journal of Political Economy*, 13, S. 33-52.
- Alesina, A.; Rodrik, D. (1994): Distributive Politics and Economic Growth. In: *The Quarterly Journal of Economics*, 109 (2), S. 465-490.
- Alesina, Alberto; Spolaore, Enrico; Wacziarg, Romain (2005): Trade, Growth and the Size of Countries. In: Aghion, Philippe; Durlauf, Steven N. 2005: *Handbook of Economic Growth*, Volume 1B, S. 1499-1542.
- Ali, Abdiweli M.; Crain, Mark W. (2002): Institutional Distortionism Economic Freedom, and Growth. In: *Cato Journal*, 21, S. 415-426.
- Aten, Bettina; Heston, Alan; Summers, Robert (2012): Penn World Table Version 7.0. Internetressource verfügbar unter: <http://pwt.econ.upenn.edu/> (10. Juli 2012).
- Barro, Robert J. (1996): Democracy and Growth. In: *Journal of Economic Growth*, 1, S. 1-27.
- Bartling, Hartwig; Luzius, Franz (2000): *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*. 13. Aufl., Franz Vahlen: München.
- Berg-Schlosser, Dirk (1984): African Political Systems. Typology and Performance. In: *Comparative Political Studies*, 17 (1), S. 121-151.
- Bergh, Andreas; Henrekson, Magnus (2011): Government Size and Growth: A Survey and Interpretation on the Evidence. In: *Journal of Economic Surveys*, 25 (5), S. 872-897.
- Bertelsmann Stiftung (2008): *Bertelsmann Transformation Index 2008. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich*. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.
- Bertelsmann Transformation Index (2012). Internetressource verfügbar unter: <http://www.bti-project.de/> (22. August 2012).
- Bühlmann, Marc; Merkel, Wolfgang; Müller, Lisa; Weßels, Bernhard (2008): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zum Forumsbeitrag von Thomas Müller und Susanne Pickel. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 49 (1), 114-122.
- Bühlmann, Marc; Merkel, Wolfgang; Müller, Lisa; Giebler, Heiko; Weßels, Bernhard (2011a): *Demokratiebarometer - ein neues Instrument zur Messung der Demokratiequalität*. http://www.democracybarometer.org/publications_de.html (1. August 2012).

- Bühlmann, Marc; Merkel Wolfgang; Müller, Lisa; Giebler, Heiko; Wessels, Bernhard (2011b): Democracy Barometer. Methodology. Aarau.
- Croissant, Aurel (2010): Analyse defekter Demokratie. In: Schenk Klemens H., Soldner, Markus (Hrsg.) Analyse demokratischer Regierungssysteme. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Dawson, John W. (1998): Institutions, Investment and Growth: New Cross-Country and Panel Data Evidence. In: *Economic Inquiry*, 36 (4), S. 603-619.
- Demokratiebarometer (2012): Demokratiebarometer. Internetressource verfügbar unter: <http://www.democracybarometer.org/> (7. August 2012).
- Dick, G. William (1974): Authoritarian versus Nonauthoritarian Approaches to Economic Development. In: *Journal of Political Economy*, 82 (4), S. 817-827.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. HarperCollinsPublishers: New York.
- Feng, Yi (1995): Regime, Polity, and Economic Growth: The Latin American Experience. In: *Growth and Change*, 26 (1), S. 77-104.
- Durlauf, Steven N.; Johnson, Paul A.; Temple Jonathan R. W. (2005): Growth Econometrics. In: Aghion, Philippe; Durlauf, Steven N. 2005: *Handbook of Economic Growth*, Volume 1A, S. 557-677.
- Durham, Benson J. (1999): Economic Growth and Political Regimes. In: *Journal of Economic Growth*, 4, S. 81-111.
- Fölster, Stefan; Henrekson, Magnus (1999): Growth and the Public Sector: a Critique of the Critics. In: *European Journal of Political Economy*, 15 (2), S. 337-358.
- Freedom House (2011): *Freedom in the World 2011*. Internetressource verfügbar unter: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world-2011/methodology> (8. August 2012).
- Freedom House (2012a): *Full Release Report*. Internetressource verfügbar unter: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2012> (22. August 2012).
- Freedom House (2012b): *Freedom in the World*. Internetressource verfügbar unter: <http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world> (22. August 2012).
- Gasiorowski, Mark J. (2000): Democracy and Macroeconomic Performance in Underdeveloped Countries. An Empirical Analysis. In: *Comparative Political Studies*, 33 (3), S. 319-349.
- Grier, Kevin B.; Tullock, Gordon (1989): An Empirical Analysis of Cross-National Economic Growth. In: *Journal of Monetary Economics*, 24, S. 259-276.
- Guiso, Luigi; Sapienza, Paola; Zingales, Luigi (2008): Trusting the Stock Market. In: *Journal of Finance*, 63 (6), S. 2557-2600.
- Haan, Jakob de; Siermann, Clemens L. J. (1995a): A Sensitivity Analysis of the Impact of Democracy on Economic Growth. In: *Empirical Economics*, 20 (2), S. 197-215.

- Haan, Jakob; Siermann, Clemens L. J. (1995b): New Evidence on the Relationship Between Democracy and Economic Growth. In: *Public Choice*, 86 (1/2), S. 175-198.
- Harms, Philipp (2008): *Internationale Makroökonomik*. Mohr Siebeck: Tübingen.
- Helliwell, John F. (1994): Empirical Linkages Between Democracy and Economic Growth. In: *British Journal of Political Science*, 24 (2), S. 225-248.
- Inkeles, Alex; Sirowy, Larry (1990): The Effects of Democracy on Economic Growth and Inequality: A Review. In: *Studies in Comparative International Development*, 25 (1), S. 126-157.
- Jagers, Keith; Gurr, Ted R. (1995): Tracking Democracy's Third Wave with the Polity III Data. In: *Journal of Peace Research*, 32 (4), S. 469-482.
- Kormendi, Roger C.; Meguire, Philip G. (1985): Macroeconomic Determinants of Growth. Cross-Country Evidence. In: *Journal of Monetary Economics*, 16 (2), S. 141-163.
- Kurzmann, Charles; Werum, Regina; Burkhart, Ross E. (2002): Democracy's Effect on Economic Growth: A Pooled Time-Series Analysis, 1951-1980. In: *Studies in Comparative International Development*, 37 (1), S. 3-33.
- Landau, Daniel (1986): Government and Economic Growth in the Less Developed Countries: An Empirical Study for 1960-1980. In: *Economic Development and Cultural Change*, 35 (1), S. 35-75.
- Lauth, Hans-Joachim (2004): *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Leblang, David (1997): Political Democracy and Economic Growth: Pooled Cross-Sectional and Time-Series Evidence. In: *British Journal of Political Science*, 27 (3), S. 453-466.
- Levine, Ross; Renelt, David (1992): A Sensitivity Analysis of Cross-Country Growth Regressions. In: *American Economic Review*, 82 (4), S. 942-963.
- Lindenberg, Marc; Devarajan, Shantayanan (1993): Prescribing Strong Economic Medicine: Revisiting the Myths about Structural Adjustment, Democracy, and Economic Performance in Developing Countries. In: *Comparative Politics*, 25 (2), S. 169-182.
- Mankiw Gregory N.; Romer, David; Weil David N. (1992): A Contribution to the Empirics of Economic Growth. In: *The Quarterly Journal of Economics*, 107 (2), S. 407-437.
- Martin Christian W.; Plümper, Thomas (2001): Regimetyp und Wirtschaftswachstum: ein Kommentar (nicht nur) zu Herbert Obinger. In: *Swiss Political Science Review*, 7 (3), S. 81-102.
- McGuire, Martin C.; Olson, Mancur (1996): The Economics of Autocracy and Majority Rule: The Invisible Hand and the Use of Force. In: *Journal of Economic Literature*, 34, S. 72-96.
- Moon, Bruce E.; Dixon, William J. (1985): Politics, the State, and Basic Human Needs. A Cross-National Study. In: *American Journal of Political Science*, 29 (4), S. 661-694.

- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen Leske + Budrich: Stuttgart.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Eicher, Claudia; Thiery, Peter (2003): Defekte Demokratien. Band 1: Theorie. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Mesquita, Bruce Bueno de; Smith, Alastair; Siverson, Randolph M.; Morrow, James D. (2002): Political Institutions, Policy Choice and the Survival of Leaders. In: *British Journal of Political Science*, 32 (4), S. 559-590.
- Mesquita, Bruce Bueno de; Smith, Alastair; Siverson, Randolph M.; Morrow, James D. (2003): *The Logic of Political Survival*. MIT: Massachusetts.
- Munck, Gerardo L.; Verkuilen, Jay, (2002): Conceptualizing and Measuring Democracy: Evaluating Alternative Indices. In: *Comparative Political Studies*, 35 (1), 5-34.
- Müller, Thomas; Pickel, Susanne (2007): Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (3), 511-539.
- Obinger, Herbert (2004): *Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich*. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Olson, Mancur (1968): *Die Logik des kollektiven Handelns*. Mohr Siebeck: Tübingen.
- Olson, Mancur (1985): *Aufstieg und Niedergang von Nationen*. Mohr Siebeck: Tübingen.
- Olson Mancur (1993): Dictatorship, Democracy and Development. In: *American Political Science Review* 87 (3), 567-576.
- Olson, Mancur (2002): *Macht und Wohlstand*. Mohr Siebeck: Tübingen.
- Persson, Torsten; Tabellini, Guido (1994): Is Inequality Harmful for Growth? In: *The American Economic Review*, 84 (3), S. 600-621.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert, (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Plümper, Thomas (2001): Die Politik wirtschaftlichen Wachstums in autoritären Staaten. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 42 (1), S. 79-100.
- Pourgerami, Abbas (1988): The Political Economy of Development: A Cross-National Causality Test of Development-Democracy-Growth Hypothesis. In: *Public Choice*, 58 (2), S. 123-141.
- Pourgerami, Abbas (1992): Authoritarian Versus Nonauthoritarian Approaches to Economic Development. Update and Additional Evidence. In: *Public Choice*, 74 (3), S. 365-377.
- Przeworski, Adam; Limongi, Fernando (1993): Political Regimes and Economic Growth. In: *The Journal of Economic Perspectives*, 7 (3), S. 51-69.
- Sah, Raaj K. (1991): Falibility in Human Orgnizations and Political Systems. In: *The Journal of Economic Perspectives*, 5 (2), S. 67-88.

- Sala-I-Martin, Xavier (1997): I Just Ran Two Million Regressions. In: *American Economic Review*, 87 (2), S. 178-183.
- Schmidt, Manfred G. (2008): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 4. Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 5. Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Scully, Gerald W. 1988: The Institutional Framework and Economic Development. In: *Journal of Political Economy*, 96 (3), S. 652-662.
- Sloan, John; Tedin, Kent L. (1987): The Consequences of Regime Type for Public-Policy Outputs. In: *Comparative Political Studies*, 20 (1), S. 98-124.
- Tavaras, Jose; Wacziarg, Romain (2001): How Democracy Affects Growth. In: *European Economic Review*, 45, S. 1341-1378.
- Weede, Erich (1983): The Impact of Democracy on Economic Growth. Some Evidence from Cross-National Analysis. In: *Kyklos*, 36 (1), S. 21-39.
- World Bank (2012): *World Development Indicators Online Database (WDI)*. Internetressource verfügbar unter: <http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators> (22. August 2012).
- Wu, Wenbo; Davis, Otto A. (1999): The Two Economic Freedoms and Development: An Empirical Study. In: *Public Choice*, 100 (1/2), S. 39-64.

Schriftliche Versicherung

(gemäß §15 (5) Ordnung für die Magisterprüfung der Fachbereiche 02, 05, 07, 09 und 10 vom 11. Oktober 1999, in der jeweils gültigen Fassung)

Hiermit versichere ich, Viktor Bozhinov, dass ich die Magisterhausarbeit selbstständig, ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen wurden, sind unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in gleicher oder anderer Form an irgendeiner Stelle als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Mainz, 9. Oktober 2012

(Unterschrift)